

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

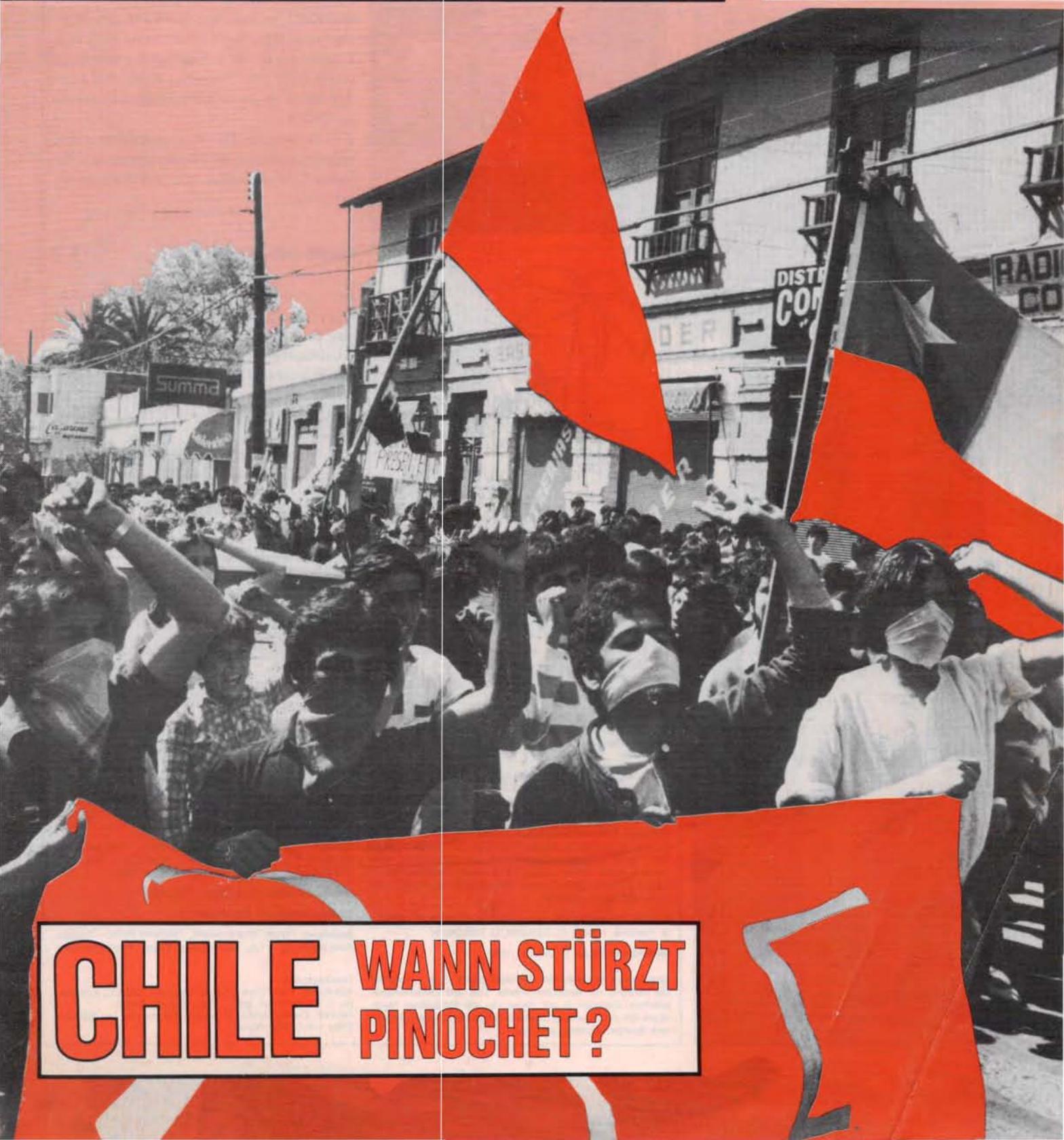
Nr. 11/November 1986

17. Jahrgang

3 DM



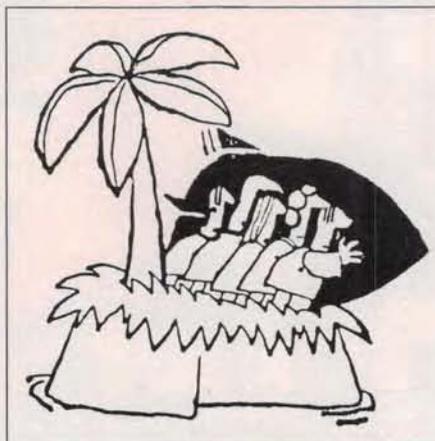
**NICHTPAKT-
GEBUNDENE
IN ZIMBABWE**



**CHILE WANN STÜRZT
PINOCHET?**

Inhalt

Kommentar: Apartheidboykott jetzt!	3
Nichtpaktgebundene Impulse des 8. Gipfels von Harare	4
Appell an Reagan und Gorbatschow	5
Kernaussagen der Harare-Deklarationen	6
Zimbabwe Damoklesschwert Südafrikas	9
Südliches Afrika Was will der Westen im Süden Afrikas?	13
US-Memorandum: Atombombe als Zuflucht Pretorias	15
Aufruf zur Bonner Demonstration am 29. 11. 1986: Boykottiert Apartheid!	16
SWAPO-Lager in Angola: Vorbereitung auf ein freies Namibia	18
Chile Was bedeutet Pinochets Kahlschlag nach dem Attentat?	20
Der Fall der Beatrix Brinkmann	22
Erklärung der Patriotischen Front Manuel Rodríguez zum Attentat	23
Geheimpapier des US-Generals Galvin	24
Kolumbien Präsident Barco auf Kollisionskurs	29
Pazifik Veränderte Pazifikszenerie	31
Wladiwostok-Rede Gorbatschows: Friedens- zone Pazifik schaffen!	33
Vor der Aussöhnung UdSSR-China?	35
Sowjetunion und dritte Welt	
Streitgespräch Popow/Ziegler: Reproduziert die UdSSR die Weltordnung? (II)	41
Ausländerpolitik Golfkrieg und Assy	42
Rückblick Suezkrieg 1956: Nasser steckte nicht zurück	44
Kultur Rede des Literatur-Nobelpreisträgers G. Garcia Márquez zum Fluch des atomaren Wett- strens	46
Lesermeinungen	48
BRD-Infodienst: Türkei-Solidarität, Ostasienwoche, Bonner Sonderfonds, Chile-Kunstkarten, Bolivien- Broschüre, Buchtip zu Atomkriegsfolgen und Ökologie	49
Kurzinformationen: Nikaragua, El Salvador, Bolivien, Naher Osten, Philippinen, Togo, GATT-Konferenz	50



Nichtpaktgebundene

S. 4

In Harare wurde Zimbabwes Präsident Mugabe vom 8. Gipfel der Nichtpaktgebundenen bzw. Blockfreien zum neuen Vorsitzenden und Nachfolger Rajiv Gandhis gewählt. Welche weltpolitischen Prioritäten setzte der Gipfel? Wo steht Zimbabwe?

Wir ziehen Bilanz und berichten über den inneren Zustand des Gastgeberlandes.

Südliches Afrika

S. 13

Die „eisernen Drei“, Reagan, Thatcher und Kohl, wollen dem Sanktionsdruck gegen den Apartheidstaat nicht weichen. Reagan legte im US-Kongreß, allerdings vergeblich, sein Veto ein. Bonn und London blocken weitreichende Sanktionen in der EG ab.

Welche wirtschaftlichen, politischen und militärstrategischen Interessen stehen dahinter? Was wollen die NATO-Spitzenmächte?

Pazifik-Initiativen

S. 31

Bei seinem jüngsten Gipfel auf Fidschi forderte das Südpazifikforum einmal mehr eine atomwaffenfreie Zone Südpazifik. In Wladiwostok unterbreitete Gorbatschow ein Konzept „Friedenszone Pazifik“. Und eine Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen scheint greifbar nahe gerückt.

Steht in der Konfrontationszone Ostasien/Pazifik die Wende zur Entspannung bevor?

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asla Ebbenhaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fianza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, M. Gohary, D. Peschke, I. Rein, G. Schucher, U. Wöhrmann

Redaktionsschluß: 2. Oktober 1986

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr, Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Forum Wissenschaft, Weltkreis-Verlag Sozialismus, Plambeck & Co., Team-Reisen, Trialog, Wechselwirkung

Fotonachweis:

AIB-Archiv, Paris Match, AP, D. Peschke, SADCC, Kommentar, T. Camacho, G. Blank, Time, Dialogo Social
Titelbild: Demonstration in einem Armenviertel von Santiago (Foto von Gunter Blank)

Kommentar: Bonn zum Apartheidboykott verhelfen!



Die EG-Außenministerkonferenz vom 15./16. September d.J. in Brüssel hat lediglich Teilsanktionen gegen Südafrika beschlossen.

Während die Nichtpaktgebundenen, die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die Frontstaaten und einzelne Länder wie Dänemark klar Stellung für Sanktionen beziehen, jonglieren die wichtigsten Unterstützer des Apartheidregimes mit eingeschränkten Maßnahmen. Dies als Erfolg der Sanktionsbefürworter zu bewerten, ist angesichts der zugespitzten Situation im Süden Afrikas nicht angebracht.

Die Außenminister der EG einigten sich auf ein Importverbot von Eisenerz und Stahl sowie von südafrikanischen Goldmünzen. Neuinvestitionen europäischer Firmen im Apartheidstaat sollen untersagt werden. Dieses Paket, das auch nicht näher definierte Hilfsmaßnahmen für die südafrikanische Opposition beinhaltet, trat am 17.9.1986 in Kraft.

Nicht einigen konnten sich die Außenminister auf ein Importverbot für südafrikanische Kohle, eines der wichtigsten Exportprodukte in die Europäische Gemeinschaft und insbesondere die BRD. Es war denn auch der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der im Verein mit dem Vertreter Portugals gegen diesen Teil des vorgeschlagenen Sanktionspaketes eintrat.

Im Anschluß an die Beratungen erklärte Genscher, die Bundesregierung habe weiterhin grundlegende Zweifel, aber um der Gemeinsamkeit willen habe sie ihre „prinzipiellen Bedenken gegen Wirtschaftssanktionen überwunden“. Ein Importverbot für Kohle aber führe „zu verheerenden Folgen für Zehntausende schwarzer Arbeitnehmer in Südafrika und aus den Nachbarstaaten“.

Bedenklich ist, daß diese Sanktionen auf Namibia nicht angewandt werden sollen. Die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) verurteilte diese Haltung und unterstrich, „daß Sanktionen, die gegen das südafrikanische Regime verhängt werden, auch auf das von Südafrika besetzte Namibia angewandt werden müssen, und daß sie umfassend und bindend gemacht werden müssen“.

Die Haltung der EG ist umso seltsamer,

da oft genug Namibia als eigenständiger Handelspartner nicht auftaucht, sondern als Teil Südafrikas, als dessen 5. Provinz, behandelt wird.

Ähnlich den Regierungen in Bonn und London müht sich auch US-Präsident Reagan, Sanktionen gegen Südafrika soweit wie möglich zu verhindern. Vergeblich, denn sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus stimmten sein Veto gegen eine ganze Palette von Maßnahmen nieder. Zwar wirken diese oft wie protektionistische Hilfen für die US-Wirtschaft (Importverbote für Stahl, Eisen, Uran, Textilien, landwirtschaftliche Produkte und Landverbote für Flugzeuge). Dennoch gehen sie mit Verboten von neuen Krediten und Investitionen weit über die Beschlüsse der EG hinaus. Die Gründe für Reagans Boykottallergie legte sein Berater, der Direktor für Kommunikation des Weißen Hauses, Patrick J. Buchanan, in seltener Offenheit dar. Auf die Frage, warum Sanktionen für Nicaragua und nicht für Südafrika, schreibt er:

„Die Antwort ist einfach. Während Südafrikas rassistische Sünden (wie unsere eigenen) scharlachrot leuchten, ist seine herrschende Ideologie doch nicht die abscheulichste Form der Tyrannei über das Denken der Menschen dieses Jahrhunderts; es hat das abscheulichste Verbrechen des Jahrzehnts nicht gutgeheißen – Afghanistan; es hat sein Territorium nicht in ein Ausgangsgebiet für den Export der kommunistischen Revolution verwandelt; es hat sich nicht verbündet mit einem Regime, das 9.000 atomare Sprengköpfe auf Amerika richtet.“

Und weiter: „Als amerikanische Piloten die terroristischen Lager des Colonels Muammar Ghaddafi angriffen, war Südafrika nahezu das einzige Land der Dritten Welt, das der US-Aktion applaudierte.“ Besser konnte man den Interessengleichklang der USA und Südafrikas kaum ausdrücken.

Die Debatte sowohl in Washington als auch in den westeuropäischen Hauptstädten ist bestimmt von Beschwichtigungsversuchen der landeseigenen Apartheidgegner und von der Furcht, in Südafrika könnte vielleicht eines Tages doch eine Mehrheitsregierung an die Macht kommen, der man die Teilsanktionen als Zeichen des guten Willens andienen könnte. Zu großer Druck könnte das Apartheidregime gar wirklich in Bedrängnis bringen.

Von daher erklären sich die Versuche, umfassende Sanktionen unter Hinweis auf die Besorgnis um die Menschen des Apartheidstaates und seiner Nachbarländer abzuwiegeln. Doch gerade hier liegt

der Schwachpunkt der Sanktionsgegner. Denn alle Kräfte der Widerstandsbewegung in Südafrika, vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) bis hin zu den Gewerkschaften und den Kirchen, fordern von der ganzen Welt den Boykott. Die Menschen sind bereit, kurzfristig Verschlechterungen ihrer Lage hinzunehmen, wenn nur das lange Leiden unter dem Apartheidsystem damit ein schnelleres Ende nimmt.

Wenn also nur der Druck auf die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in den USA und Westeuropa verbindliche und umfassende Sanktionen näher bringt, ist zu fragen, wie weit er in der BRD gediehen ist.

Parteien, Gewerkschaften, Kirchen sind ebenso gefordert wie gesellschaftliche Einrichtungen. Es reicht nicht mehr aus, effektvolle Erklärungen abzugeben.

Auch wenn es Mühe macht, Sanktionsforderungen müssen untermauert werden mit Taten, die spürbar werden für die Geschäftemacher mit der Apartheid. Wenn heute die bundesdeutsche Wirtschaft, ihre Banken und Konzerne von der Weltöffentlichkeit als Nutznießer der Sanktionen anderer Länder genannt werden, liegt das auch an der mangelnden Bereitschaft, Lippenbekenntnisse in Handeln umzusetzen.

Hier bietet sich eine Palette von Möglichkeiten: Kontokündigungen bei den südafrikaengagierten großen Banken, Konsumentenboykott südafrikanischer Alltagswaren (Obst, Gemüse), Teilnahme an Aktionen, die – wie die Demonstration am 29. November in Bonn – den Boykott des Apartheidstaates fordern.

US-amerikanische Beispiele können hier einmal Vorbild sein. Was Druck erreichen kann, lehrt nicht nur das Beispiel des Coca-Cola-Konzerns, der seine Niederlassung in Südafrika nicht zuletzt deshalb verkauft hat, weil er eine Boykottkampagne im eigenen Land befürchtete. Unzählige Beschlüsse von Universitäten, Kirchen, Städten und Bundesstaaten, ihre Einlagen bei Banken und Unternehmen, die mit dem Apartheidregime zusammenarbeiten, zurückzuziehen, waren nicht unbeteiligt an der Haltung des US-Kongresses.

Ein „wir haben nichts gewußt“ gibt es nicht mehr, denn jeder weiß, daß die Ablehnung von Sanktionen die Unnachgiebigkeit und die Aufrüstung des Apartheidstaates weiter fördern. Wer heute Nein zu Sanktionen sagt, sagt Ja zu rassistischer Unterdrückung in Südafrika und Namibia sowie zur außenpolitischen Aggressions- und Interventionspolitik des Botha-Regimes. Marianne Kolter



Vorsitzender Mugabe (l.) und Ortega beim Nichtpaktgebundenen-Gipfel in Harare

Wolfram Bröner **Impulse des Harare-Gipfels**

Den 25. Jahrestag ihrer Gründung beging die Bewegung der nichtpaktgebundenen bzw. blockfreien Staaten auf ihrem 8. Gipfeltreffen, das vom 1.-8. September 1986 in Harare, der Hauptstadt Zimbabwes, stattfand.

1961 in Belgrad zählten die Nichtpaktgebundenen 26 Mitgliedsstaaten (einschließlich der Provisorischen Regierung Algeriens). Heute gehören ihr 101 Mitglieder an, darunter die auch von der UNO anerkannten Befreiungsbewegungen Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO).

Auf dem Gipfel von Harare wurden immerhin 50 der anwesenden 99 Delegationen¹ von Regierungs- und Staatschefs repräsentiert.

Der scheidende Vorsitzende der Bewegung, Indiens Premierminister Rajiv Gandhi, stellte in seiner Eröffnungsrede fest, daß die Nichtpaktgebundenen in diesen 25 Jahren „mehr und mehr an Gewicht“ erlangt hätten, ja „eine Geschichte machende Hauptkraft“ geworden sei.

Dies mag, gemessen an ihrem weltwirtschaftlichen Anteil (10%) und begrenzten Durchsetzungsvermögen gegenüber den wirtschaftlich-militärisch dominierenden Westmächten etwas zu hoch gegriffen sein. Doch zweifellos sind die Nichtpaktgebundenen längst zu einem wichtigen Faktor der Weltpolitik aufgestiegen. Immerhin repräsentieren sie das Gros der Entwicklungsländer, beinahe 2/3 der Mitgliedsländer der UNO, und etwa die Hälfte des Weltterritoriums wie der Weltbevölkerung (2,8 Mrd.).

Unstrittig ist ihr Einflußzuwachs als Friedensfaktor.

Unstrittig auch ist die Antreiberrolle der Nichtpaktgebundenen im Kampf für die vollständige Entkolonialisierung, gegen den Interventionismus.

Allein in der Wahl Zimbabwes, eines Frontstaates im Süden Afrikas, als Austragungsort des 8. Gipfels, war eine Aufwertung des Kampfes gegen die Apartheid angelegt.

„Das Pretoria-Regime“, so Indiens Premier, „vereint in sich die schlimmsten Formen von Imperialismus, Rassismus und Aggression. Unsere Freiheit ist solange unvollständig, wie Apartheid und Tyrannei fortgesetzt werden und Namibia okkupiert und unterjocht bleibt... Den Erfolg von Harare wird man daran messen, inwieweit sich die Befreiung des Volkes von Südafrika und die Geburt Namibias als einer souveränen Nation beschleunigen.“²

Als ähnlich wichtiger Gradmesser anzusehen ist die Haltung der Nichtpaktgebundenen speziell gegenüber dem Militärinterventionismus, der sich seit der US-Invasion Grenadas vom Oktober 1983 bedrohlich eingeschleppt hat.

Gewicht hat schließlich ihr Agieren für eine Demokratisierung der Weltwirtschaft. Hier ist neben dem Streben, die kolonial ererbte Unterentwicklung und Abhängigkeit aufzubrechen, neuerdings die drückende Last der Verschuldungskrise zum Schlüsselproblem aufrückt.

Die Themen Kriegsgefahr, Apartheid und Interventionismus, Vertiefung der wirtschaftlichen Ungleichheit beherrschen denn auch die Reden, Debatten

und Deklarationen des Gipfels von Harare.

Noch nie zuvor hatten die Nichtpaktgebundenen der Frage Frieden und Abrüstung eine solche Aufmerksamkeit gewidmet. Rajiv Gandhi bekräftigte in seiner Bilanz die Aussage von Neu-Delhi, daß die größte Gefahr für die Menschheit die eines alles vernichtenden Atomkrieges sei. Von daher gelte es eine Übereinkunft zum Verzicht der Atommächte auf den Ersteinsatz von Atomwaffen auszuhandeln.

„In Genf stimmten Reagan und Gorbatschow überein, daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und nicht geführt werden darf. Diese Einsicht muß in einem Vertrag festgeschrieben werden... Wir (das Sechs-Staaten-Forum; d. Verf.) haben ein sofortiges Moratorium aller Kernwaffentests gefordert... Die Sowjetunion reagierte mit einem einseitigen Moratorium, das dreimal verlängert wurde. Wir verlangen eine ähnliche Antwort von den anderen Kernwaffenmächten.“ Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe, in Harare zum neuen Vorsitzenden der Nichtpaktgebundenen gewählt, erklärte die Verhinderung eines Atomkriegs und die Abrüstung zu der „Frage, die heute vor allen anderen den Vorrang hat“. Eine effektive Kriegsverhütung verlange die völlige atomare Abrüstung. Als erster Schritt in diese Richtung sei ein Moratorium aller Atomtests nach dem Beispiel der UdSSR wichtig. „Wir rufen alle Kernwaffenstaaten, vor allem die USA, auf, sich diesem Moratorium anzuschließen.“ Ein zweiter, „entscheidender Schritt“ wäre sodann „ein umfassender Teststopp-Vertrag“.³

Vorrang für atomare Abrüstung

Anknüpfend an die Mexiko-Deklaration der Sechs Staaten vom August 1986 (siehe AIB 10/1986, S. 40-41) formulierte der Gipfel von Harare denn auch, in einem Appell an Reagan und Gorbatschow wie in der Politischen Deklaration (siehe Kästen), als Sofortziele zur Beendigung des atomaren Wettrüstens: einen Atomteststopp zu erwirken, die Weltraumrüstung zu vereiteln und den Geist von Genf im Sinne eines Abrüstungsdialogs USA-UdSSR wiederzubeleben.

Starke Impulse setzte Harare für die Beseitigung des Apartheidsystems. Pretoria verfolge — so Robert Mugabe — eine Politik des Völkermords im Innern und des Staatsterrorismus nach Außen. „Was jetzt nötig ist, sind Aktionen.“

Unverzüglich umfassende und verbindliche Sanktionen durchzusetzen, sei der einzige nichtkriegerische Weg zur Abschaffung der Apartheid, zur Beendigung von Südafrikas illegaler Besetzung Namibias und seiner Aggressionsakte ge-

gen die Nachbarstaaten.⁴

Die 8. Gipfelkonferenz verabschiedete in der Tat einige konkrete Maßnahmen zur Schwächung des Apartheidregimes. Um die Hauptstützen Pretorias letztlich zu umfassenden Sanktionen zu drängen, beschloß die Konferenz, eine Außenminister-Delegation in die USA, die BRD, nach Großbritannien und Japan zu entsenden. Ein entsprechender Sanktionsvorstoß von Nichtpaktgebundenen im UN-Sicherheitsrat soll folgen.

In der gesonderten Resolution zum Südlichen Afrika wurde eine Liste von 13 Sanktionen aufgemacht (Stopp von Technologietransfers, Ölproduktlieferungen, Investitionen nach Südafrika bzw. Namibia usw.)⁵, die als für alle Staaten verbindlich in die UNO eingebracht werden soll. Ferner beschloß man in Harare, einen „Sonderfonds der Solidarität“ für die Frontstaaten einzurichten, sowie die Hilfe für die Befreiungsbewegungen Namibias und Südafrikas zu verstärken.

Apartheid – Sanktionskurs

Namentlich angeklagt wurden die USA und andere NATO-Staaten wegen ihrer Unterstützung des Apartheidregimes und des Contrakrieges gegen Angola u.a. Frontstaaten. Als „Akt des Staatsterrorismus“ verurteilt wurden die US-Luftangriffe auf Libyen vom April d.J. Die Nichtpaktgebundenen forderten Washington auf, Entschädigung zu leisten und die fortdauernden Manöver vor der libyschen Küste einzustellen.

Energisch zurückgewiesen wurde außerdem der US-Interventionismus und Contrakrieg gegen das revolutionäre Nicaragua. Washington setze – so Zimbabwes Premierminister – auf militärische Gewalt zur Destabilisierung des Landes nur, weil Nicaragua es gewagt habe, ein in Mittelamerika neuartiges sozialökonomisches und politisches System zu wählen.

„Wir rufen die USA auf“, so Mugabe, „die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zu respektieren. Wir verlangen, daß Nicaragua seinem selbstgewählten Kurs der sozialökonomischen Entwicklung folgen darf. Wir sind überzeugt davon, daß der Contadora-Friedensprozeß ein vernünftiger Weg ist zu einem umfassenden regionalen Friedensplan...“⁶

So stellten sich die Nichtpaktgebundenen dem US-Neoglobalismus gerade an jenen Angriffspunkten entgegen, an denen exemplarisch abgestraft (Libyen) oder strategisch hoch gehandeltes Terrain zurückerobert werden soll (Angola, Nicaragua). Der Reagan'sche Interventionismus wurde so mit Antiinterventionismus, einer klareren antiimperialisti-

Appell aus Harare Atomtests, Weltraumrüstung stoppen!

Die 8. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Harare verabschiedete am 6. September d.J. einmütig einen Appell, mit dem sie R. Reagan und M. Gorbatschow dringend aufforderte, dem Wettrüsten Einhalt zu bieten und die Atomkriegsgefahr zu bannen. Der hier im vollen Wortlaut dokumentierte „Appell aus Harare“ unterstreicht den hohen Stellenwert, den die Bewegung heute der Verteidigung des Weltfriedens beimißt.

Wir, die Staats- und Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder, die sich in Harare, Zimbabwe, vom 1.-6. September 1986 getroffen haben, wünschen, Ihrer Exzellenz im Namen unserer Regierungen und Völker unsere tiefe Beunruhigung und Besorgnis über die Beschleunigung des atomaren Wettrüstens mitzuteilen. Nie zuvor ist die Menschheit der Selbstzerstörung so nahe gewesen. Tatsächlich besteht die Alternative heute nicht zwischen Krieg oder Frieden, sondern zwischen Leben und Tod. Das macht den Kampf für Frieden und für die Verhinderung eines Atomkrieges zur Hauptaufgabe unserer Zeit.

Erlaubt man, daß die gegenwärtige Lage fortbesteht, dann erhöht sich das Risiko eines atomaren Holocaust und die reale Möglichkeit der Zerstörung der Zivilisation. Diese ernste Gefahr beschäftigt uns zutiefst, und wir möchten, daß sie um der Menschheit willen abgewendet wird.

Vor genau 25 Jahren fühlten sich die Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder auf ihrer ersten Gipfelkonferenz in Belgrad verpflichtet, einen Appell an Seine Exzellenz, den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, und an Seine Exzellenz, den Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, zu richten, um Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, die Kriegsgefahr in der Welt zu beseitigen und die Menschheit zu befähigen, den Weg zum Frieden einzuschlagen.

Zweieinhalb Dekaden sind vergangen, und die Verschlechterung der internationalen Lage unter ökonomischen politischen und Sicherheitsaspekten hat die Menschheit in eine Situation gebracht, die so ernst – wenn nicht schlimmer – ist, wie jene, die die Staats- oder Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder dazu veranlaßt hatte, 1961 in Aktion zu treten.

Die Aussicht eines Krieges, die sich in der Zunahme interkontinentaler ballistischer Raketen, Laserwaffen, militärischen Informatik- und Kybernetiksystemen offenbart, macht das politische und strategische Umfeld, in dem alle Länder nach einer Entwicklung als unabhängige und souveräne Staaten streben, bedeutend gefährlicher als je zuvor.

Wir sehen uns deshalb veranlaßt, aus anhaltender Sorge über einen Krieg und um Frieden, Entspannung und friedliche Koexistenz zu fördern, diesen Appell an Ihre Exzellenz zu richten und Sie zu drängen, alle Anstrengungen zur Minderung der bestehenden Spannungen und zur Förderung eines Klimas des Vertrauens in der Welt zu unternehmen, um die Regelung internationaler Hauptfragen mit friedlichen Mitteln zu erleichtern. Wir fordern die Vereinigten Staaten von Amerika und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie alle anderen Atomwaffenstaaten auf, sofortige Schritte zur Verhinderung eines Atomkrieges einzuleiten.

Als Führer einer der beiden mächtigsten Nationen der Welt liegt es in Ihrem Vermögen, so glauben wir, den Trend zu Konfron-



Friedensdemonstration gegen Reagans Sternenkrieg in Madras, Indien

tation und Konflikt aufzuhalten. Wir möchten Sie deshalb dringend ersuchen, mit Ihrem Gesprächspartner umfassend den Dialog fortzuführen, der begonnen worden ist, um das Wettrüsten zu beenden und bedeutende Vereinbarungen auf dem Gebiet der Abrüstung zu erreichen, einschließlich eines baldigen Abkommens über die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum.

Wir hoffen, daß beide Seiten bei ihrem nächsten Treffen auf höchster Ebene in Verhandlungen eintreten werden, die das Ziel haben, ein Abkommen über ein permanentes Moratorium für Atomwaffentests zu erreichen. Solch ein Schritt würde von den Völkern der Welt außerordentlich begrüßt werden und einen bedeutenden Beitrag zur Minderung der Gefahr der Weiterverbreitung von atomaren Waffen leisten sowie den Fortschritt auf anderen Gebieten der Abrüstung unterstützen.

Wir sind überzeugt, daß Sie unsere Ängste und Hoffnungen teilen. Wir ersuchen Sie, diesem Appell größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen, damit ein mögliches Abgleiten in einen atomaren Krieg verhindert werden kann und sich die Aussichten für Frieden und Zusammenarbeit verbessern.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit fühlt sich der Suche nach globaler Stabilität und der Entwicklung gerechter internationaler Zusammenarbeit verpflichtet, um die wichtigsten politischen und ökonomischen Probleme zu lösen, die die Welt von heute belasten. Wir, ihr Mitglieder, werden weiterhin eine aktive Rolle dabei spielen, eine sichere internationale Lage zu schaffen.

Wir hoffen, daß dieser Appell Sie in Ihrem eigenen Bemühen um das Treffen und um Ergebnisse ermutigt, die die wichtigsten Interessen der Staaten und Völker unseres Planeten in Betracht ziehen. Gleichzeitig fordern wir alle anderen Völker und Regierungen auf, dazu beizutragen, daß die Menschheit von der Geißel des Krieges befreit und ihr Wohl gefördert wird. Wir fordern Sie auf, unser gemeinsames Schicksal zu erkennen und mit Hingabe nach einer Zukunft in Frieden, Würde, Entwicklung und Fortschritt für alle zu streben.

schen Ausrichtung und dem Votum für politische Verhandlungslösungen gekontert.

Nachdrücklich bekräftigt wurde in Harare die Forderung nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und einer Lösung der Verschuldungskrise.

Robert Mugabe rügte das „noch nie dagewesene Ausbluten der Entwicklungsländer“, das bedingt sei durch den Verfall der Rohstoffpreise (1980-85 um jährlich über 7%), durch zu hohe Zinsen und den Handelsprotektionismus der Westmächte, bei verminderter staatlicher Entwicklungshilfe.

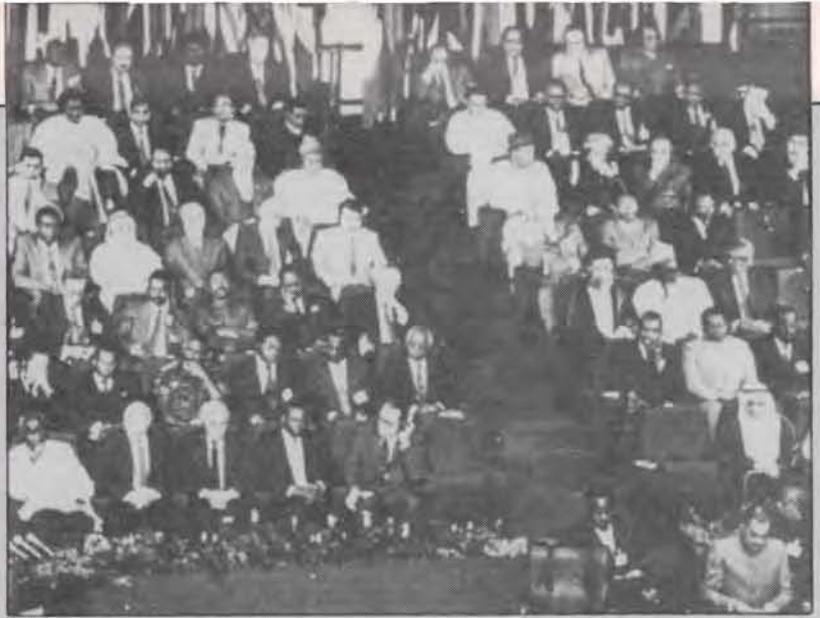
„Die Schuldenkrise“ – so Mugabe – „ruft das Bild von einem gefräßigen Ungeheuer mit gigantischem Heißhunger wach, das die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer verschlingt. Dieses Monster muß neutralisiert werden, bevor es nicht nur unsere Einnahmen auffrisst, sondern auch unsere Unabhängigkeit und Souveränität beseitigt.“ Perus Präsident Alan Garcia nannte in der Generaldebatte die Aushöhlung Lateinamerikas durch die westlichen Finanzzentren eine Art „wirtschaftlicher Apartheid“.⁷

In der wirtschaftlichen Deklaration des 8. Gipfels wird die Reaktivierung des „an einem toten Punkt“ angelangten „Nord-Süd“-Dialogs angestrebt, eine Aufgabe, mit der eine von Zimbabwe geleitete Kommission mit 25 Mitgliedern im Ministerrang betraut wurde. Eine von Tansanias Expräsident Julius Nyerere geführte „Gruppe der Weisen“ soll den Ausbau der wirtschaftlichen „Süd-Süd“-Zusammenarbeit ankurbeln. Heißester Diskussionsgegenstand aber war die jetzt bei 1 Bio \$ angelangte Schuldenlast. Die Vorschläge Kubas (Schuldenstreichung) und Madagaskars (Schuldenmoratorium für 10 Jahre) fanden keine ausreichende Befürwortung.

Monster Schuldenkrise

Man einigte sich auf eine von Peru eingebrachte Kompromißformel, daß jedes Land für eine Limitierung der Schuldentilgung „auf einen Prozentsatz seiner Exporteinnahmen, der der Entwicklung und den wirtschaftlichen Bedürfnissen jedes Landes angemessen ist“, eintreten solle. Zur Fortsetzung der Diskussion um die Schuldenfrage und ihre Lösung beauftragte man Peru, eine beratende Expertenkonferenz in Lima für Mitte November d.J. zu organisieren.⁸

Erstmals stellte in Harare eine Vielzahl von Rednern (Mugabe, Benjedid, Sankara, Machel, Ratsiraka, Gandhi, Castro u.a.) explizit einen direkten Zusammenhang zwischen Abrüstung und wirtschaftlicher Entwicklung heraus. „Wenn man nur 1/5 der Rüstungsausgaben eines einzigen Jahres (derzeit rund 1 Bio \$; d.



Deklarationen des Harare-Gipfels

Auf ihrer Plenartagung vom 6. September d.J. verabschiedeten die Delegierten der 8. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen neben einem Appel an Reagan und Gorbatschow (siehe Kasten) vier weitere Hauptdokumente: eine politische und eine wirtschaftliche Deklaration, eine Deklaration zum Südlichen Afrika sowie einen Appell für die unverzügliche Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit. Wir fassen die Kernaussagen der beiden ersteren Dokumente zusammen.

In der politischen Deklaration heißt es: „Die Politik der Nichtpaktgebundenheit beinhaltet den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Hegemonismus, Aggression, Okkupation und Beherrschung wie auch gegen Apartheid, Rassismus, Zionismus und alle Formen der Abhängigkeit, Intervention, Einmischung und Druckausübung.“

Die Staats- und Regierungschefs verpflichten in dem Dokument die Bewegung, für das Anhalten und die Umkehr gegenwärtiger gefährlicher internationaler Entwicklungen zu arbeiten. Sie bekräftigen, daß Dialog und friedliche, auf der UNO-Charta basierende Verhandlungen der Schlüssel zu einer Lösung der Krise sind, die viele Bereiche der internationalen Beziehungen erfaßt hat. Die Nichtpaktgebundenen verweisen auf das Gipfeltreffen vom November 1985 zwischen den Führern der USA und der UdSSR. Sie bedauern, daß der Gipfel nicht Nachfolgemaßnahmen in Gang setzte, die für den Fortgang in den Abrüstungsverhandlungen notwendig sind.

Sie unterstrichen ihre Ansicht, daß es keine wirkliche Alternative zu Kooperation und friedlicher Koexistenz gibt. Dementsprechend sollten die Nichtpaktgebundenen auf gleichberechtigter Grundlage eine aktive und positive Rolle spielen.

„Die Anhäufung von Atomwaffen stellt eine Gefahr für das Überleben der Menschheit dar. Die Beseitigung dieser Bedrohung ist die brennendste und dringendste Aufgabe unserer Zeit.“ Die Nichtpaktgebundenen verlangen sofortige Schritte für die Verhinderung eines Atomkrieges sowie für die atomare Abrüstung. Sie begrüßen das umfassende und zeitgemäße Programm der UdSSR „Atomwaffenfrei ins Jahr 2000“ (vom Januar 1986). Die Ziele und Prioritäten dieses Programms stimmen weitgehend mit den Positionen der Nichtpaktgebundenen zu diesen Fragen überein.

Ein umfassender Atomteststopp ist von höchster Dringlichkeit für die Nichtpaktgebundenen: Er würde das atomare Wettrüsten entschärfen und das Risiko eines Atomkriegs beträchtlich reduzieren. Die Staatsmänner nahmen entsprechende Appelle der Sechs-

Staaten-Initiative zur Kenntnis.

Sie begrüßen das einseitige Atomwaffentestmoratorium, das die UdSSR im August 1985 erklärt und mehrere Male verlängert hat. Sie rufen die USA auf, sich dem Moratorium anzuschließen.

Die Ankündigung der US-Regierung, daß sie sich nicht länger an die SALT-II-Verträge von 1979 gebunden fühle, hat die Staats- und Regierungschefs zutiefst beunruhigt. Sie rufen dazu auf, diese Position zu überdenken. Sie drücken ihre Besorgnis über Vorbereitungen aus, das Wettrüsten auf den Weltraum auszudehnen. Der Weltraum müsse ausschließlich für friedliche Zwecke und zum Wohle aller Völker genutzt werden.

Die Staatsmänner appellieren an die Repräsentanten der USA und der UdSSR, ohne Verzögerung und im Geist des guten Willens von Genf, schnellstmöglich ein Abkommen über die Nichtausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum und über die gleichzeitige drastische Reduzierung existierender Atomwaffenarsenale abzuschließen. Das würde nicht nur ihren eigenen nationalen, sondern den Lebensinteressen aller Völker dienen.

Die Nichtpaktgebundenen fordern weiterhin ein Einfrieren der Entwicklung, Produktion, Anhäufung und Stationierung von Atomwaffen sowie aller chemischen Waffen. Die Schaffung atomwaffenfreier Zonen betrachten sie als wichtige Abrüstungsmaßnahme. Sie begrüßen die weltweite Kampagne gegen das atomare Wettrüsten.

Tief beunruhigt zeigen sich die Staatsmänner vom fortwährenden Kriegszustand im Südlichen Afrika.

Sie bekräftigen ihren Standpunkt, daß die Apartheid die Hauptursache des Konflikts in der Region ist, der bereits Frieden und Sicherheit auf dem Subkontinent gefährdet und eine ernste Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt. Völkermord im Innern sowie Aggression und Terrorismus nach außen sind immanente Bestandteile des Apartheidsystems. Deshalb können Frieden, Stabilität und Sicherheit im Südlichen Afrika nur gewährleistet werden, wenn dieses verhaßte System vollständig beseitigt ist. Die Staats- und Regierungschefs drücken ihre Empörung dar-

über aus, daß gewisse westliche Staaten weiterhin die Apartheid wirtschaftlich, finanziell, politisch, diplomatisch und militärisch stützen.

Sie verurteilen das Pretoria-Regime scharfsten wegen seiner Akte des Staatsterrorismus, einschließlich der Ausbildung und Entsendung von Söldnerbanden gegen die Front- und andere unabhängige Nachbarstaaten. Sie lehnen das „konstruktive Engagement“ der USA ab, weil es Pretoria nur zur Fortsetzung der Aggression ermuntert.

In der politischen Deklaration wird der sofortige, vollständige und bedingungslose Rückzug aller südafrikanischen Truppen von angolanischem Gebiet gefordert und die allseitige Unterstützung Washingtons für die konterrevolutionären UNITA-Banden angeprangert.

„Die USA erweisen sich nicht als Vermittler, sondern als Hemmnis im Prozeß einer Verhandlungslösung.“ Die Nichtpaktgebundenen verurteilen scharf die militärische und atomare Kooperation zwischen Südafrika und gewissen NATO-Staaten sowie Israel.

Um eine weitere Eskalation des Konflikts im Süden Afrikas zu vermeiden, fordern die Nichtpaktgebundenen umfassende und bindende Sanktionen gegen das Apartheidregime. Sie rufen gleichzeitig zu diplomatischer, politischer, finanzieller und materieller Hilfe für die Frontstaaten auf.

„Eine nicht-rassistische demokratische Gesellschaft in einem einheitlichen Staat Südafrika kann nur durch die vollständige Beseitigung des verbrecherischen Apartheid-systems geschaffen werden“, heißt es in der Deklaration. Sie fordert die umgehende bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen Patrioten sowie einen substantiellen Dialog zwischen dem Regime und den authentischen Führern des unterdrückten Volkes. Die Nichtpaktgebundenen bekräftigen ihre Solidarität mit der kämpfenden schwarzen Bevölkerungsmehrheit und ihren Befreiungsorganisationen.

Die andauernde illegale Okkupation Namibias betrachten die Nichtpaktgebundenen als Aggressionsakt gegen das namibische Volk, dessen gerechter und heroischer Kampf unter Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) jegliche Unterstützung verdient.

Die Staats- und Regierungschefs appellieren an die USA und Großbritannien, die als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates dieses Gremium am effektiven Wirken bezüglich einer Namibia-Lösung hindern, ihre Position zu überdenken. Sie weisen alle Manöver zurück, die die Unabhängigkeit Namibias weiterhin verzögern. Sie begrüßen die Entscheidung, eine Namibia-Sondersitzung der 41. UN-Vollversammlung 1986 durchzuführen.

Ihre aktive Solidarität bekundet die Bewegung mit den arabischen Ländern, die Opfer der israelischen Aggression sind, und mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Teilösungen im Nahen Osten könnten nur zu weiteren Komplikationen führen. Notwendig sei eine internationale Nahost-Friedenskonferenz unter Beteiligung aller direkt Betroffenen, darunter der PLO, sowie der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates.

Nachdrücklich verurteilen die Staatsmänner die nichtprovokierten Aggressionsakte der USA gegen Libyen.

Die Staats- und Regierungschefs drücken ihr tiefes Bedauern über die Fortsetzung der Feindseligkeiten zwischen dem Iran und

dem Irak aus. Sie appellieren erneut an beide Staaten, die Feindseligkeiten einzustellen. Die Gipfelteilnehmer rufen alle Beteiligten auf, eine politische Regelung der um Afghanistan entstandenen Lage zu finden, die die Unabhängigkeit, die Souveränität, territoriale Integrität und den Nichtpaktgebundenen-Status Afghanistans gewährleistet.

Unterstützt werden von den Nichtpaktgebundenen die Bemühungen, eine Wiedervereinigung Koreas auf friedlichem Wege ohne fremde Einmischung zu erreichen. Ein solcher Prozeß würde durch den Rückzug aller ausländischen Truppen aus dem Gebiet begünstigt werden.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen das Recht des kampucheanischen Volkes, frei von ausländischer Einmischung und Subversion seinen Weg selbst zu bestimmen.

Sie fordern die schnellstmögliche Einberufung der UN-Konferenz zur Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean.

Solidarisch erklären sich die Staatsmänner mit Volk und Regierung Zyperns im Kampf um Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und Einheit. Sie treten dafür ein, den gesamten Mittelmeerraum zu einer Zone des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit zu machen.

Begrüßt werden die Bemühungen um Entspannung in Europa sowie die Wiederaufnahme der Gespräche UdSSR-USA über die Reduzierung oder Beseitigung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa.

Die Situation in Mittelamerika und im Karibischen Raum wird in der Deklaration als reale Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit charakterisiert. Die Gefahr direkter Intervention der USA in Nicaragua und anderen Ländern hat sich alarmierend erhöht. Die Staatsmänner brandmarken die Eskalation der Aggression, Militäraktionen und anderen Aktivitäten gegen Nicaraguas Souveränität, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

Sie unterstützen vollständig die diplomatischen Bemühungen der Contadora- und der Lima-Gruppe, die Krise in Mittelamerika durch Verhandlungen zu lösen. Die Einstellung aller feindseligen Akte gegen Nicaragua wäre ein fundamentaler Schritt, dieses Ziel zu erreichen.

Die Staatsoberhäupter und Regierungschefs bringen ihre Empörung darüber zum Ausdruck, daß der US-Kongreß weitere 100 Millionen Dollar für die Söldnerarmee der Contras genehmigt hat.

In der ökonomischen Deklaration, dem zweiten Hauptdokument des Hararegipfels, heißt es, das Fortbestehen des ungerechten und ungleichen internationalen Wirtschaftsystems stelle eine ernste Gefahr für Frieden und Sicherheit in der Welt dar.

Die Nichtpaktgebundenen verurteilen die sich verstärkende Tendenz einiger entwickelter Länder, zu einseitigen und diskriminierenden Wirtschaftspraktiken zu greifen, um ökonomischen und politischen Druck auf nichtpaktgebundene und andere Entwicklungsländer auszuüben. Sie fordern den Verzicht auf Handelsrestriktionen, Blockaden, Embargos, Sanktionen oder andere Zwangsmaßnahmen. Besorgnis äußern die Konferenzteilnehmer über die Hochzinspolitik und die wachsenden Lasten bei der Schuldentrückzahlung.

Die Deklaration hebt die wachsende Bedeutung des Handels und der Wirtschaftskooperation zwischen den Entwicklungsländern hervor. Ihre Zusammenarbeit sei sowohl integraler Bestandteil als auch ein Mittel zur Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung.

Verf.) für den Kampf gegen den Hunger opfern würde“, betonte der neue Vorsitzende der Bewegung, „dann könnte diese Geißel der Menschheit bis zum Jahr 2000 verschwunden sein.“⁹

So gesehen kann man dem abschließenden Urteil Rajiv Gandhis nur beipflichten, der den 8. Gipfel als „sehr produktiv“ bewertete. Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen gehe aus diesem Treffen gestärkt hervor.

Sie habe ihre Grundprinzipien atomare Abrüstung, internationale Zusammenarbeit und konkrete Schritte gegen das Apartheidregime diesmal nachdrücklicher vertreten. Und sie sei aktionsorientierter geworden.¹⁰

Die westlichen Medien suchten hingegen dem Gipfeltreffen den Stempel des Chaotentums, der Zerstrittenheit und der „Hilflosigkeit“ (Die Zeit) aufzudrücken.

Da wurden zum einen genüßlich die in der Tat makabren Auftritte des iranischen Premiers Ali Khomeini und des libyschen Revolutionsführers Muhammad al-Ghaddafi ausgebreitet – als Beleg für die Unseriosität und den Irrationalismus der Nichtpaktgebundenen schlechthin. Khomeini hatte den Ausschluß des Irak aus der Bewegung gefordert, indem er die Kriegführung des Hussein-Regimes schlimmer als jene Hitlers und Dschingis Khans befand und es als „Agenten der Supermächte“ attackierte.

Strafaktion gegen Zimbabwe

So belastend dieser Konflikt in den eigenen Reihen und die Ignoranz Teherans gegenüber allen Vermittlungsangeboten für eine politische Verhandlungslösung auch sein mag, so war der Golfkrieg in Harare nicht mehr als ein Randereignis. Letztendlich einigte man sich – bei Vorbehalt Teherans – darauf, „einen Appell an den Iran und Irak zu richten, diese möchten unverzüglich ihre Feindseligkeiten beenden“.¹¹

Ghaddafi hatte die Bewegung selbstherrlich für „nutzlos“ und zur „Farce“ erklärt, da die Welt gänzlich „in zwei Lager, das der Befreiung und das des Imperialismus“ aufgeteilt werden müsse, und der „Traum der Neutralität“ vorüber sei. Er drohte an, Libyen werde möglicherweise seine Mitarbeit bei den Nichtpaktgebundenen einstellen.

Doch in Harare verfiel weder die arg vereinfachte Weltansicht des Libyers, quasi die Umkehrung der Reaganwelt von Gut und Böse, noch erfüllten sich die westlichen Hoffnungen auf eine Spaltung der Bewegung.

Robert Mugabe bewies einmal mehr Profil, als er Ghaddafi entgegnete: „Nicht alle von uns halten die Bewegung für nutzlos.“ Er habe zwar angesichts der

SOZIALISMUS



»WIR SCHAFFEN DAS NEUE LIBERALE ZEITALTER«

Auch wenn Optimismus zur Leitlinie der Regierungspolitik geworden ist — die Neokonservativen kommen um die nächste Krise nicht herum. Keine Schönfärberei — kein Geißler und kein Kohl — können die rapide Verschlechterung der Lebensverhältnisse auf Dauer verbrämen.

SOZIALISMUS

*»ANDERS ARBEITEN UND ANDERS LEBEN« lautet die zusammenfassende Formel für eine Erneuerung der politischen Linken. Die Debatte über die ZUKUNFT DER ARBEIT voranzutreiben, ist die Aufgabe der Zeitschrift **SOZIALISMUS**.*

Unsere Themen u.a.:

- Weltwirtschaft vor einer neuen Krise — Alternativen für die Erste und Dritte Welt statt Hochrüstung und Armut
- Was leistet der Sozialstaat — was nicht? Argumente zur Erneuerung.
- Umwelt und Technik: Erfordernisse einer ökologischen Gesamtreform.
- Gesellschaftspolitische Alternativen der Linken in Großbritannien, Italien, Frankreich usw.
- Reformen in den sozialistischen Ländern: Sowjetunion, China usw.

Unsere Autoren: ... von B — Z

Bäcker/Conert/Wettig-Danielmeier/
Fischer/Glotz/Hickel/Ingrao/Kofler/
Mahlein/Natta/Oertzen/Peter/Reichlin/
Scharpf/Therborn/Voigt/Welzmüller/Zinn
u.v.a.m.

SOZIALISMUS

SOZIALISMUS erscheint monatlich mit 60 Seiten im Großformat zum Preis von DM 6,—

Jahresabo: DM 55,— (+ Porto)

Bestellungen bitte an:
VSA-Verlag, Postfach 50 15 71,
2000 Hamburg 50

US-Angriffe auf Libyen Verständnis für emotionale Worte der Betroffenen. Dennoch, wenn er, Ghaddafi, die Bewegung verändern wolle, müsse er dies aufgrund ihrer Plattform tun und Mitglied bleiben.¹²

Und die Plenardebatte fuhr unbeirrt darin fort, sich auf die wirklich weltbewegenden Fragen Südliches Afrika, Abrüstung und Verschuldungskrise zu konzentrieren.

Umso provokativer reagierte die Reagan-Administration schon auf die anti-imperialistischen Anfangstöne des Gipfeltreffens.

Das US-Außenministerium attackierte sie als „Litanei von willkürlichen und unbegründeten Anschuldigungen“. In Washington empörte man sich insbesondere über die insgesamt 54 namentlichen Verurteilungen der USA in den Entwürfen der Hauptdokumente — nahezu doppelt soviel wie 1983 in Neu-Delhi.

Demonstrativ strich die US-Regierung noch während des Gipfels ihre Entwicklungshilfe, d.h. exakt 33 Mio \$ 1986/86, für das präsidierende, zu „unsensible“ Zimbabwe. Ungeachtet dieser brüskierenden Strafaktion gegen die Nichtpaktgebundenen forderte Washington von diesen im gleichen Atemzug eine Position der Äquidistanz, einer gleichweiten Entfernung von beiden Blöcken.

Absage an Äquidistanz

Einige sog. „gemäßigte“, großbourgeoise Vertretungen der Nichtpaktgebundenen, voran jene Singapurs, Sri Lankas, Argentiniens sowie Kuweits, hatten den in den eigenen Reihen überhand nehmenden „Antiamerikanismus“ denunziert und eine ebensolche Verurteilung der UdSSR, u.a. zu Afghanistan, verlangt. Doch die zu offen konfrontative Gangart der Reagan-Administration gegen das Staatenforum machte die Mühen des prowestlichen Flügels von vornherein aussichtslos.

Den klar antiimperialistischen Akzentsetzungen zu den großen weltpolitischen Themen Südliches Afrika, Nicaragua, Abrüstung konnten sie in Harare allein wegen der zu offenkundig einseitigen Urheberrolle der USA auch von der Sache her kaum Paroli bieten. So beschränkten sie sich darauf, die Kandidatur Nikaraguas für die Ausrichtung des 9. Gipfels der Nichtpaktgebundenen erst einmal abzublocken, so daß man die Entscheidung auf das Außenministertreffen 1988 auf Zypern vertagen mußte.¹³

Ihre Liebäugerei mit der Äquidistanz aber wurde sowohl vom alten als auch dem neuen Vorsitzenden strikt zurückgewiesen.

„Unsere Politik beruht auf der Nichtpaktgebundenheit und nicht auf der

gleichweiten Distanz von den Supermächten“, argumentierte Rajiv Gandhi. Die Eigenständigkeit der Bewegung betonend, verwahrte er sich auch gegen die Unterstellung von der „langen Hand Moskaus“ inmitten der Bewegung. Man halte sich einzig daran, welche konkrete Politik die Supermächte verfolgten.

Ähnlich stellte Robert Mugabe klar, daß der Zweck der nichtpaktgebundenen Bewegung „nicht in der Äquidistanz von beiden Supermächten bestehen kann, sondern in der Verteidigung des Rechts der kleineren Nationen auf Selbstbestimmung, ohne Einmischung der Großen in ihre inneren Angelegenheiten... Man muß die Taten der USA mit den Taten der Sowjetunion vergleichen.

Was Zimbabwe betrifft, so haben wir die Sowjetunion für ihre Intervention in Afghanistan verurteilt. Aber in der Zeitspanne danach hat die Reagan-Administration Grenada überfallen, Libyen bombardiert, und — gemeinsam mit Südafrika — die UNITA-Rebellen gegen die Regierung Angolas und die Contra-Rebellen gegen Nicaragua unterstützt.

Kann man solche Aktionen als gleich schwerwiegend ansehen? Von daher geht mehr Kritik in eine Richtung, in jene der Reagan-Administration. Sie sollte man infrage stellen, nicht die Nichtpaktgebundenen.“¹⁴

Die in Harare gesetzten Impulse, sei es zur Beseitigung der Apartheid oder zum Widerstand gegen Neoglobalismus, Rüstungswahn und wirtschaftliche Auszehrung der Dritten Welt, standen folgerichtig durchwegs unter dem Vorzeichen des Antiimperialismus. Und ungeachtet der Heterogenität der Bewegung steht zu erwarten, daß sie unter Robert Mugabes Regie bis zum Jahr 1989 noch an weltpolitischem Gewicht zulegen kann.

Anmerkungen:

- 1) Chile blieb seit 1973 ausgeschlossen, der Stuhl Kampuchreas seit 1979 unbesetzt. Ferner nahmen in Harare 17 Beobachter (Mexiko, Brasilien, Kolumbien usw.) und 29 Gastdelegationen teil.
- 2) APN, Harare, 1. und 7.9.1986
- 3) Ebenda, 2.9.1986
- 4) Ebenda, 1.9.1986 und Frontline, Oakland, 29.9.1986
- 5) Vgl. 13-Punkte-Liste in: Afrique Asie (AA), Paris, Nr. 382/21.9.1986
- 6) ADN, 1.9.1986
- 7) Ebenda, 1. und 2.9.1986 und Frankfurter Rundschau, 2.9.1986
- 8) Vgl. Frontline, a.a.O. und AA, Nr. 383/5.10.1986
- 9) Ebenda
- 10) ADN, 7.9.1986
- 11) Teheran Times, Teheran, 3.9.1986 und AA, a.a.O.
- 12) Nach: International Herald Tribune, Paris, 3.9.1986; AfricAsia, Paris, Nr. 34/Oktober 1986; ADN, 4.9.1986 und Time, New York, 15.9.1986
- 13) Ebenda; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.9.1986; Le Monde, Paris, 7./8.9.1986 und AA, a.a.O.
- 14) Ebenda und AfricAsia, a.a.O.

Joachim Becker

Unter dem Damoklesschwert Südafrikas



Neue „heiße Grenze“: Südafrikanische Grenzbefestigung mit Blick auf Zimbabwe

Tausende säumten in Harare während des Nichtpaktgebundenengipfels in ihrer Mittagspause die festlich geschmückte Samora-Machel-Avenue. Sie suchten einen Blick auf die Staatschefs auf deren Weg von und zum Conference Centre zu erhaschen.

Mehr im Mittelpunkt des Interesses der zimbabweischen Öffentlichkeit standen jedoch die Situation in Südafrika und die möglichen Folgen von Sanktionen gegen den Apartheidstaat für Zimbabwe.

Noch im Dezember 1980 enthielt sich der zimbabweische Delegierte in der UN-Vollversammlung bei einer Abstimmung über Wirtschaftssanktionen mit der Begründung, daß sein Land selbst solche Sanktionen nicht verkraften könne, der Stimme. Heute ist die zimbabweische Regierung im Commonwealth und bei den Nichtpaktgebundenen einer der aktivsten Fürsprecher für Sanktionen.

Sanktionen erhielten Vorrang

Anfang August d.J. kündigte Premierminister Robert Mugabe an, Zimbabwe werde die Commonwealth-Sanktionen (u.a. Kappung des Flugverkehrs mit Südafrika, Beendigung von Regierungsunterstützung für Investitionen in und Handel mit Südafrika, Verbot von Regierungsbeschaffungsmaßnahmen in Südafrika und Regierungskontrakten mit Firmen, die mehrheitlich in südafrikani-

schem Besitz sind) voll umsetzen, ohne jedoch einen präzisen Zeitpunkt zu nennen.¹

Diese Sanktionen hätten auch Vorrang vor dem Handelsabkommen mit Südafrika, das kurz vor ihrer Ankündigung „routinemäßig“ verlängert wurde.² Die Verhängung von Sanktionen gegen den Apartheidstaat ist für Zimbabwe keine leichte Entscheidung. Seine geographische Lage und koloniale Vergangenheit ketten das Land eng an Südafrika.

Der Anteil südafrikanischer Firmen am zimbabweischen Produktivkapital dürfte auch heute kaum unter den für 1980

geschätzten 25%³ liegen. Der Anteil Südafrikas an Zimbabwes Außenhandel konnte zwar von 24,8% im Jahr 1981 auf 18,8% im Jahr 1984 gesenkt werden,⁴ ist aber immer noch hoch. Etwa 40% der zimbabweischen Industriegüterexporte gehen nach Südafrika.

Wirtschaftliche „Gegensanktionen“ Südafrikas gegen Zimbabwe seien jedoch, so das südafrikanische Wirtschaftsblatt *Financial Mail* vom 15.8.1986, ein „zweischneidiges Schwert“. Denn Südafrika habe 1984 netto 85 Mio US-Dollar (\$) an Fracht- und Versicherungszahlungen, Profiten und Dividenten sowie Pensionszahlungen aus Zimbabwe erhalten. Sie würden außerdem Exporte in Höhe von 100 Mio \$ sowie die Bedienung der 120-Mio-\$-Schuld, die Zimbabwe vom Smith-Regime geerbt hatte, und seine Investitionen in Zimbabwe gefährden.

Für eine „reale Möglichkeit“ hält die *Financial Mail* eine verstärkte Militärintervention Südafrikas in Moçambique. Dies könne geschehen, um Zimbabwes Pipeline und Verkehrsverbindungen nach Beira zu kappen und Zimbabwe und andere Frontstaaten auf dem Transportsektor noch leichter unter Druck setzen zu können. Kriegsbedingt, aber auch durch die Politik der in Zimbabwe dominanten südafrikanisch-kontrollierten Speditionsfirmen gefördert, wurden Ende 1985 nicht einmal 10% des zimbabweischen Außenhandels über Moçambique abgewickelt (1983 immerhin 53,9%).⁵

Nadelöhr Moçambique

Die Regierung Zimbabwes unternimmt große Anstrengungen, diese Transitstrecke offenzuhalten und die Abhängigkeit von den – außerdem wesentlich längeren – Transitrouten durch Südafrika abzubauen. Seit Oktober 1982



Lebensqualität im befreiten Zimbabwe: Gesundheitseinrichtungen erreichen die Armen

schützen zimbabwische Soldaten die Strecke nach Beira. Ab dem Sommer d.J. verstärkte Zimbabwe seine militärische Unterstützung für Moçambique erheblich.

Die Bahnlinie nach Beira wird gegenwärtig erneuert. Ihre Leistungsfähigkeit ist bereits deutlich gestiegen. Allerdings wird sie, trotz des gestiegenen Interesses der Wirtschaft, noch unzureichend genutzt.



Arbeiter bei der Herstellung von Panzerglas für die zimbabwische Maschinenbauindustrie

„Wir werden darüber nachdenken müssen“, so Mugabe, „die Linie nach Maputo“, die seit August 1983 wegen des Krieges geschlossen ist, „zu öffnen, selbst wenn dies bedeutet, jeden Meter einen Wachposten aufzustellen.“⁶ Der Wirtschaftskrieg könne – so warnt Mugabe die Bevölkerung vor – bedeuten, „Sadza (Maisbrei; d. Verf.) ohne Fleisch, Nyama“ zu essen.⁷

Auf eine Unterstützung derjenigen kapitalistischen Staaten, die erhebliche Wirtschaftsinteressen in Südafrika haben, kann Zimbabwe bei Sanktionsverhängung nicht hoffen.

Kreditkürzungen des Westens

Vielmehr gab die Regierung Reagan während des Gipfels bekannt, sie werde, wegen der scharfen Verurteilung ihrer Politik des „konstruktiven Engagements“ durch einen zimbabwischen Minister auf einem Empfang, die „Hilfe“ an Zimbabwe einstellen. Bereits 1983 bestrafte die USA, 1980-85 Zimbabwes wichtigster bilateraler Geldgeber (Zusagen: 343 Mio \$, Auszahlungen: 271 Mio\$),⁸ Zimbabwe für sein Abstimmungsverhalten im UN-Sicherheitsrat mit einer „Hilfs“kürzung.

Wie die US-Regierung so ist auch die Bundesregierung hin- und hergerissen zwischen ihrer Sympathie für die Wirt-

schaftspolitik Zimbabwes und ihrer Abneigung gegen Zimbabwes zunehmend härtere Position gegenüber Südafrika. In den Jahren 1984 und 1985 lagen ihre „Hilfs“zusagen und -auszahlungen deutlich unter dem Niveau von 1983.⁹ Die Regierungen der USA, Großbritanniens und der BRD, alle drei mit ausgedehnten Wirtschaftsinteressen in Südafrika und gegen Sanktionen, sind auch alles andere als enthusiastisch gegenüber

den Bemühungen der Konferenz zur Entwicklungs koordinierung des Südlichen Afrika (SADCC), die Abhängigkeit gegenüber Südafrika abzubauen, eingestellt.

Diejenigen kapitalistischen Länder, deren Wirtschaftsinteressen in Südafrika gering sind, stehen diesem wirtschaftlichen Zusammenschluß der Nachbarn Südafrikas viel positiver gegenüber. Die Nichtpaktgebundenen haben auf dem Harare-Gipfel einen Solidaritätsfonds mit den Frontstaaten eingerichtet.

Sehr eng sind noch aus der Zeit des Befreiungskampfes die Beziehungen der Regierung der Afrikanischen Nationalunion Zimbabwes/Patriotische Front (ZANU/PF) mit China. Das anfänglich sehr kühle Verhältnis zur UdSSR, die während des Befreiungskampfes die Afrikanische Volksunion Zimbabwes (ZAPU) unterstützte, hat sich merklich erwärmt.

Die wirtschaftliche Entwicklung Zimbabwes in den nächsten Jahren wird wesentlich von den Entwicklungen in Südafrika abhängen.

Dieser Faktor ist in dem im April d.J. veröffentlichten Fünfjahrplan¹⁰ (1986-90) nicht berücksichtigt. Im Plan erhofft sich die Regierung eine jährliche Wachstumsrate von 5,1%.

Die Regierung will zwar in der Planperiode die lokale – staatliche und private – Kontrolle über die Wirtschaft erhöhen,

dennoch werden privates und insbesondere transnationales Kapital weiterhin die produktiven Schlüsselsektoren Industrie, Landwirtschaft und Bergbau dominieren. Von dessen Kooperation und somit einer im Kern kapitalfreundlichen Wirtschaftspolitik hängen Investitionen und Planerfüllung nicht unwesentlich ab.

Auslandsinvestitionen sind weiterhin willkommen. Sie sind mit 40 Mio Z\$ mehr als optimistisch angesetzt. Wenn auch im Laufe der 5 Jahre mit abnehmender Tendenz sollen 40% der Investitionsmittel aus dem Ausland kommen, was eine beträchtliche Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern beinhaltet.

Der jetzige Fünfjahrplan ist nicht in ganz so starkem Maße wie sein Vorgänger, ein dreijähriger Übergangsplan,¹¹ von einer Weltmarktorientierung geprägt. Und er mißt einer weiteren Importsubstitution, deren leichte Phase in Zimbabwe bereits erschöpft ist, eine höhere Bedeutung bei. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Regierung verstärkten Exporten nicht enorme Bedeutung beimißt.

Der Wirtschaftsplan äußert sich kaum dazu, wie der umfangreiche Privatsektor, von dem immerhin 37% der Bruttoanlagekapitalbildung und 48% der Bruttokapitalbildung erwartet werden, dazu gebracht werden soll, entsprechend den Wünschen der Regierung zu handeln.

In den Krisen Jahren nach 1982 haben die Lohnabhängigen, welche die Regierung in den ersten Boomjahren nach der Unabhängigkeit mit kräftigen Lohnerhöhungen bedachte, drastische Reallohnverluste hinnehmen müssen.

Gewerkschaften fester verankert

Gleichzeitig ist jedoch die Kluft zwischen hohen und niedrigen Löhnen abgebaut worden. Wenn auch Arbeiterschaft und Bauern die enormen Verbesserungen im Ausbildungs- und Gesundheitswesen sehr schätzen, so rufen doch die Reallohnverluste der letzten Jahre zusammen mit einer hohen und steigenden Arbeitslosigkeit, die von der Regierung auf 12-25% geschätzt wird,¹² und einem gravierenden Wohnungsmangel unter den städtischen Volksklassen eine gewisse Unzufriedenheit hervor.

Eine der Schlüsselforderungen des Gewerkschaftskongresses Zimbabwes (ZCTU) ist denn auch die Koppelung der Löhne an die Lebenshaltungskosten.

In den Gewerkschaften waren 1984 24% der Arbeiterschaft organisiert.¹³ Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war die Gewerkschaftsbewegung ziemlich schwach und zersplittert, vielfach mit mangelnder Basisverankerung, durch die Repression des Smith-Regimes verkrüppelt und finanzschwach.

Zur Schwäche der Gewerkschaftsbewe-

Eigentumsverhältnisse (Kapitalstock 1983)

	Staat	Lokale Unternehmen/ Individuen	Ausländisches/aus- ländisch-kontrollier- tes Kapital
Land-/Forstwirtschaft	13,5%	67,3%	19,2%
Bergbau	—	10,0%	90,0%
Industrie	3,8%	38,5%	57,7%
Sonstiges	31,8%	56,1%	12,1%
Gesamt	23,4%	52,2%	24,4%

(Berechnet nach: R.H. Green, Parameters, Permutations and Political Economy: Zimbabwe 1973-1986/87. Conference on Economic Policies and Planning under Crisis Conditions in Developing Countries, Harare, 2.-5. September 1985, Tab.4)

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

		1980	1981	1982	1983	1984
BIB zu laufenden Preisen	(Mio. Z\$)	3.226	4.049	4.609	5.081	5.796
BIP zu konstanten Preisen	(Mio. Z\$)	3.226	3.645	3.646	3.522	3.559
BIP pro Kopf zu laufenden Preisen	(Z\$)	478	598	675	762	808
BIP pro Kopf zu konstanten Preisen	(Z\$)	478	537	519	513	509

1 Z\$ = 1,34 DM (April 1986)

(Quelle: Africa Economic Digest: Zimbabwe. An AED Special Report, April 1986, S.12)

Landverteilung (Schätzung 1980)

	Große kommer- zielle Farmen	kleine kommer- zielle Farmen	Communal Lands
Land (1.000 ha)	14.798	1.500	16.000
Farmerinheiten	6.034	8.708	760.000
Bevölkerung (1.000)	1.763	100	3.800
ha pro Einheit	2.452	172	21

(Quelle: Ministry of Lands, Agriculture and Rural Resettlement: Communal Lands Development Plan. A 15 Year Development Strategy (Draft). Harare 1986, S. 104, Tab.12)

Im Juni 1985 hatte die Regierung 2.582.702 ha für die Umsiedlung erworben (Ebenda, S. 117, Tab. 26).

gung nach der Unabhängigkeit trug auch die Politik des ersten Arbeitsministers Kumbirai Kangai. Er suchte die Gewerkschaften unter der Leitung ihm genehmer ZANU/PF-Leute, denen jedoch die Unterstützung der starken Einzelgewerkschaften fehlte, zu vereinigen und die Führungsrolle der Partei durchzusetzen. In den ersten Jahren seiner Existenz war der 1981 gegründete ZCTU kaum arbeitsfähig. Vielmehr schädigten die von Kangai protegierten „Gewerkschaftsführer“ das Ansehen der Gewerkschaften durch Korruptionsskandale.

Frederick Shava, der Kangai 1984 ablöste, deckte den korrupten ZCTU-Vorstand nicht mehr. 1985 wurde auf einem Gewerkschaftskongreß nach der Suspendierung des alten Vorstands eine neue, in den etablierten Gewerkschaften veran-

kerte Führung gewählt.

Diese bemüht sich um eine Reorganisation des ZCTU, die Durchsetzung von Industriegewerkschaften, eine Indexierung der Löhne an die Lebenshaltungskosten und die Einrichtung eines Sozialversicherungssystems. Da die Regierung die Lohnerhöhungen verordnet, sehen es viele Arbeiter nicht ein, einer Gewerkschaft beizutreten.

Das Arbeitsgesetz von 1985, das dem Arbeitsminister äußerst weitreichende Vollmachten gibt, schwächt die Kampfkraft der Gewerkschaften auch dadurch, daß es Streiks in den meisten Bereichen verbietet. Die Gewerkschaften begrüßen zwar die erreichten Verbesserungen, lehnen jedoch den Paternalismus des Staates, der die Arbeiterbewegung schwächt, ab.

Ein sehr sensibler Punkt ist das Verhältnis des ZCTU zur ZANU/PF. Auf dem letzten ZCTU-Kongreß machten Arbeitsminister Shava und das damalige ZANU/PF-Politbüromitglied Herbert Ushewokunze den Führungsanspruch der Partei noch einmal deutlich.¹⁴ Die Landverteilung an landlose Bauern kommt nur langsam voran.

Statt der im Nationalen Übergangs-Entwicklungsplan anvisierten Zahl von 162.000 Familien waren 1985 nur 36.000 Familien umgesiedelt worden. Während des Fünfjahrplans sollen es jährlich 15.000 Familien sein.¹⁵

Der Landerwerb ist für die Regierung durch das jüngst erlassene Landerwerbsgesetz jetzt juristisch leichter. Die Umsiedlung wird den Druck in den stark übernutzten Communal Lands (CL; Gemeindeländereien), in denen 1980 820.000 Familien lebten, nicht vermindern.

Trotzdem hat sich auf dem Land einiges verändert. Die Verkehrsverbindung in den CL, die den Gebieten entsprechen, die unter dem Smith-Regime für die Schwarzen reserviert waren, wurden wesentlich verbessert. Vermarktungsdepots und Verkaufsstellen für Inputs wurden errichtet.

Während 1980 nur 18.000 CL-Farmer Agrarkredite erhielten, waren es 1985 64.000. Betrug das Verhältnis-Landwirtschaftsberater/Farmer 1980 1:1.000, so war es 1985 bereits 1:800.¹⁶

Die Resultate ließen nicht auf sich warten: Seit der Unabhängigkeit ist der Anteil der CL-Farmer an der vermarkteten Produktion stark gestiegen.

„Karierepolitiker“ drängen vor

Von dieser Politik, die, wie von den Bauern gewünscht, den individuellen Anbau nicht infrage stellt, profitieren im wesentlichen etwa 20% der Bevölkerung in den CL. Die soziale Differenzierung in den CL hat sich seit der Unabhängigkeit verstärkt. Auch die etwa 8.700 afrikanischen Bauern mit Landeigentum, die klare kapitalistische Aspirationen haben, können sich nun besser entfalten.

In den Dorfkomitees der ZANU/PF, die auf dem Land über eine relativ gute Organisation verfügt, haben die älteren Bauern ihre Position nach der Unabhängigkeit wieder konsolidieren können.

Die Dorfkomitees haben mittlerweile wichtige Aufgaben an die Distrikträte und den Staatsapparat, die im großen und ganzen mit „Karierepolitikern und öffentlichen Bediensteten“¹⁷ besetzt sind, abtreten müssen.

Bei dem Aufbau einer orthodoxen, auf Wahlen ausgerichteten Parteistruktur gingen die meisten Parteiämter auf Distrikt- und Provinzebene an kleine Ge-

Inspektion eines Maisfeldes in einer Kooperativfarm in Bulawayo, in der demobilisierte ZIPRA-Guerilleros arbeiten



schäftsleute und Angehörige „freier Berufe“ sowie auch an Studenten und zurückkehrende Exilanten. Die früheren Freiheitskämpfer sind eher an den Rand gedrängt, vielfach arbeitslos und in einer sozial schlechten Lage.

Die für die nationaldemokratische Phase der Revolution charakteristische klassenmäßige Zusammensetzung und Widersprüche in der Partei- und Staatsführung, in der auch bürgerliche Elemente zu finden seien, erschwere – so Mugabe im April d.J. vor Studenten – die Durchsetzung des 1984 verabschiedeten Leadership Codes (Verhaltenskodex für ZANU-Führer), der den privatwirtschaftlichen Aktivitäten von Staats- und Parteiführung sehr enge Grenzen setzte (siehe AIB 11-12/1984).¹⁸

Viele Parteiführer – so kritisiert das Politbüromitglied Maurice Nyagumbo – hätten seit der Unabhängigkeit Hotels, Grundbesitz und Geschäfte erworben, und seien nicht bereit, diese aufzugeben. Er regte an, die Basis solle sich auf einem außerordentlichen Parteitag mit dieser Frage befassen.¹⁹

Ein weiteres Problem ist die Existenz von Cliquen in der ZANU/PF, die sich auf bestimmte Regionen stützen. Dies kam kürzlich bei einer hitzigen Parlamentsdebatte über einen Veruntreuungsskandal bei der Eisenbahn zum Ausdruck, wobei der angegriffene Trans-

portminister Vertreter „einer bestimmten Region“ für die Beschuldigungen gegen ihn verantwortlich machte. Es ist zu befürchten, daß solche Konflikte auch nach der Vereinigung mit der ZAPU fortbestehen werden.

Der Vereinigungsprozeß zwischen ZANU/PF und Joshua Nkomos ZAPU, die durch Parteiübertritte und Regierungsrepression erheblich geschwächt worden war, scheint sehr weit vorangeschritten zu sein.

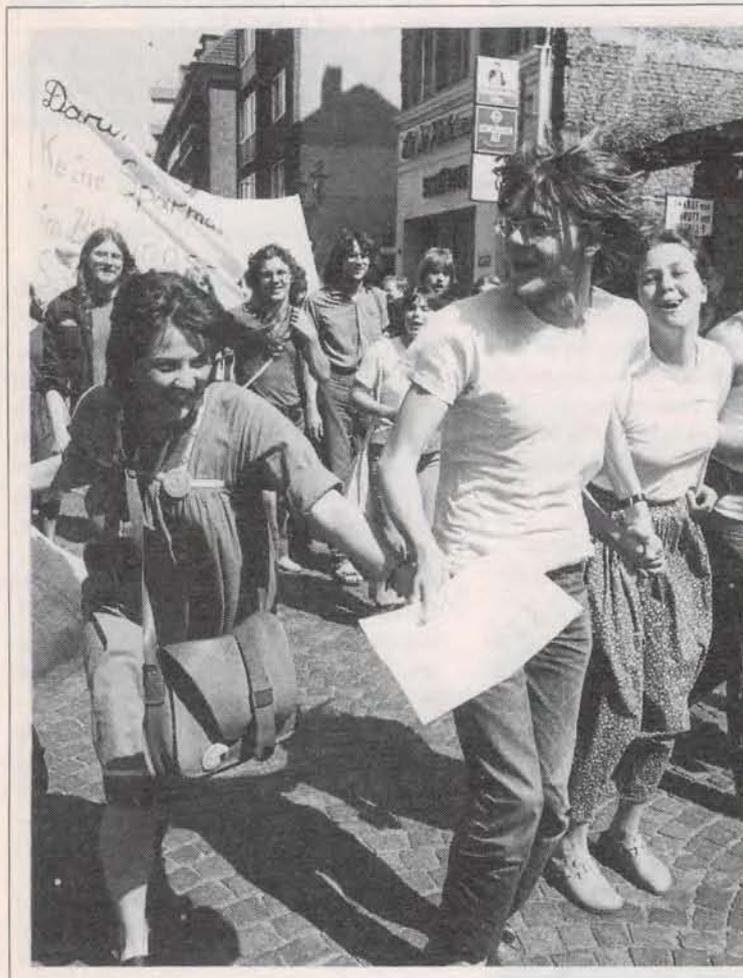
Bald Vereinigung ZANU/ZAPU

Die programmatischen Unterschiede waren ohnehin gering. Deutliches Signal für die Fortschritte bei dem Vereinigungsprozeß ist die im August d.J. erfolgte Freilassung von 10 des Hochverrats beschuldigten Zimbabwern, darunter führenden ZAPU-Funktionären, und die Ankündigung einer Überprüfung der Fälle all jener, die unter den Sicherheitsgesetzen oder wegen „politisch-motivierter“ Verbrechen inhaftiert worden sind. Die verantwortlichen Parteiführer sehen die Vereinigung der beiden Parteien als eine Voraussetzung dafür an, den bewaffneten Banden in der ZAPU-Hochburg Matabeleland, die Verbindungen nach Südafrika haben, das Wasser abzu-

graben und die Destabilisierung durch den Apartheidstaat zu erschweren.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. The Herald (H), Harare, 9.8.1986
- 2) Vgl. ebenda, 30.8.1986
- 3) Angabe nach: C. Stoneman (Hrsg.), Zimbabwe's Inheritance, London/Basingstoke 1981, S. 119
- 4) Zahlen nach: Central Statistical Office, Quarterly Digest of Statistics, Juni 1984 und Dezember 1985
- 5) Vgl. P. Johnson/D. Martin, South Africa Imposes Sanctions against Neighbours, Harare 1986, S. 9, 14
- 6) H, 9.8.1986
- 7) Ebenda
- 8) Zahlen nach: The Financial Gazette, Harare, 18.7.1986
- 9) Vgl. ebenda
- 10) Siehe: Republic of Zimbabwe, First Five-Year National Development Plan 1986-90, Jg. 1, April 1986
- 11) Siehe: Republic of Zimbabwe: Transitional National Development Plan 1982/83-1984/85, Jg. 1, November 1982
- 12) Vgl. Ministry of Labour, Manpower Planning and Social Welfare, Annual Review of Manpower 1984, Harare
- 13) Angaben nach: H, 16.8.1986
- 14) Vgl. Zimbabwe Congress of Trade Unions Conference, Harare, 27. und 28. Juli 1985, S. 45 und 127
- 15) Vgl. Republik of Zimbabwe: First..., S. 28
- 16) Angaben nach: ebenda
- 17) D. Lan, Guns & Rain. Guerrillas and Spirit Mediums in Zimbabwe, London/Los Angeles 1985, S. 221
- 18) Siehe: H, 4.4.1986
- 19) Vgl. The Guardian, London, 8.8.1986



Wir sind die junge Garde...

In der Geschichte der Arbeiterbewegung hat die Jugend immer einen besonderen Platz eingenommen. In den großen Auseinandersetzungen für Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und Umweltschutz, für mehr Lehrstellen, bessere Ausbildung, für mehr Lohn und billige Wohnungen.

Wer sich engagiert, der weiß, daß sich nichts von heute auf morgen ändert.

Ohne Argumente, Daten, Fakten und das nötige Hintergrundwissen geht's nicht. Die **UZ** liefert diese Informationen.

Sie schreibt ohne Maulkorb und Schmiergelder. Als Zeitung der DKP ist sie den Bossen nicht verpflichtet.



Die **UZ** können Sie probelesen. 14 Tage kostenlos und unverbindlich. 02101/590321, Kollege Duisberg. Oder schicken Sie uns diesen Coupon.



Militärbasis Simonstown: strategische Position für die NATO-Mächte

Marianne Kolter

Was will der Westen im Südlichen Afrika?

Die Europäische Gemeinschaft und US-Präsident Ronald Reagan lehnen weiterhin Sanktionen gegen den Apartheidstaat Südafrika ab (siehe Kommentar in diesem Heft).

Die Gründe für die Sanktionsablehnung sind vielfältig und orientieren sich an den eigenen Interessen der Verantwortlichen der Westmächte in Südafrika und der Gesamtregion Südliches Afrika, in der etwa 100 Mio Menschen (Stand 1985) leben.

Südafrika und das von ihm völkerrechtswidrig besetzte Namibia, die Staaten Angola, Moçambique, Zimbabwe, Sambia, Tansania und Botswana sowie die Enklaven Lesotho und Swasiland gehören zum Teil zu den rohstoffreichsten Ländern der Erde.

Südafrika allein exportierte 1983 52% des Goldes, 43% des Ferrochroms, 41% des Platins und 20% der Diamanten der Welt. Hinzu kommen wichtige sog. strategische Rohstoffe wie Vanadium (59%) und Manganerze (30%).¹ Diese letztgenannten Rohstoffe werden zur Veredelung von Metallen benötigt, so z.B. wird Vanadium in der Stahlproduktion zur Herstellung besonders strapazierfähiger Qualitätsprodukte genutzt.

Die Herstellung besonders zuverlässiger und belastbarer Metalle ist aber für die Produktion moderner Technologie, und

dies auch im Rüstungssektor, eine unabdingbare Voraussetzung. Unter diesen Aspekt fallen auch andere in der Region vorhandene Rohstoffe wie Chromerze, Mangan und Titan.

Die Behauptung allerdings, daß nur Südafrika diese Rohstoffe liefern könne, ist schlicht falsch.

BRD-Uranimporte aus Namibia

Auch Uran fällt unter die Rohstoffpalette Südafrikas. Der Anteil an der Weltliefermenge liegt nach Schätzungen um 14,1%.

Die Bundesrepublik allerdings importierte aus Südafrika 1983 an die 40% ihres Urans, wobei nicht aufgeschlüsselt ist, welchen Anteil die namibischen Exporte ausmachten. Man kann nur errechnen — aufgrund der Vorkommnisse in den beiden Staaten —, daß der Anteil Namibias etwa 3/4 der Uranimporte der BRD ausmachen.²

Damit verstößt die Bundesrepublik eindeutig gegen internationales Recht, denn Importe aus Namibia sind, solange Südafrika seine Besetzung aufrechterhält, von der UNO für illegal erklärt worden.

Ein großer Teil dieses Urans wird in den

Hanauer Nuklearbetrieben NUKEM und ALKEM verarbeitet, später soll es auch in der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf auftauchen. Das Uran aus Namibia, die Atomanlagen in Hanau und Wackersdorf sind Teile einer Kette, die die Bundesrepublik nach Auslaufen des Nichtverbreitungsvertrages von Nuklearwaffen, oft Atomwaffensperrvertrag genannt, im Jahre 1995 in die Lage versetzen könnten, zur Atommacht zu werden.

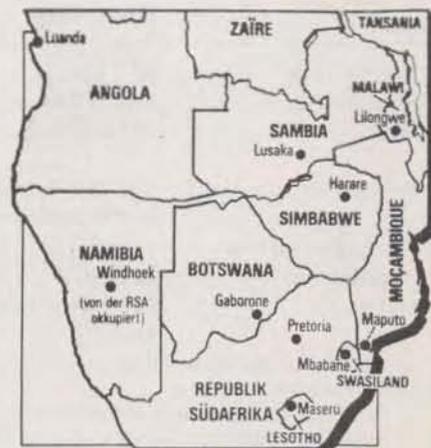
Doch auch Uran könnte aus anderen Regionen dieser Erde bezogen werden, etwa Kanada oder Australien. Doch solange Südafrika seine und Namibias Produkte zu günstigen Bedingungen auf den Weltmarkt bringt, gibt es keinen Grund, sich nach anderen Lieferländern umzusehen, einmal abgesehen davon, daß Uranimporte ohnehin zweifelhaft sind. Kaum einer der großen multinationalen Konzerne hat keine Geschäftsinteressen in Südafrika oder Namibia.

Die in das Südafrika-Geschäft besonders stark verwickelten Staaten, wie die USA, die BRD und Großbritannien gehören denn auch zu den striktesten Sanktionsgegnern.

1984 z.B. stellten diese drei Staaten die Hauptinvestoren in Südafrika. Auch in den vorangegangenen Jahren faßte der Wert ihrer Direktinvestitionen in Südafrika etwa 75% (1982) und 74% (1983) aller in Südafrika getätigten Direktinvestitionen.³ 50% der Ölwirtschaft und 70% der Computerindustrie Südafrikas waren 1983 in US-amerikanischer Hand.⁴

Die gegenwärtige existentielle Krise des Apartheidstaates allerdings führt zum Kapitalabzug, der besonders stark unter den US-Gesellschaften ist. Seit 1985 zogen sich 50 US-Gesellschaften aus Südafrika zurück, unter ihnen Multis wie Pepsi und General Electric.⁵

Andere Staaten der Region gehören mit Erdöl- und Minerallagerstätten ebenfalls zu den an Bodenschätzen reichen Ländern, wie z.B. Angola, oder sie liefern agrarische Rohstoffe. Ihr wirtschaftlicher Spielraum wird durch die Politik Südafrikas in der Gesamtregion einge-



grenzt, solange dieses seine Destabilisierungspolitik gegen diese Staaten aufrechterhalten kann.

Zu den günstigen Lieferbedingungen, die Südafrika und seine Anrainerstaaten auf dem Weltmarkt zu bieten haben, gehört per se die billige schwarze Arbeitskraft, insbesondere in den Minen Südafrikas und Namibias. Dies ist eine der grundlegenden Funktionen der Apartheid.

Die wirtschaftliche Erpressung der Nachbarstaaten sichert Südafrika durch ein vielfältiges Netz von Maßnahmen, die es sich bei „Mißverhalten“ vorbehält. Dabei kann es auf die aus der Kolonialzeit stammenden Infrastrukturverhältnisse in der Gesamtregion zurückgreifen.

Zwischen Angola und Sambia etwa gibt es keine Transportverbindungen, die letzteres als Exportweg zum Atlantik nutzen könnte.

Doch sind die günstigen Bedingungen ökonomischer Ausbeutung der Naturreichtümer und Arbeitskraft Südafrikas und Namibias sowie die Übervorteilung der jungen afrikanischen Staaten nur ein Aspekt des immensen Interesses der USA und der anderen NATO-Staaten an der Erhaltung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse im Süden des afrikanischen Kontinents.

Basen für NATO-Zwecke

Auch militärstrategisch ist Südafrika ein wichtiger Faktor in den Überlegungen imperialistischer Politik.

Um das Kap der Guten Hoffnung an der Südspitze Afrikas geht noch immer eine der wichtigsten Seefahrtstraßen der Welt. Die Kaproute hat einen Großteil ihrer wirtschaftlichen Bedeutung durch den Bau des Suez-Kanals eingebüßt, sie wird jedoch aufgrund der instabilen politischen Lage im Nahen und Mittleren Osten als notwendige Alternative betrachtet. Dies sichert in den Augen der NATO-Strategen Südafrika mit ab.

Die US-Raumfahrtbehörde NASA benutzte Südafrika als Beobachtungs-

posten für unbemannte Raumflüge. Hier ist die erste Möglichkeit, Flugbahnen von Land aus zu beobachten, nachdem Raumkörper in Cape Kennedy gestartet werden.⁶

Anderer militärstrategische Überlegungen beziehen sich auf Südafrika als Stützpunkt im Südatlantik, im unmittelbaren Anschlußbereich der Nordatlantischen Allianz.

Südafrika stellt mit den Häfen Simonstown, Durban und Walvis Bay (Namibia) der US-Flotte drei wichtige Stützpunkte zur Verfügung, die sich einreihen in ihr Stützpunktsystem, das sie im Südatlantik und Indischen Ozean aufgebaut haben. Zudem besitzt Südafrika mit dem Luft-, See- und Unterwasserprojekt „Advocaat“ die Möglichkeit, jede Bewegung von der Ostküste Lateinamerikas bis nach Bangladesch und Indien zu beobachten.

Mit dem Projekt „Drumpe!“ – einem Luftüberwachungssystem, das in Namibia stationiert ist – bietet sich ihnen die Möglichkeit, die Länder nördlich der namibischen Grenze, insbesondere Angola, auszukundschaften (Einzelheiten siehe in: AIB-SH 1/1986, S. IX-XI).

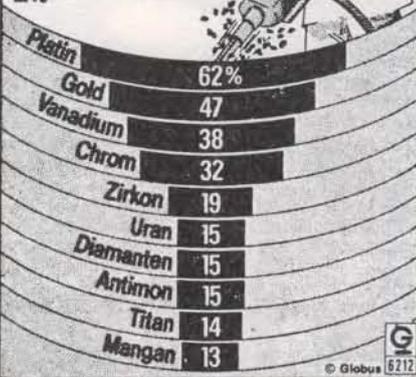
Südafrika stellt die dabei gewonnenen Erkenntnisse der NATO zur Verfügung, wozu es dem NATO-Kommunikationssystem direkt angeschlossen wurde. Doch nicht nur dies macht Südafrika militärisch interessant.

Es verfügt über die stärkste Militärmacht auf dem afrikanischen Kontinent. 1970/71 waren im südafrikanischen Haushalt 257 Mio Rand (R) für das Militär vorgesehen, 1977/78 waren es bereits 1,6 Mrd und 1985/86 4,2 Mrd, die noch zu ergänzen sind um die Kosten für Polizei und andere Sicherheitsausgaben und verdeckte Beträge. Damit fallen auf Südafrika 50% aller Militärausgaben Afrikas.⁷

Diese immensen Mittel hat die südafrikanische Armee eingesetzt, um sich mit modernsten Waffen zu versehen, wobei die Atombombe, die in Südafrika hergestellt werden kann (vgl. nebenstehendes

Rohstoff-Macht Südafrika

Anteile der Republik Südafrika an der Weltproduktion 1984 in %



Memorandum), nur die spektakulärste Technologie darstellt.

Die hohen Militärausgaben machen Südafrika für die mächtigen Rüstungsmonopole interessant, die auch nach der Verhängung des Rüstungsembargos 1977 durch den Weltsicherheitsrat weiter an den Apartheidstaat lieferten.

Innenpolitisch nutzt die südafrikanische Regierung diese Militärmaschinerie zum Krieg gegen das eigene Volk, außenpolitisch bedroht Südafrika in erster Linie die sog. Frontstaaten. Diese sind seit Jahren von Überfällen durch die südafrikanischen Verteidigungstreitkräfte (SADF) betroffen, und sehen sich südafrikanischer Besatzung (Namibia) oder einer Dauerintervention (Angola) gegenüber.

Das kleine Lesotho machte Anfang d.J. die Erfahrung, daß Südafrika im Zweifelsfalle die souveränen Rechte eines fremden Staates total negiert.

Dabei erweitert Südafrika seine regulären Streitkräfte um die Streitkräfte der sog. Homelands und in der Region um die Banden, die in Angola, Moçambique, Zimbabwe und anderen Ländern ihr Unwesen treiben.

Diese Banden werden von Südafrika mit Ausrüstung unterstützt, auf seinem oder namibischem Territorium trainiert und mit wichtigen logistischen Hilfen, z.B. Radiostationen, ausgerüstet. Weniger bekannt als die Unterstützung für die Nationalunion zur vollständigen Befreiung Angolas (UNITA) des Jonas Savimbi oder des Nationalen Widerstands Moçambiques (RNM) sind die Hilfen für die „Super-ZAPU“ oder Matabele-Brigaden, die gegen die Regierung Robert Mugabes in Zimbabwe angetreten sind. Mehrfach kam es in der Grenzregion Zimbabwes zu Übergriffen südafrikanischer Einheiten und dieser Banden. Ihnen fielen allein 1980 120 Menschen zum Opfer.⁸

Hinzu kommen die wirtschaftlichen Schäden in Milliarden-Höhen, die diese Überfälle für die afrikanischen Staaten verursachen. Auch Sambia meldet dieses Jahr verstärkte Aktivitäten von Terror-

Streitkräfte der Frontstaaten und Südafrikas

	Frontstaaten	Südafrika
Bevölkerung	55,5 Mio	26,8 Mio ^{a)}
Streitkräfte	155.750 Mann	405.500 Mann ^{b)}
Heer	148.000 Reguläre	197.000 Reguläre, Eingeschriebene und Reservisten ^{b)}
Paramilitärische Kräfte	602.360 Polizisten und Milizionäre	145.000 Polizisten und Reservisten
Panzerstreitkräfte	1.962 ^{c)}	3.350 ^{d)}
Artillerie ^{e)}	812	230
Luftwaffe	207 Kampfflugzeuge	304 Kampfflugzeuge

a) schließt 4,6 Mio Weiße mit ein

b) bei voller Mobilisierung

c) Panzer, gepanzerte Wagen und gepanzerte Truppentransporter

d) Panzer, mechanisierte Kampfwagen der Infanterie, gepanzerte Wagen und gepanzerte Truppentransporter

e) Selbstfahrlafetten und Feldgeschütze, ausgenommen Raketenwerfer, Raketensysteme und Granatwerfer

(Quelle: Financial Gazette, Harare, 5.9.1986)

banden, die von Südafrika unterstützt werden.⁹

Südafrika steht nicht allein mit diesen Hilfestellungen für konterrevolutionäre und regierungsfeindliche Banden in der Region. Dort, wo die Unterstützung durch das Apartheidregime nicht ausreicht, helfen die USA weiter. Sie liefern Material und „humanitäre Hilfe“ für die angolanische UNITA, u.a. auch die Stinger-Raketen, die gegen die angolanische Luftwaffe eingesetzt werden sollen.

Dies zwingt die afrikanischen Staaten zu immensen Verteidigungsausgaben, die sie angesichts der ökonomischen und sozialen Lage ihrer Völker für andere Aufgaben dringend brauchten – ein unmittelbarer Erfolg der Destabilisierungsstrategie der Südafrikaner gegenüber ihren Nachbarstaaten.

Um dem Druck Pretorias nicht vereinzelt gegenüberzustehen, haben sich neun Staaten des Südlichen Afrika 1980 in der Südafrikanischen Konferenz für Entwicklungs-Kooperation (SADCC) zusammengeschlossen, die die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder fördern soll.¹⁰ Auch militärisch wurde und wird Hilfe untereinander geleistet. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang die Unterstützung für die Befreiungsbewegung Zimbabwes gegen das weiße Minderheitsregime Ian Smith, die von Moçambique bis eingangs der 80er Jahre geleistet wurde. Heute leistet Zimbabwe militärische Unterstützung für den schwer bedrängten Nachbarstaat im Kampf gegen die RNM.

Angriffsziele Frontstaaten

Moçambique ist wirtschaftlich und militärisch nicht in der Lage, dieses Problem aus eigener Kraft zu lösen.

Und Moçambique ist für eine Stabilisierung der Region, die gleichzeitig eine weitgehende wirtschaftliche Unabhängigkeit von Südafrika bedeuten muß, ein Schlüsselfaktor. Ein großer Teil der derzeit über südafrikanische Transportwege und Häfen exportierten Produkte der Binnenländer – wie Zimbabwe – könnte über Moçambique laufen, wenn diese nicht von der RNM zerstört oder unsicher gemacht würden.

Wie entschlossen die Südafrikaner sind, dies zu verhindern, zeigt die Bombardierung der Hafenstadt Beira in den letzten Wochen.

Zufall kann es nicht sein, daß diese konzentrierte Aktion zeitlich parallel zu den Sanktionsbeschlüssen der Commonwealth-Staaten, der Frontstaaten und der Nichtpaktgebundenen liegt.¹¹ Südafrika muß die Abhängigkeit dieser Staaten von seinen Transportwegen aufrechterhalten, wenn es seine Androhung von Gegensanktionen wahr machen will.

Notbremse Atomwaffen

Memorandum der Regierung Reagan zu Südafrika

Außenministerium der Vereinigten Staaten,
Washington D.C., 20520
25. Januar 1985

Handlungsmemorandum

An: S – Mr. Shultz
Von: AF Chester Crocker
AF/S Robert Gel.....(?)

Betrifft: Südafrikas Atomwaffenfähigkeit

Dies ist eine Weiterverfolgung unseres Gesprächs mit Ihnen. Offenbar stimmen wir darin überein, daß Südafrika gegenwärtig die technische, führungsmäßige und wirtschaftliche Fähigkeit besitzt, Atomwaffen herzustellen.

Genauer noch, Südafrika hat eine ausreichende wissenschaftliche und industrielle Grundlage, auf der sich ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm für Kernwaffen durchführen läßt. Seine Laboratorien sind in der Lage, die Entwicklung von Atomwaffen zusätzlich zu seinem bestehenden Programm zur Entwicklung von Urananreicherungsverfahren zu tragen. Südafrikas Bodenschätze sind zur Unterstützung sowohl eines Atomwaffenprogramms als auch einer fortgesetzten starken Beteiligung am internationalen Uranmarkt mehr als ausreichend.

Trotz starker internationaler Anstrengungen, Südafrika in militärbezogenen Angelegenheiten zu isolieren, erfreut es sich des Zugangs zu der Technologie, die für die Entwicklung von Atomwaffen benötigt wird. Folgerichtig hat Südafrika die Fähigkeit erworben, spaltbare Stoffe herzustellen, die für eine kleine Anzahl von Atomwaffen gebraucht werden; eine Fähigkeit, die während der nächsten 5 Jahre anwachsen kann.

Es hat ebenfalls ein betriebsfähiges Flugzeug geschaffen, das in der Lage ist, Atomwaffen über Reichweiten zu transportieren, die seinen Verteidigungsbedürfnissen angemessen sind.

Südafrikas industrielle Infrastruktur ist zur Unterhaltung der Herstellung von Atomwaffen gut entwickelt. Zudem hat Südafrika einen eng kontrollierten leistungsfähigen Apparat, der in der Lage ist, ein Entwicklungs- und Herstellungsprogramm für Atomwaffen anzuleiten, entweder verdeckt oder offen.

Die Leitung von Südafrikas Kernforschung wird von einer Vielzahl von Forschungsinstituten der Regierung durchgeführt, deren bekannteste sind:

- Die Atomenergiebehörde, die durch das Atomenergiegesetz von 1948 eingesetzt wurde, um nukleare Betätigungen zu kontrollieren; sie unterhält eine Hochsicherheits-Laboreinrichtung in Valindaba, die nukleare Erfahrungen des Nationalen Kernforschungszentrums im nahen Pelindaba nutzen könnte.

- Der Rat für Wissenschaftliche und Industrielle Forschung (CSIR), der 14 nationale Forschungslaboratorien unterhält und ausgedehnte Forschungen betreibt, die zur Waffenplanung und zum Herstellungsauftrag einen direkten Bezug haben.

- Waffenentwicklung- und Herstellungsgesellschaft (ARMOR), die die Fähigkeit hat, die notwendige industrielle Sachkunde anzuzapfen.

Südafrikas Verteidigungspolitik denkt an den Einsatz einer atomaren Vorrichtung als einer „Waffe der letzten Zuflucht“, wenn das Überleben des Afrikaanertums ernsthaft bedroht ist. Ziele in dieser Hinsicht würden

Gebiete heftigster Gefechte in Südafrika und seinen Grenzen einschließen, feindliche Lager oder Stützpunkte in benachbarten Staaten oder Hauptstädte solcher Länder, die Zuflucht und/oder Streitkräfte bereitstellen.

Sowjetische Streitkräfte wären nur insoweit Ziele, als sie möglicherweise marxistische Streitkräfte von Angola, Zimbabwe oder Moçambique beraten oder ergänzen, falls solche Streitkräfte in Südafrika einmarschieren sollten.

Vergleichsweise kleine und saubere Nuklearvorrichtungen des Neutronentyps würden in solchen taktischen Gefechtsfeldlagen benutzt werden, da andernfalls der Fallout und andere Auswirkungen weiße Bevölkerungszentren in Mitleidenschaft ziehen würden. Die Vorrichtungen würden während des Anfangsstadiums von Gefechten eingesetzt werden, um eine furchtbare Abschreckung gegen weitere Handlungen der Gegner zu bewirken.

Es ist auch möglich, daß südafrikanische atomare ASW-Waffen gegen Untersceboote eingesetzt werden könnten, die die Schifffahrt in der Nähe der Kap-Route angreifen. Solche Waffen sind dem Typ nachgebildet, der von Großbritannien hergestellt wird, das seine U-Boot-Abwehrrubschrauber mit Atomwaffen bestückt hat, die als „Tiefenbomben“ bekannt sind. Sie können unter Wasser explodieren, mit einer Kraft, die ausreicht, um ein feindliches U-Boot in einem Abstand zu zerstören.

Da das geostrategische Umfeld Südafrikas zweifellos abrutscht und die Afrikaaner sich zunehmend bedroht fühlen, erhöhen Atomwaffen ihr Vertrauen in das Überleben ihres Staates und schrecken die kommunistischen Länder und ihre afrikanischen Satelliten davon ab, in der Region militärisch zu intervenieren.

Eine offene südafrikanische Atomwaffenfähigkeit würde jedoch die Beziehungen des Westens zu Afrika und vielen freundlich gesinnten Ländern der Dritten Welt schädigen. Die Jahrzehnte der westlichen Nuklear-Geschäftsbeziehungen mit Südafrika würden mit der Absicht herausgestellt werden, zu demonstrieren, daß der Westen, einschließlich der Vereinigten Staaten, das Apartheidregime mit dieser Fähigkeit ausgestattet hat, in erster Linie zum Einsatz gegen die Schwarzen in Südafrika und außerhalb seiner Grenzen.

Folglich ist es für die südafrikanische Regierung unabdingbar, im Hinblick auf die Entwicklung seiner Atomwaffenfähigkeit strikte Geheimhaltung zu bewahren.

Um ihre eigenen Sicherheitsinteressen voranzubringen, sollten sich die Vereinigten Staaten in die Richtung der Verstärkung ihrer Verbindungen zu südafrikanischen Verteidigungs- und Sicherheitsbeamten bewegen. Sie können ebenfalls darauf hinsteuern, aktivere südafrikanische Maßnahmen zum Schutz der Seefahrtstraßen am Kap der Guten Hoffnung im Namen der gesamten westlichen Welt und zur Stärkung seiner Position in der Region zu ermutigen. Weiterhin ist die Zusammenarbeit der israelischen Atomforschungszentren und privater US-Firmen mit südafrikanischen Atomforschungseinrichtungen ein Prozeß, von dem kaum abgeraten werden kann.

Vergangene Einschränkungen von Kontakten mit Südafrika hatten schädliche Auswirkungen auf westliche Möglichkeiten in Südafrika und brachten keine politischen Vorteile anderswo auf dem Kontinent oder in der Welt.

Aufruf zur Demonstration am 29. 11. 1986 Boykottiert Apartheid!

Südafrika ist der einzige Staat der Welt, der Rassismus gesetzlich verankert hat. Die UNO hat 1973 Apartheid als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt.

Die Debatte über Sanktionen gegen Apartheid hat heute auch die treuesten Verbündeten Pretorias erfaßt. Staaten wie vor allem die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Großbritannien können sich nicht länger der jahrzehntealten Forderung der Sprecher/innen der unterdrückten Völker Namibias und Südafrikas nach einem Boykott gegen Apartheid entziehen.

Wir wollen, daß nicht nur geredet, sondern auch gehandelt wird! Wir wollen, daß umfassende, bindende Sanktionen gegen das rassistische Südafrika beschlossen und durchgeführt werden! Teilsanktionen sind keine Antwort auf den Ruf der Betroffenen in Südafrika und Namibia nach einem Boykott. Es ist zwar als Fortschritt anzusehen, daß heute mit der Diskussion um Teilsanktionen die allgemeine Sanktionsdebatte nicht mehr ignoriert werden kann, doch letztlich verhindern Teilsanktionen nicht die weitere Unterstützung von Apartheid. In diesem Lichte müssen auch die Teilsanktionsbeschlüsse der EG-Außenminister vom 16.9.1986 in Brüssel gesehen werden, bei denen auch nur etwas weitergehende Maßnahmen wie z.B. der Importstopp für südafrikanische Kohle und landwirtschaftliche Güter ausgespart wurden. Das Rassenregime muß vollständig isoliert werden.

Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Großbritannien haben den Apartheidstaat über Jahrzehnte hinweg systematisch gestärkt. Bis zum heutigen Tag, trotz einer täglich wachsenden Zahl von Toten unter Ausnahmezustand und Kriegsrecht, arbeiten sie mit ihm wirtschaftlich, militärisch-atomar, politisch und kulturell zusammen. Gäbe es nicht diese Unterstützung, dann wäre Apartheid längst zerstört, Millionen von Frauen und Männern in Südafrika und Namibia wären nicht länger ihrer Menschenrechte beraubt, Tausende von ihnen gerettet worden, Nelson Mandela und alle anderen politischen Gefangenen in Namibia und Südafrika wären längst frei.

Doch das rassistische Südafrika, das

- Namibia seit 1966 illegal besetzt hält,
- souveräne Staaten im Südlichen Afrika nach eigenem Belieben überfällt und Menschen dort tötet,
- mit immer massiver werdendem Terror den wachsenden Widerstand der Völker Südafrikas und Namibias brechen will,

AAB; Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden; Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt; Aktionsgruppe Frauen gegen Apartheid, Bremen; Aktionsgruppe Freiheit für Nelson Mandela; Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden; Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Hessen-Süd; ASK; Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt; Bochumer Initiative gegen Apartheid; Bremer Afrikaarchiv; Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen; Christen für die Abrüstung; Christliche Arbeiterjugend; Christlicher Friedensdienst; Christliche Friedenskonferenz; Christliche Initiative Freiheit für Südafrika und Namibia; DFG-VK; Demokratische Fraueninitiative; DKP; EFD-Projektgruppe Südafrika; Fraktion DIE GRÜNEN; Friedensliste; Informationszentrum Dritte Welt Herne; Initiative Solidaritätsbasar Bremen; ISSA; Junge Europäische Föderalisten; Jungdemokraten; Jungsozialisten Bundesvorstand; Jungsozialisten AG Bonn Mitte; Jungsozialisten UB Rhein-Sieg; Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit; Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung; Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika; Medico International; MSB-Spartakus; Naturfreundejugend; Ökumenische Initiative Laasphe; Plädoyer für eine ökumenische Zukunft; Radikaldemokratische Studentengruppe; Service Civil International; SHB; Solidarische Kirche Rheinland; SDAJ; SJD-Die Falken; Südafrika-Stipendienfond e.V.; Terres des Hommes; Vereinigung demokratischer Juristen; Vereinigte Deutsche Studentenschaften; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten; Zimbabwe Hilfsaktion; Arbeitskreis Südliches Afrika Kassel; Ausländische Studentenvertretung im AstA Göttingen; Entwicklungspolitischer Arbeitskreis, BDKJ Düsseldorf; Namibiaprojekt an der Universität Bremen; Arbeitskreis Südafrika in der Diözese Limburg



erhält aus der Bundesrepublik Militärhubschrauber von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Militärlastwagen von Daimler-Benz, Umschuldungszusagen in Millionenhöhe und unzählige Handels Güter von strategischer Bedeutung. Die Bundesrepublik ist Südafrikas Lieferant und Finanzier Nr. 1. Jeder Ex- und Import, jeder Kredit, jede Investition ist ein Stein in der Mauer der Apartheid.

Der vollständige Boykott gegen Apartheid ist unsere wirksamste Unterstützung für den Befreiungskampf der Völker Südafrikas und Namibias. Sie tragen die Hauptlast für die Befreiung ihrer Länder von Apartheid und Kolonialismus. Unter großen Opfern haben sie seit Jahrzehnten in ihren Ländern selbst Boykotte durchgeführt. Millionen unterdrückter, kämpfender Südafrikaner/innen und Namibianer/innen, Schüler/innen und Studenten/innen, Gewerkschafter/innen, Kirchenvertreter/innen, Bürgerrechtler/innen, deren Betreuungskampf unter der weltweit anerkannten Führung von ANC und SWAPO steht, fordern die Bundesrepublik auf: **BOYKOTTIERT APARTHEID!**

„Der Tod, den wir in der Folge des Kampfes erleiden, ist ein Opfer, zu dem wir bereit sind. Wir bitten nicht um Mitleid. Wir bitten um Unterstützung von denen, die sich in unserer Lage genauso gezwungen sehen würden wie wir, den Schmerz der Apartheid zu beenden... Jeder Tag, der vergeht und an dem keine Gegenaktionen unternommen werden, ist ein Tag mehr in der Aufrechterhaltung dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit... Was wir fordern, was wir seit Jahrzehnten schon fordern, sind **UMFASSENDE UND BINDENDE SANKTIONEN – JETZT!**“

(Oliver Tambo, ANC-Präsident, 23.6.1986)

Nicht nur die USA, Großbritannien, die BRD und Frankreich unterstützen die Contras in der Region, an deren Spitze die Regierung Botha steht. Auch Israel und sein Militär leisten dem südafrikanischen Staat und den Kollaborateuren in den Homelands Hilfestellung.¹²

Die Minister der sog. unabhängigen Ciskei werden von israelischen Söldnern geschützt. Ebenso hat Israel dem Apartheidregime seine Erfahrungen in der Grenzsicherung verkauft, die es heute anwendet, um im Norden des Landes einen 10 km breiten Sicherheitsgürtel mit weitgehenden Rechten für die Militärs aufzubauen.

Dies reiht sich ein in die „Totale Strategie“, ein politisches Konzept, das vom heutigen Staatsminister Pieter W. Botha



Opfer eines südafrikanischen Überfalls auf Angola

und Verteidigungsminister General Magnus Malan in den 70er Jahren entwickelt wurde. Sie ordnet alles dem Aspekt der Sicherheit unter, von der militärischen bis zur kulturellen Seite der Gesellschaft. Diese Strategie umfaßt auch die Planung für eine Hegemonie Südafrikas in der Gesamtregion.

Die Absicht, eine Pax Pretoriana im Südlichen Afrika durchzusetzen, ist mißlungen.

Mit der „Totalen Strategie“ beabsichtigte Pretoria, die verlorenen Posten des Imperialismus im Südlichen Afrika wieder zu erobern, was nach der Unabhängigkeit der ehemaligen portugiesischen Kolonien (Angola, Moçambique, Guinea-Bissau) Mitte der 70er Jahre notwendig anlag. Die noch vorhandenen Aktivposten sollten vor weiteren Befreiungsentwicklungen bewahrt werden. Die

erste große Niederlage mußten Südafrika und seine Verbündeten hinnehmen, als Zimbabwe im April 1980 unabhängig wurde.

Insbesondere die Aggression gegen das sozialistisch orientierte Angola und die Volksrepublik Moçambique ist einzuzeichnen in die weltweiten Versuche, fortschrittliche Regierungen der Dritten Welt zu eliminieren. An ihrer Stelle strebt man vom Westen abhängige Regierungen an, die sich neokolonialen Verhältnissen in ihren Ländern nicht entgegenstellen.

Auch außenpolitische Positionen, wie sie etwa ein Land wie Sambia vertritt, das ansonsten in vielerlei Hinsicht mit dem Westen zusammenarbeitet, sind für die Hegemonieansprüche des Westens, ver-



treten durch Südafrika, nicht tragbar.

Die Zurückdämmung fortschrittlicher Entwicklungen bzw. der Erhalt wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit, wo sie heute noch vorhanden ist, dies ist die Aufgabe, die man Südafrika zugeordnet hat. Diese Stellvertreterrolle entspringt einerseits den Interessen der südafrikanischen herrschenden Klassen und wird andererseits getragen von den Westmächten.

Betrachtet man die ungeheuren Rüstungslieferungen wichtiger NATO-Staaten an den Apartheidstaat, so wird klar, daß diese Überlegungen nicht allein südafrikanischen Ursprungs sind. Die Absicherung der „Totalen Strategie“ von außen gehört ins Politikalkül der USA und ihrer NATO-Alliierten.

Deshalb ist die Sanktionsdebatte in den westlichen Zentren von so großer

Schwierigkeit. Deshalb aber auch sind Erfolge in der Sanktionsfrage so wichtig für den Befreiungskampf in Südafrika und Namibia selbst, ebenso wie für die Entwicklungsmöglichkeiten der angrenzenden Länder.

Noch weniger akzeptabel als der Verlust des Einflusses auf die Frontstaaten ist für den Westen der Verlust Südafrikas, des Kernlandes seiner Strategie im Südlichen Afrika.

Regierungen in Pretoria unter der Führung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und in Windhoek unter der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) sind Gift für die imperialistische Strategie auf dem afrikanischen Kontinent. Freiwillig werden die Regierungen in Washington, London, Bonn usw. nicht einlenken.

Ihr derzeitiges Dilemma ist es, daß es trotz aller Reformversuche nicht zu einer Beruhigung in Südafrika gekommen ist. Ihr Denkfehler liegt in der Unterschätzung des Willens unterdrückter Völker, sich zu befreien und kosmetische Operationen als unzureichend zu empfinden.

Allein die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich für alle Staaten dieser Region mit einer unabhängigen Entwicklung in Südafrika selbst verbinden, wären ein Schlag für die Ausbeutungsinteressen der Multis. Ganz abgesehen davon liefen auch andere Aktivposten in Schwarzafrika Gefahr, aus dem Einflußbereich westlicher Strategie zumindest ansatzweise auszuscheren.

Die politischen Verhältnisse in Mobutus Zaire etwa sind nicht so stabil, daß eine Änderung des Kräfteverhältnisses in der Region keinen Einfluß darauf hätte. Auch nähmen die Erpressungsmöglichkeiten gegenüber den afrikanischen Staaten in der Region ab, so daß den westlichen Staaten das Schicksal ihres Komplizen und Stellvertreters zutiefst am Herzen liegen muß.

Anmerkungen:

- 1) Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit e.V. (Hrsg.), Die deutsche Wirtschaft in Südafrika. Zur Notwendigkeit von Wirtschaftssanktionen, Heidelberg 1986, S.74
- 2) Ebenda, S.73
- 3) Ebenda, S.87
- 4) Informationsdienst Südliches Afrika, Bonn, Nr. 1/1985, S.16
- 5) Guardian, London, 11.6.1986
- 6) National Security Study Memorandum 39, in: El-Khawarizmi, M./Cohen, B. (Hrsg.), The Kissinger Study of Southern Africa, Westport 1976, S.88
- 7) Christen..., a.a.O., S.48
- 8) Third World, Lissabon, Nr. 8-9/1986, S. 44-51
- 9) Monitor-Dienst, Köln, 9.6.1986
- 10) AfricAsia, Paris, März 1985, S. 24/25
- 11) Observer, London, 10.8.1986
- 12) Zu den Einzelheiten militärischer und wirtschaftlicher Kollaboration Israel-Südafrika siehe: Reports Speciaux du Comité Special contre l'Apartheid, Assemblée Générale, UN 1986, S. 32-42

TRIALOG

Zeitschrift für
das Planen und Bauen
in der Dritten Welt

TRIALOG

*

erscheint vierteljährlich

*

beschäftigt sich
mit Wohnproblemen und
Verstädterungsprozessen
in der Dritten Welt

*

stellt Lösungsansätze von
Architekten, Bauingenieuren,
Ökonomen, Planern
und Sozialwissenschaftlern vor

*

ist ein Forum für den Austausch
von Praxiserfahrungen
und Forschungsergebnissen

*

regt die wissenschaftliche Diskussion
an und fördert die Kommunikation
mit Kollegen aus der Dritten Welt

*

Schwerpunktheft:

5 / 85 Ausgrenzungen. Arbeitstitel „Ghettos“

6 / 85 Socialist Housing?
(Doppelheft, englisch)

7 / 85 Raum-Ordnungen

8 / 86 Erneuerung historischer Stadtzentren

9 / 86 Mittelstädte

10 / 86 Frauen

11 / 86 Internationales Jahr der Hilfe
für Menschen in Wohnungsnot 1987
(Doppelheft)

12 / 87 Angepaßte Technologien

13 / 87 Slum and Squatter Upgrading
(Doppelheft, englisch)

*

Einzelheft: DM 9,-
(Studenten DM 6,- Institutionen DM 12,-)
Doppelheft: DM 12,-

TRIALOG

**Aboservice und Vertrieb:
Hundertmorgen Medienversand
Postfach 1152
D-6107 Reinheim 2
Tel. 0 61 62 - 16 74**

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**



Foto links: SWAPO-Sekretär für das Gesundheitswesen, Dr. Indongo, im neuen Krankenhaus im namibischen Transit-Camp nahe Luanda. Foto rechts: Helena Ipinge wurde beim Kassinga-Massaker 1978 schwer verwundet. Jetzt erhält sie eine Ausbildung im UN-Ausbildungszentrum für gewerbliches Handwerk in Sumbe.

Doris Peschke

Vorbereitung auf ein freies Namibia

Im Juli d.J. besuchten Christoph Müller vom Service Civil International und Doris Peschke von der Anti-Apartheid-Bewegung die SWAPO-Flüchtlingslager in Angola. Zweck der Reise war es, Material für die 2. Umrüstungsaktion eines Militär-UNIMOGs, wie er von Daimler-Benz an das Apartheidregime geliefert wird, in ein Klinomobil für die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) mitzubringen. Das erste Klinomobil ist bereits in Angola im Einsatz.

Nach unserer Ankunft in Angola wurden wir vom stellvertretenden Informationssekretär der SWAPO, vom Finanzsekretär, vom stellvertretenden Sekretär für auswärtige Beziehungen sowie Mitarbeitern im Präsidentenbüro und in der Administration begrüßt.

Mit ihnen wurde unser Reiseprogramm festgelegt. Seit der Unabhängigkeit Angolas hat die SWAPO ihr Hauptquartier in Luanda, der Hauptstadt Angolas. Das vorrangige Ziel der SWAPO – so betonen unsere Gesprächspartner – ist es, Namibia von der illegalen Kolonialherrschaft Südafrikas zu befreien.

Darum kämpft die SWAPO auf allen Ebenen, auch militärisch. Seit Anfang der 70er Jahre verließen dann aber Namibier aufgrund der repressiven Verfolgung von SWAPO-Mitgliedern und des im ganzen Norden Namibias verhängten Ausnahmezustandes ihr Land.

Als das Apartheidregime 1980 Namibier zum Kriegsdienst in der Besatzungsarmee zwingen wollte, nahm der Flüchtlingsstrom noch einmal drastisch zu. Inzwischen sind mehr als 100.000 Namibier ins Exil gegangen.

Die Mehrheit dieser Flüchtlinge lebt in der Volksrepublik Angola. Die angolische Regierung hat der SWAPO mehrere Gebiete für die Lager zur Verfügung gestellt.

Nach dem südafrikanischen Überfall auf das Flüchtlingslager Kassinga im Mai 1978, bei dem hunderte von namibischen Flüchtlingen vom südafrikanischen Militär brutal ermordet wurden, beschloß die angolische Regierung zusammen mit der SWAPO, einen neuen Ort weiter im Land zu wählen.

Mitten in einer Kaffeeplantage in der Provinz Kwanza Sul wurde ein neues Lager aufgebaut. Wegen der schwierigen klimatischen Bedingungen, vor allem der Feuchtigkeit, die viele Krankheiten verursacht, wurde das Lager noch zweimal verlegt. Erst seit 1982 ist das Lager Kwanza Sul am jetzigen Ort.

Zuflucht Kwanza Sul

In Kwanza leben zur Zeit etwa 45.000 namibische Flüchtlinge. Da das Lager in einer angolischen Kaffeeplantage liegt, sind die einzelnen Zentren über eine Fläche von 27 qkm verstreut, was gleichzeitig der Sicherheit dient.

In Kassinga waren alle an einem Ort, dichtgedrängt. Ein Überfall wie der auf Kassinga ist so nicht wiederholbar, da die Entfernungen größer sind. Das schafft aber auch Probleme: Wasser, Nahrungsmittel und alles, was zum Leben gebraucht wird, muß in die einzelnen Zen-

tren transportiert werden.

Die Straßen sind ausgesprochen schlecht, der Lehm- und Sandboden wird bei jedem Regen weiter ausgewaschen. Man kann nur mit Geschwindigkeiten von 20-40 km/h fahren. Fahrzeuge ohne Allradantrieb bleiben spätestens in der Regenzeit hoffnungslos stecken.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist der hohe Organisationsgrad und die Verwaltung des Lagers sehr beeindruckend. In den letzten 4 Jahren ist hier viel aufgebaut worden. In den einzelnen Zentren werden zahlreiche Projekte durchgeführt.

Alles muß von außen nach Kwanza transportiert werden, z.B. pro Woche 6 t Fisch zur Versorgung der Bevölkerung. Neben den Transport- und Versorgungsschwierigkeiten ist das Gesundheitswesen ein wichtiges Feld.

In dem subtropischen Klima gibt es viele Moskitos, weshalb Malaria die häufigste Krankheitsursache ist. Zum Teil sind die Moskitos resistent gegen Chloroquin und Resochin. Dennoch werden diese Medikamente ständig benötigt.

Das Gesundheitswesen in Kwanza Sul wird als Anfang, als Kernteil eines künftigen Gesundheitswesens für ein unabhängiges Namibia gesehen. Es ist unter der Devise aufgebaut, „niemand soll mehr als 1 km Weg zur medizinischen Betreuung haben“.

So gibt es in jedem kleinen Zentrum zumindest eine Klinik, einen Raum, in dem erste Hilfe und Beratung und Untersuchungen durchgeführt werden. Dort sind medizinische Assistent/inn/en tätig, die eine Zwischenstufe zwischen Krankenschwestern und Ärzten bilden.

Damit wird eine Basisgesundheitsversorgung ermöglicht, denn es gibt noch nicht genügend Ärzte. Dr. Iyambo, Arzt in Kwanza Sul erklärte uns, daß die SWAPO inzwischen 10 Namibier zu Ärzten ausbilden lassen konnte. Eine Reihe anderer befindet sich noch in Ausbildung, vor allem in skandinavischen Ländern. Im Vergleich zu Namibia, wo das koloniale Besatzungsregime Namibiern keine derartige Möglichkeit geboten hat und die Gesundheitsversorgung entsprechend mangelhaft ist, ist das eine große Leistung.

In Kwanza Sul gibt es neben den zahlreichen Kliniken zwei Krankenhäuser: zum einen das alte Kabuta-Krankenhaus, zum anderen ein neues, gut ausgestattetes Krankenhaus, das mit finnischer Unterstützung errichtet wurde. Auch die in der Nachbarschaft lebenden Angolaner finden hier medizinische Betreuung.

Entscheidend für ein funktionierendes Gesundheitswesen, so Dr. Iyambo, sei die Vorsorge und Gesundheitserziehung. Darum nimmt Beratung über Ernährung, Abkochen von Wasser und Hygiene einen breiten Raum ein, wie auch die Früherkennung von Krankheiten. Für diesen Bereich gibt es das „Under Five Team“, ein Team von medizinischen Assistentinnen, die jeden Tag in ein anderes Center in Kwanza Sul fahren. Sie führen vor allem regelmäßig Untersuchungen von Kleinkindern sowie die Impfungen gegen die 6 gefährlichsten Krankheiten für Kinder, darunter Masern, Polio, TB, durch.

Vorsorge und Hygiene

Jedes Neugeborene erhält einen Gesundheitsausweis, in dem alle Impfungen, Gewichtsveränderungen usw. eingetragen werden. Alle werden regelmäßig untersucht. Für die Mütter gibt es schon vor der Geburt eine Beratung, und diese wird auch später fortgesetzt.

Als Ergebnis kann die SWAPO mit einer niedrigeren Kindersterblichkeitsrate aufwarten, als sie für afrikanische Kinder in Namibia gilt, 31 von 1000 Kindern im ersten Lebensjahr. Dr. Iyambo betonte, daß man damit noch lange nicht zufrieden sei, daß man die Rate unter 20 bringen möchte, was dem Durchschnittswert der Weltgesundheitsorganisation entspricht.

Für die Situation im Flüchtlingslager in einem Land, das seit 11 Jahren seine Unabhängigkeit gegen südafrikanische Angriffe verteidigen muß und darunter in allen Bereichen leidet, sind aber auch die jetzigen Erfolge bedeutend.

Kwanza Sul ist das „Gesundheits- und Erziehungszentrum für Namibier“. Dementsprechend hat neben dem Gesundheitsbereich das Ausbildungswesen Prio-

rität.

Es gibt 18 Kindergärten mit Vorschulunterricht für Kinder von 3-6 Jahren. Ab 6 gilt für alle Kinder Schulpflicht in der Grundschule in Kwanza Sul. Etwa 2.800 Schüler/innen werden dort vormittags von 7.30-13.00 h unterrichtet.

Für die Sekundarschule müssen sie in andere Länder gehen, da die Abschlüsse anerkannt werden müssen, um weitere Qualifizierungsmöglichkeiten zu erhalten. Das Ziel ist eine grundlegende Universalbildung, die in Namibia aufgrund der Bantu-Erziehung nie gewährt wurde.

Erwachsene auf der Schulbank

Nachmittags findet in der Schule Unterricht für Erwachsene statt. Viele Namibier haben in Namibia entweder gar keine oder nur wenige Jahre die Schule besuchen können. Die Analphabetenrate ist ausgesprochen hoch. Z.B. von den Frauen, die im Alter von 30-50 Jahren Namibia verlassen haben, waren 1979 95% Analphabeten. Darum hat der SWAPO-Frauenrat mit einer Alphabetisierungskampagne begonnen.

In jedem Bereich des Zentrums gibt es Gruppen und Tutoren, die Lesen und Schreiben in kleinen Gruppen lehren. Dem angeschlossen sind die Fernlehrgänge (NEU) für Englisch und Mathematik, in denen in diesen Fächern Grundlagen vermittelt werden.

Die Gruppen können ihr Tempo selbst bestimmen und je nach Fähigkeit von einer Stufe zur nächsten die Prüfungen ablegen. Danach werden Weiterbildungsmaßnahmen in der Schule oder an anderen Ausbildungsinstituten in anderen Ländern gesucht und wahrgenommen. Aber auch in den einzelnen Projekten werden Fertigkeiten erlernt. So unterhält der Frauenrat z.B. eine Weberei und eine Schneiderei. Für die Schneiderei gibt es zusätzlich eine Lehrschneiderei, in der in Jahreskursen die Grundlagen erlernt werden.

Der SWAPO-Altenrat betreibt eine Schuhmacherei. Weitere Projekte, die auch zur Selbsthilfe erziehen sollen, sind eine Bäckerei, in der in vier Schichten rund um die Uhr Brot gebacken wird, 4.000 Stück pro Tag für das Lager, und ganz neu, eine Ziegelei, die ebenfalls mit finnischer Hilfe aufgebaut wurde. In der Ziegelei werden jetzt Ziegel zum Häuserbau gebrannt.

Bisher waren die Behausungen entweder Zelte, die aber wegen der klimatischen Bedingungen maximal eine Regenzeit überdauerten, oder traditionelle Holzhütten, die zwar länger halten, aber wegen der geringen Holzvorkommen und wegen der erkannten Umweltgefahren einer Abholzung durch Steinhäuser er-

setzt werden sollen. Diesem angeschlossen ist das Bauprojekt. Die ersten Häuser werden gebaut.

Diese Projekte werden fast ausschließlich von der SWAPO selbst ausgeführt. Das Material wird von Hilfs- und Solidaritätsorganisationen zur Verfügung gestellt.

In der Ziegelei arbeiten zur Zeit noch zwei finnische Experten mit, die das Projekt anleiten. Es soll aber wie die Bäckerei nach einer Übergangszeit ganz von Namibiern betrieben werden.

So ist auch die Tischlerei geplant, die aber wegen Holz Mangels bisher ihre Arbeit nicht aufnehmen konnte.

Alle Projekte haben ein Ziel gemeinsam, neben der Versorgung der Flüchtlinge wird hier die Zukunft eines unabhängigen Namibia vorbereitet.

Darum werden so viele wie möglich in den unterschiedlichen Bereichen (es wären noch zahlreiche weitere zu nennen) ausgebildet und an der Durchführung beteiligt. Das vorrangige Ziel bleibt aber für alle die Befreiung Namibias. Das wurde in jedem Gespräch deutlich.



Kinderspeisung in Kwanza Sul: Meist gibt es Maisbrei und Fisch

Neben der materiellen Hilfe, um die wir gebeten wurden, von Nadeln über Stoff bis zu Traktoren für die Landwirtschaftsprojekte und Ersatzteilen für die Transportfahrzeuge, wurden wir immer wieder aufgefordert, bei uns in der Bundesrepublik für die Unabhängigkeit Namibias zu arbeiten, Druck auf unsere Regierung auszuüben, umfassende Sanktionen gegen Südafrika zu fordern, damit Namibia seine Unabhängigkeit erlangen kann.

In Kwanza Sul, in Luanda, in Sumbe und Ndalatando, wo immer wir mit Namibiern ins Gespräch kamen, war die Verurteilung der bundesdeutschen Kollaboration mit dem Apartheidstaat deutlich. Hier fordern die Namibier unsere Solidarität.

Nico Biver

Stärkte das Attentat den Diktator?



Massenproteste und bewaffnete Aktionen bringen die Diktatur ins Wanken

Der Zufall wollte es, daß der chilenische Tyrann Pinochet in der Abenddämmerung des 7. September d.J. mit fast heiler Haut einem Hinterhalt entkam.

Das Kommando 4. September der Patriotischen Front Manuel Rodriguez (FPMR) hatte ihn gelegt. Auf der Fahrt von Pinochets Wochenendfestung Melocoton nach Santiago war die Autokolonne von einem 25 Mann starken Kommando mit Gewehren, Granaten und Raketen angegriffen worden.

Der Unkenntnis der Guerilleros, in welchem Auto der Diktator saß, einer nicht explodierten Panzerabwehrgranate und der Tatsache, daß es sein Fahrer schaffte, die Flucht Richtung Melocoton zu ergreifen, verdankte Pinochet sein Leben. Wäre er in Richtung Santiago weitergefahren, hätte ihn 4 km weiter ein Sprengstoffpaket erwartet, das das Kommando in einem Tunnel unter der Straße deponiert hatte.

Verwirrung unter der Linken

Dem Mißerfolg des Attentats und mangelnder Koordination ist es geschuldet, daß bezüglich der Urhebererschaft des Anschlags und seiner politischen Bewertung einige Verwirrung unter der chilenischen Linken entstand.

So brachte u.a. die Demokratische Volksbewegung (MDP), der die Kommunistische Partei, der linke Flügel der So-

zialisten und die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) angehören, kurz nach dem Anschlag die Vermutung zum Ausdruck, Pinochet habe das Attentat selbst inszeniert, „um die Mobilisierung und die Verständigung unter den Oppositionskräften zu behindern“.

Eine solche Auffassung wurde nicht nur durch widersprüchliche Aussagen von Vertretern der FPMR über ihre Verantwortlichkeit für den Anschlag gefördert, sondern auch dadurch, daß man dem Regime mittlerweile alle Tricks zutraut, die ihm Vorwände liefern, eine noch härtere Gangart gegen die Opposition einzuschlagen.

Bereits Wochen vor dem Attentat hatte das Regime mit der angeblichen Entdeckung von riesigen Waffenlagern, die von Kuba aus ins Land geschleust worden seien, seine These von der internationalen kommunistischen Verschwörung gegen Chile zu belegen versucht (siehe AIB 10/1986).

Mit seiner Erklärung vom 10. September d.J. räumte dann das Kommando 4. September der FPMR mit allen Mißverständnissen auf (siehe Kasten). Am 27. September erklärte der Sprecher der FPMR in Chile, daß man sich zu der Aktion entschlossen habe, „da es aller Welt klar ist, daß heute das Hindernis für einen Übergang zur Demokratie in Chile Pinochet ist“.¹

Der Diktator, der sich nach eigenen Angaben unter göttlichem Schutz wähnt,

reagierte auf den Anschlag mit der erneuten Verhängung des Belagerungszustandes: „Wir werden hart durchgreifen. Diejenigen, die von Menschenrechten und all diesen Dingen reden, müssen des Landes verwiesen oder eingesperrt werden.“²

Sechs Oppositionszeitschriften wurden verboten, hunderte von Razzien durchgeführt und drei französische Priester des Landes verwiesen. Über 50 Personen, meist Linke wurden eingekerkert, darunter die MDP-Führungsmitglieder German Correa, Rafael Marotto und Patricio Hales. Unter den Verhafteten befanden sich viele Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen, darunter in Valdivia die deutsch-chilenische Lehrerin Beatriz Brinkmann (siehe Kasten).

Verwundbarkeit des Regimes

Insgesamt wurden sechs Menschen in den ersten Tagen nach dem Attentat ermordet. Vier der Morde, darunter der an dem Journalisten José Carrasco, gehen auf das Konto von Todesschwadronen. Kurz vor dem Anschlag hatte Amnesty International auf diese „neue Strategie des Terrors“ hingewiesen, die von den Sicherheitskräften praktiziert wird.

Trotz der zur Schau gestellten Selbstsicherheit des Diktators und seiner martialischen Töne dürfte der Anschlag in der Führung des Regimes und beim Dik-

tator selbst einen Schock ausgelöst haben.

Bereits die Entführung des Obersten Haerberle im August d.J. hatte nicht nur die Verwundbarkeit des Regimes, sondern einen qualitativen Sprung in den Aktionsmöglichkeiten der FPMR gezeigt. Ohne Informanten oder Mitglieder in Führungskreisen der Streitkräfte wären beide Aktionen nicht durchführbar gewesen.

Doch nicht nur für Pinochet, sondern auch für alle, die im In- und Ausland noch immer auf einen „friedlichen“ Übergang à la Philippinen und Haiti setzen, war das Attentat ein Signal. Es zeigte an, daß nicht ihr eleganter Übergang, sondern der des Massenwiderstands und des bewaffneten Kampfes, wie er von der Linken propagiert wird, Aussichten auf Erfolg hat.

Daher auch die scharfe Verurteilung des Anschlags durch alle bürgerlichen Parteien in Chile, durch die Bischofskonferenz und selbst durch den christdemokratischen Führer des Nationalen Kommandos der Werktätigen (CNT), Rodolfo Seguel.

„Wäre das Attentat gelungen“, so der Sprecher der FPMR, „hätten uns Hunderte von Glückwunschschreiben erreicht.“³ In der Tat, denn dann wäre auch das Haupthindernis für eine Verhandlungslösung, wie sie die bürgerlichen Diktaturgegner anstreben, aus dem Weg geräumt gewesen.

Tyrannenmord: kein Terrorismus

Kritik am Attentat wurde gleichfalls im Ausland laut. Das US-Außenministerium beließ es nicht nur bei einer Verurteilung, sondern forderte gar eine strafrechtliche Verfolgung der Attentäter. Mißbilligung für den Anschlag auf den Tyrannen äußerten auch die Bundesregierung und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, dieselben, die jedes Jahr am 20. Juli das mißlungene Attentat auf Hitler weihevoll begehen.

Die Attentäter des 7. September jedoch werden zu Terroristen erklärt. Schlimmer noch, Geißler forderte Pinochet in einem Telegramm auf, „nicht zuzulassen, daß Terror mit Gegenterror beantwortet wird“.⁴

Er, der die Kommunisten bei seinem Chile-Besuch im Juli d.J. dreist zu Verbündeten Pinochets erklärt hatte, weiß sich mit seinem christdemokratischen Amtskollegen in Chile, Andres Zaldivar, in dieser Einschätzung einig. Dieser ließ nach dem Attentat verlauten:

„Hier gibt es weder Guerillas noch einen bewaffneten Kampf, hier haben sich terroristische Gruppen mit wachsenden Aktionsmöglichkeiten ausgebreitet... Die kommunistische Partei hat sich ge-

wollt oder ungewollt in einen Alliierten Pinochets verwandelt.“⁵

Helmut Frenz, von 1970-75 Bischof der evangelisch-lutheranischen Kirche in Chile und ehemaliger Generalsekretär von Amnesty International, hat die Schändlichkeit dieser Einstellung in der Zeitung der IG-Metall beim Namen genannt: „Die Attentäter als Terroristen zu bezeichnen, ist eine Verleumdung und Ausdruck einer sehr undemokratischen Haltung.“

Den Tyrannenmord – so Frenz weiter – „als Terroristenwerk zu bezeichnen, zeugt von antikommunistischer Blindheit. Wer den Mord an dem demokratischen Präsidenten Allende beklatscht hat, wird das Attentat gegen den Diktator selbstverständlich verurteilen. Wer dagegen über den Tod Allendes getrauert hat, wird sich nach dem mißlungenen Anschlag gegen den Diktator fester zusammenschließen und entschiedener Widerstand leisten, bis Pinochet fällt.“⁶

FPMR: Antwort auf die Repression

Nicht die Aktionen der FPMR haben den Terror und Repression durch das Pinochet-Regime verschärft. Vielmehr war die Gründung der FPMR Ende 1983 die Antwort auf die Repression der Diktatur gegen den wachsenden Widerstand.

Die Patriotische Front „ist weder eine elitistische noch eine messianische Organisation“, schrieb die Madrider Tageszeitung El Pais. „Es ist eine Gruppe, die immer entsprechend dem Grad der Repression und dem Niveau des sozialen Protests gegen die Diktatur handelte.

Sie versuchte nie, die Aktivität der politischen Parteien zu ersetzen oder sie zu entwerten. Die Front tauchte nach den blutigen Protestaktionen von 1983 und als Reaktion darauf auf.

Sie wurde langsam populär durch kleine Aktionen, vor allem die Sprengung von Hochspannungsmasten, die keine Verluste an Menschenleben verursachten. Später, als die Repression sich verschärfte, gingen sie dazu über, Carabineros umzubringen.“⁷

Die FPMR versteht sich nicht als eigenständige politische Organisation, sondern als „bewaffneter Arm des Volkes“. Die FPMR und die Kommunistische Partei (PCC) betrachten sich als „brüderliche Organisationen“. Der Front gehören jedoch Mitglieder aus einem breiten Oppositionsspektrum an.

Wachsenden Zulauf erhält nicht nur die FPMR, sondern auch die von ihr gegründeten Rodriguistischen Milizen aus den Elendsvierteln der Städte und aus den Universitäten. Mit großen Wandgemälden an den Häusern der Armenviertel erläutern die Milizen die Herstellung von

FORUM Wissenschaft

das Wissenschaftsmagazin
... dem öffentlichen Gemüt
eine Nasenlänge voraus

Haben Sie sich schon einmal gefragt, was wohl die Themen sein werden, die in den nächsten Jahren die Gemüter erregen und bewegen werden? Worauf man sich also langfristig vorbereiten sollte? Fest steht: Mit Wissenschaft werden sie allesamt zu tun haben. Ob es sich um Retortenbabies, Weltraumwaffen, Computerarbeitsplätze, robotergesteuerte Produktion, Waldsterben oder Atomkraft dreht – Produktion und Anwendung von Wissenschaft und Technologie werden immer mehr in das Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzung geraten.

Wer dabei auf dem laufenden bleiben will, muß sich aus vielen Quellen informieren. Eine wichtige Informationsquelle ist FORUM WISSENSCHAFT, herausgegeben vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. FORUM WISSENSCHAFT analysiert neue Tendenzen der Wissenschafts- und Hochschulpolitik und beleuchtet die sozialen, politischen und wissenschaftsinternen Folgen neuer Technologien. FORUM WISSENSCHAFT bezieht Stellung gegen die Wende in der Wissenschaftspolitik, gegen die schleichende Aushöhlung der Wissenschaftsfreiheit und die zwangsweise Verordnung von Markt statt Geist.

★

Nr. 3/86
ist erschienen



Der Nimbus des Magischen

Hoffnung und Elend der Informatik

Neokonservatismus

Von der Volksgemeinschaft zur Versöhnungsgesellschaft

★

Forum Wissenschaft erscheint vierteljährlich und kann abonniert/bestellt werden bei: BdWi, Postf. 543, 3550 Marburg. Einzelheft 5,- DM, Jahresabonnement 20,- DM (Studenten/Arbeitslose 15,- DM). Kostenl. Probeexemplar anfordern!

Freiheit für Beatriz Brinkmann



Am 19. September d.J. wurden in der südchilenischen Stadt Valdivia 17 Personen vom Geheimdienst SNI verschleppt. Unter ihnen befand sich die 42-jährige Lehrerin Beatriz Brinkmann, die von 1968-75 in der Bundesrepublik lebte und sowohl die chilenische als auch die bundesdeutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Beatriz Brinkmann, die in Isolationshaft gehalten wird, soll von einem Militärgericht angeklagt werden. Ihr wird vorgeworfen, der örtlichen Leitung der Kommunistischen Partei anzugehören und Mitglied einer Gruppe zu sein, die Anschläge durchgeführt und geplant haben soll.

Die Bundesregierung protestierte zwar offiziell gegen die Verhaftung und bestellte den chilenischen Botschafter ins Außenministerium. Doch ließ dieses bereits erklären, daß wegen der Schwere der Vorwürfe wohl wenig zu machen sei. Es beschränkte sich darauf, ein rechtsstaatliches Verfahren zu fordern. Der Bonner Konsul, der sie sehen durfte, bescheinigte, sie sei korrekt behandelt worden. Acht inzwischen freigelassene Mitgefangene berichteten jedoch von psychischer Folter. Einer von ihnen mußte in ein psychiatrisches Krankenhaus eingeliefert werden.

Vielfältige Aktionen, um die Freilassung von Beatriz Brinkmann zu erreichen, haben kurz nachdem ihre Verhaftung bekannt wurde, in der Bundesrepublik begonnen. Parteien und Gewerkschaften haben die Bundesregierung aufgefordert, sich energischer für ihre Freilassung einzusetzen. Das Stadtparlament in Marburg, wo Beatriz Brinkmann vor ihrer Rückkehr nach Chile als Lehrerin tätig war, hat einstimmig den Magistrat aufgefordert, sich bei allen zuständigen Behörden für ihre Freilassung einzusetzen. Außerdem wurde beschlossen, 10.000 DM für Anwaltskosten bereitzustellen.

Zu den Aktionen, die von der „Initiative Freiheit für Beatriz Brinkmann“ koordiniert werden, gehören eine an die chilenische Botschaft gerichtete Unterschriftensammlung, die Verschickung von Solidaritätspostkarten an die Gefangenen und eine Telegrammaktion, an der sich bis Anfang Oktober ca. 2.000 Personen beteiligt haben.

Bei der Telegrammaufnahme in Frankfurt (Tel. 069-1131) ist ein Text hinterlegt. Unter dem Stichwort Beatriz Brinkmann wird von dort ein Telegramm (30 DM) an den Militärstaatsanwalt in Valdivia geschickt, in dem die Freilassung der Gefangenen gefordert wird.

Unterschriftenlisten, Solidaritätspostkarten und weitere Informationen sind erhältlich bei: Erni Hildebrand, Biegenstr. 5 1/2, 3550 Marburg, Tel. 06421/22758.
Spendenkonto: Ulrike Alms-Hartwig, Stadtparkasse Marburg, Kto. 40068141, BLZ 533 500 07, Kennwort: Freiheit für Beatriz Brinkmann.

Molotow-Cocktails und von Granaten. Sie organisieren die Selbstverteidigung der Bewohner während der Streik- und Protesttage. Sie sorgen auch mit Überfällen auf Supermärkte und Lebensmitteltransporte für die Linderung des Hungers in den Elendsvierteln, wo vier von fünf Bewohnern arbeitslos sind.

Das Wachstum der Linksparteien und Massenorganisationen sowie der FPMR bedingen sich gegenseitig.

Die FPMR und die Milizen zeigen durch ihre Aktionen und nicht zuletzt durch das Attentat, daß der Diktator und die Repressionskräfte verwundbar sind. Sie erreichen einen Mobilisierungseffekt, da sie dazu beitragen, daß die Menschen die Angst verlieren.

Der Stärkezuwachs der Linken zeigte sich in diesem Jahr durchgängig bei den Studentenschafts- und Gewerkschaftswahlen. Symptomatisch für diese Entwicklung ist die größte Kupfermine des Landes, Chuquicamata. Hier gelang es den MDP-Anhängern erstmals seit 16 Jahren, sich gegen die Christdemokraten (PDC) in der Gewerkschaft durchzusetzen.

Einige Gründe für den Zuwachs der Linken machte Romeo Rey in der Frankfurter Rundschau deutlich: „Je mehr Zeit verstreicht, um so deutlicher wird die These der extremen Linken bestätigt, daß man General Pinochet mit friedlichen Mitteln allein nicht zur Demission zwingen könne.“

Anfänglich vertraute man (die bürgerlichen Politiker) darauf, mittels Verhandlungen zum Ziel zu kommen... Dann erkannte man, daß ohne Massenmobilisierung nichts auszurichten war. Und doch zögerten die DC und die Konservativen immer wieder, das Volk auf die Straße zu rufen, denn zum einen fürchteten sie die Repression und zum anderen die Kommunisten, die ihnen auf diesem Gebiet um mehrere Längen voraus sind.

Schließlich entschied man sich für die Parole des 'zivilen Ungehorsams', die sich aber bisher in der Praxis als unwirksam erwies.“⁸

Das Attentat auf Pinochet hat sowohl den Christdemokraten als auch Washington, Bonn u.a. deutlich gemacht, daß es letzte Eisenbahn ist, noch einen Machtwechsel in Chile unter Ausschluß der Linken zu erreichen.

Der Preis für einen verstärkten Druck auf den Diktator seitens Washingtons ist jedoch die Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Linken. Dies hatten die Emissäre aus Washington und Geißler aus Bonn den Christdemokraten eindringlich klar gemacht.

Die Proteste der Regierung Reagan gegen Menschenrechtsverletzungen und die Androhung, Pinochet neue Kredite des Internationalen Währungsfonds zu ver-

weigern, haben den Christdemokraten gezeigt, daß es sich lohnen könnte, sich auf die USA anstatt aufs eigene Volk zu stützen.

Der Druck aus Washington zeitigte bereits vor dem Attentat Wirkung. Mit einem Generalstreik am 2./3. Juli d.J. hatte die Asamblea de la Cívica (Bürgerschaftsversammlung), die aus 22 Massenorganisationen bestehen, welche das gesamte Spektrum der Opposition repräsentieren, die bisher erfolgreichste Protestaktion organisiert (siehe AIB 10/1986).

Doch einem am 4. September d.J. geplanten erneuten Ausstand versagte dann die Asamblea auf Druck der Christdemokraten eine offene Unterstützung.

Das mißlungene Attentat nutzte die PDC, um sich erneut scharf von der FPMR und den Kommunisten abzugrenzen.

Man tat dies, um sich so beim Regime und in Washington als letzten Ausweg



Begräbnis des von Todesschwadronen ermordeten Journalisten José Carrasco

vor dem Volksaufstand anzudienen. Und in der Tat haben sich die Chancen für eine Verhandlungslösung mit dem Attentat eher verbessert als verschlechtert.

Die Stärkedemonstration Pinochets entpuppt sich bei näherem Hinsehen als eine Fata Morgana. Die Massendemonstration, die er — lange vorausgeplant — zu Ehren des Regimes am 9. September organisieren ließ, bewies lediglich, daß die soziale Basis des Regimes so klein wie nie zuvor ist.

Statt 2 Mio Menschen, die nach offiziellen Angaben dem Tyrannen huldigten, machten die Nachrichtenagenturen lediglich 40-100.000 aus: Angehörige von Militärs; Staatsangestellt und Beschäftigte des Arbeitslosenprogramms,

die man bei Nichtteilnahme mit Entlassung bedrohte; Mitläufer, denen man eine Prämie und zusätzlichen Urlaub versprochen hatte; und schließlich die Anhänger des Regimes. Die Opposition hatte bei zugelassenen Massenkundgebungen in den letzten Jahren schon 1 Mio auf die Straßen gebracht.

Auch die Befürchtung, daß das Regime eine Repression wie in den Tagen kurz nach dem Putsch entfesseln würde, erwies sich als übertrieben. Dies ist nicht nur auf die scharfen Proteste aus dem Ausland zurückzuführen, sondern auch auf Widerstände in der Armeespitze. Die Angst, daß die Militärs, die in der Vergangenheit Pinochet bereits öfters widersprochen hatten (siehe AIB 10/1986), sich wieder vorbehaltlos hinter ihn stellen würden, war unbegründet.

Auch die führenden Militärs haben das Signal verstanden. Sie sind nicht mehr alle bereit, nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ Pinochet bis zum bitteren Ende zu folgen, zumal dieser mit seiner Politik der Ausrottung des Kommunismus gründlich gescheitert ist.

Als Pinochet am 9. September d.J. ein Referendum über die Einführung von noch schärferen Gesetzen gegen den „Terrorismus“ ankündigte, stieß er selbst bei seinem engen Gefolgsmann in der Junta, Admiral Merino, auf Widerstand. Er mußte den Plan abblasen.

Auch in den Landstreitkräften, in denen bisher kaum Gegenstimmen zu Pinochet zu vernehmen waren, macht sich Widerspruch breit. Der Kommandant der 5. Division, General Luis Danus, gab eine Erklärung ab, die den Mord an dem Journalisten José Carrasco „entschieden verurteilt“. Er forderte, daß die Mörder mit der „ganzen Härte des Gesetzes“ bestraft werden.⁹ Ähnlich kritisch äußerten sich auch die Divisionskommandanten Jaime Gonzales Vergera und Gaston Frez.

General Danus erklärte zudem, daß „1989 in Chile Leute regieren müssen, die nicht mehr dieselben wie heute sind“.¹⁰ Er hatte bereits mehrere Male vorher der bürgerlichen Opposition seine Verhandlungsbereitschaft ausgedrückt. Nicht unschuldig an dieser Entwicklung ist sicherlich auch die Unterstützung, die die USA den Generälen im Falle eines vorfristigen Abgangs Pinochets versichert haben. Eine Lösung wie auf den Philippinen, bei der der Diktator geht, aber die Armeeführung ungeschoren bleibt, hatte der für Mittel- und Südamerika zuständige US-Genral John Galvin, den Führern der Teilstreitkräfte im Juli d.J. nahegelegt (siehe Kasten).

Der Preis, den die Generäle von der bürgerlichen Opposition für ihre Verhandlungsbereitschaft verlangen, ist allerdings hoch:

Sie fordern die Anerkennung der Verfassung der Diktatur von 1980 und den

Erklärung der Patriotischen Front Manuel Rodriguez

Nach dem fehlgeschlagenen Anschlag auf Diktator Pinochet am 7. September d.J. wandte sich das „Kommando 4. September“ der Patriotischen Front Manuel Rodriguez (FPMR) mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der es den Hergang und die Ziele der Aktion erläuterte.

An das chilenische Volk

Das „Kommando 4. September“ der Patriotischen Front Manuel Rodriguez, zusammengesetzt aus aktiven Mitgliedern der bewaffneten Kräfte Chiles, wendet sich an das Land, um zu informieren:

1. Am Sonntag, dem 7., um 18.40 Uhr, legten drei Einheiten unserer Organisation, insgesamt 25 Männer, dem Gefolge des Diktators Pinochet einen Hinterhalt. Unsere Einheiten, die gleichzeitig und plötzlich agierten, überraschten völlig die Sicherheitskräfte des Tyrannen, die in Panik gerieten und hastig flüchteten. Nachdem zehn Minuten vergangen waren und der Tyrann Pinochet entsetzt in Richtung El Melocoton geflohen war, begannen unsere Einheiten ihren Rückzug Richtung Vizcachas in Autos, die vorgaben, zur Begleitung des Tyrannen zu gehören. Auf ihrem Rückzug führen sie mehrfach an Fahrzeugen des Militärs, der Polizei und der Sicherheitskräfte vorbei. Unseren Männern gelang es, alle Polizei- und Armeesperren zu passieren, wobei ihnen noch salutiert wurde. Alle Beteiligten an der Operation kehrten gesund und unverletzt zurück.

2. Unsere Aktion war darauf gerichtet, den Tyrannen zu beseitigen. Diese Aktion ist völlig gerechtfertigt vor den Augen der Chilenen, ob Zivile oder Soldaten, da wir in Pinochet das Haupthindernis für eine Rückkehr zur Demokratie sehen. Chile und die Welt wissen, daß Pinochet die Macht an sich riß, indem er den Präsidentenpalast bombardierte und den verfassungsmäßigen Präsidenten und mehrere Mitarbeiter ermordete. Während der 13 Jahre Tyrannei wurden Tausende Chilenen ermordet, verschleppt und hingerichtet, durch Sprengladungen umgebracht und verbrannt. Die verbrecherische Hand des Tyrannen beging Morde sogar außerhalb unserer Grenzen, wie im Falle des Generals Prats oder Orlando Letelier. Wir



Zwei ehemalige und ein aktiver Angehöriger der Streitkräfte erklärten im August d. J. ihre Mitgliedschaft in der FPMP

glauben, daß im Chile von heute die größte moralische Rechtfertigung für die Tötung des Tyrannen besteht.

3. Solange wie die Tyrannei Pinochets noch nicht zu Ende ist, werden seine Schergen weiterhin Verbrechen begehen, die die Welt mit Entsetzen erfüllen. In den Morgenstunden des vergangenen Montags wurden bereits drei Chilenen umgebracht, die die Liste der Verbrechen der Diktatur weiter anwachsen lassen. Es handelt sich um den Journalisten José Carrasco, den Lehrer Fernando Vidaurazaga und den Elektriker Felipe Rivera. Den Familien dieser neuen Märtyrer gilt unsere Solidarität.

4. Möge unsere Aktion den Kriminellen des Regimes als Beispiel dafür dienen, daß der gerechte Arm des Volkes sie überall erreicht, egal wo sie sich aufhalten. Wir rufen die Angehörigen der bewaffneten Kräfte auf, sich von dem Tyrannen zu trennen und sich nicht an seinen Verbrechen zu beteiligen, wenn sie nicht durch das Volk bestraft werden wollen. Wir rufen das Volk auf, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern auf den Belagerungszustand und auf die Unterdrückung mit größerem Einsatz und Kampf zu reagieren. Wir sind bereit, im gemeinsamen Kampf mit dem Volk für die ersuchte Freiheit unser Leben zu geben.

Es lebe Chile!

Kommando „4. September“ der Patriotischen Front „Manuel Rodriguez“
Santiago, 10. September 1986



Beim Anschlag zerstörtes Fahrzeug aus Pinochets Eskorte

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit - widerruflich -, die AIB-Abogebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab _____

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

10

Wer ist der ARBEITSKREIS "KEIN GELD FÜR APARTHEID" ?

Der bundesweite Arbeitskreis wird getragen von der Anti-Apartheid-Bewegung e.V. und den "Frauen für Südafrika - gegen Apartheid" der Evangelischen Frauenarbeit.

Er koordiniert seit Jahren Aktionen und Kampagnen gegen die Finanzierung der Apartheid durch bundesdeutsche Banken. Unser Ziel ist: KEIN GELD FÜR APARTHEID IN NAMIBIA UND SÜDAFRIKA !

Seit 1983 finden jährliche "Bankenaktionstage" statt, immer mehr Menschen im In- und Ausland nehmen daran teil. Wir unterstützen alle Bemühungen, die Großbanken, Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken zur Beendigung ihrer Südafrika-geschäfte zu bewegen. Z.B. durch Veröffentlichung verlässlicher Informationen, Briefe an diese Banken, Unterschriftenlisten, Kontokündigungen. Oder durch diese Postkartenaktion gegen die Kreditverlängerungen zugunsten Apartheid-Südafrika, die auch in Großbritannien, den USA und der Schweiz durchgeführt wird.

Weitere Informationen und Aktionsvorschläge:

Arbeitskreis "KEIN GELD FÜR APARTHEID", Siegesstr. 9, 8 München 40

ViStP: U. Epple, Siegesstr. 9, 8 München 40

Absender:

-.60 DM

POSTKARTE

An die Dresdner Bank AG, die Deutsche Bank AG, die Commerzbank AG

zHd des Vorstandes der Dresdner Bank AG
Jürgen-Ponto-Platz 1

6000 Frankfurt/Main 1



Datum des Poststempels:

Betr.: Kreditverlängerungen für Südafrika

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Dresdner Bank AG, die Deutsche Bank AG und die Commerzbank AG sind Mitglieder im "Technischen Ausschuß" für die Umschuldung der von Südafrika nicht zurückgezahlten Kredite.

Rechtzeitig vor den Umschuldungsverhandlungen im Februar 1986 hat Präsident Botha "Reformen" in Südafrika angekündigt. Erwartungsgemäß wurden diese Versprechungen kaum eingehalten, die Abschaffung der Apartheid war ohnehin nicht geplant.

Seither hat sich die Lage in Namibia und Südafrika dramatisch verschlimmert. Schuld daran sind auch die bundesdeutschen Banken, die weiterhin mit dem Apartheid-Regime Geschäfte machen und Kredite geben oder verlängern.

Die Dresdner, die Deutsche und die Commerzbank haben den Kreditverlängerungen im Februar 1986 zugestimmt. Ich fordere Sie auf, weiteren Umschuldungen mit Südafrika solange nicht zuzustimmen, bis die Apartheid restlos abgeschafft ist.

Mit freundlichem Gruß

Fast täglich hören wir von der Brutalität der regierenden weißen Minderheit gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit in Namibia und Südafrika, von Kriegszustand, Mord, Verhaftungen und Folter.

Die Unterdrückten verlangen die sofortige Abschaffung der Apartheid. Weltweit werden umfassende Sanktionen und Boykott gegen Südafrika gefordert und teilweise verhängt.

Dagegen beteiligen sich gerade die bundesdeutschen Banken nach wie vor am Geschäft mit der Apartheid. Obwohl Südafrika seit September 1985 seine Schulden nicht mehr bezahlen kann, helfen sie mit Umschuldungen und Kreditverlängerungen aus - und dem Apartheid-System unter die Arme!

Die DRESDNER, die DEUTSCHE und die COMMERZBANK sind im "Technischen Ausschuß" der 12 für Südafrika wichtigsten Banken. Im September 1986 und April 1987 finden Treffen dieses Ausschusses statt, um mit Südafrika die Bedingungen für weitere Kredite und Kreditverlängerungen auszuhandeln.

Wir sagen dazu: KEIN GELD FÜR APARTHEID



Verzicht auf den sofortigen Rücktritt Pinochets. Dies hieße, die Junta und den Diktator mindestens bis 1989 zu akzeptieren, und lediglich darüber zu verhandeln, wen sie als einzigen Präsidentschaftskandidaten für 1989 bestimmt. Die Verhandlungsbereitschaft einiger hoher Militärs ist jedoch nicht nur auf den wachsenden Druck der Linken und den Kurswechsel in Washington zurückzuführen, sondern auch auf die Nachgiebigkeit der bürgerlichen Opposition.

Die Nationale Übereinkunft, in der 14 Parteien von der Rechten über die DC bis hin zu Teilen der Sozialistischen Partei zusammengeschlossen sind, hat kurz nach dem Anschlag ein Verhandlungsangebot unterbreitet, in dem sie die Vorbedingung des Rücktritts Pinochets aufgibt und die Verfassung von 1980 akzeptiert.

Bei dieser Verhandlungsstrategie könnte die Rechnung jedoch ohne den Wirt gemacht sein. Denn ob das chilenische

Volk bereit ist, die Diktatur bis 1989 zu ertragen, ist mehr als zweifelhaft.

Anmerkungen:

- 1) El Pais (EP), Madrid, 28.9.1986
- 2) Frankfurter Rundschau (FR), 10.9.1986
- 3) EP, a.a.O.
- 4) Süddeutsche Zeitung, 11.9.1986
- 5) EP, 14.9.1986
- 6) Metall, Nr. 19/19.9.1986, S.45
- 7) EP, 14.9.1986
- 8) FR, 12.9.1986
- 9) Le Monde, Paris, 12.9.1986
- 10) EP, 30.9.1986

US-General Galvin an chilenische Offiziere: "Den Aufstand gemeinsam zerschlagen"

General John Galvin, Chef des Kommandos Süd der US-Streitkräfte mit Sitz in der Panama-Kanalzone, weilte Anfang August d.J. in Chile (siehe AIB 10/1986). Dabei versuchte er nicht nur – vergeblich – Diktator Pinochet für die „Demokratisierungs“-vorstellungen der Regierung Reagan zu gewinnen, sondern erläuterte vor den drei Kommandeuren der Teilstreitkräfte und dem Chef des Generalstabs der chilenischen Armee, Alejandro Medina, die US-amerikanische Sicht der Entwicklung in Chile. Das Protokoll dieses Gesprächs, das wir in Auszügen veröffentlichten, fiel der Patriotischen Front Manuel Rodriguez (FPMR) in die Hände, als sie am 18. August d.J. den Protokollchef der Garnison von Santiago Mario Haerberle entführte.



General John Galvin

Die Interessen der Vereinigten Staaten in der Region stimmen mit den Interessen Chiles und seiner Streitkräfte überein. Unsere beiden Armeen sind ein einziges Bündnis, und das ist eine praktische Realität.

Die nordamerikanische Armee hat das Recht, über ihr Kommando Süd im Detail die Stimmungen im chilenischen Heer zu erfahren. Niemand darf sich über die routinemäßigen Operationen von Geheimdiensten in jedweden bewaffneten Institutionen zum Zwecke eines internationalen Schutzes wundern.

Mit aller Offenheit muß ich feststellen, daß wir eine allmähliche Verringerung der Leistungsfähigkeit bemerken, sowie einen Charakterverlust der traditionellen Befehlsstruktur innerhalb der Führungskräfte des chilenischen Militärs. Außerdem nehme ich mit Besorgnis das Auftauchen von Korruption und zwar nicht nur in einigen zufälligen Fällen unter Mitgliedern des Offizierskorps wahr, ganz besonders unter den Angehörigen der Zweiten Heeresdivision sowie die Bildung von Gruppen mit abweichender Meinung innerhalb der militärischen Einheiten und die zunehmende Benutzung von Offizierscasinos, um Versammlungen abzuhalten, auf

denen bestimmte Aspekte der Politik des Obersten Befehlshabers kritisiert werden.

Die bewaffneten Streitkräfte müssen sich deutlich vor Augen halten, daß die ökonomische und politische Zukunft dieser Republik auf den steigenden Auslandsinvestitionen, insbesondere den nordamerikanischen, basiert. Daher besteht die allererste Aufgabe der Streitkräfte in der Wahrung der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit des Landes. In den vergangenen Jahren kann diese Arbeit in einigen Fällen als erfolgreich bezeichnet werden.

Soziale Organismen leiden periodisch unter Erschöpfungszuständen, denen von fähigen Personen mit Entschlossenheit und festem Willen entgegengetreten werden muß. Zu diesen zählen an erster Stelle die Führungskräfte der Armee.

Die nordamerikanische Regierung und ihre verschiedenen Einrichtungen haben mit großer Sorgfalt den Lauf der Ereignisse in ihrem Land verfolgt. Die Anzeichen einer nationalen Erschöpfung werden immer deutlicher.

Der Oberste Befehlshaber der Streitkräfte und Präsident der Republik ist aus strategischer Sicht erledigt. Seine Ziele, den Kommunismus zu beseitigen und die nationale Stabilität zu erhalten, sind in den 13 Jahren Militärregierung nicht erreicht worden. Im Gegenteil, eine stetige Machtzunahme der Kommunistischen Partei und eine politische Instabilität sind aktuelle Elemente in der Analyse der chilenischen Entwicklung. Beide schweben bedrohlich über dem Schicksal dieses großen Landes.

In internen Kreisen meiner Regierung wird von einem Zeitraum von 2 Monaten gesprochen, und ich glaube, daß dies auch im Sinne von Präsident Reagan ist.

Die Opposition gegen Präsident Pinochet hat in den letzten Jahren verstärkt zugenommen. Es gibt klare Anzeichen für eine breiter werdende Unterstützung von Zielen, die eine deutliche kommunistische Ausrichtung besitzen. Wenn die Zeit verstreicht, ohne daß adäquate Korrekturen vorgenommen werden, wird eine zukünftige Lösung mehr und mehr den Kommunismus begünstigen. Dies würde eine offensichtliche Gefahr für unsere beiden Länder bedeuten.

Unser Kommando Süd hat in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten meines Landes, die eingebunden sind in die Verteidigung der Hemisphäre, notwendige Pläne für zwei hypothetische Arbeitsweisen erarbeitet:

a) Ehrenabgang für den Herrn Präsidenten, der als Gast in unserem Land aufgenommen würde. In diesem Fall ist mit Patriotismus der Verbleib der loyalen Offiziere zu überlegen.

b) Unruhen mit dem Charakter eines Bürgerkrieges. Für diesen Fall sind wir uns sicher, daß es zu ernsthaften Fällen von Einbrüchen in der moralischen und kämpferischen Disziplin kommen wird, die sehr leicht vom Kommunismus ausgenutzt werden können.

Unsere Kontrolluntersuchungen zum Grad der Unterstützung des Herrn Präsidenten durch Soldaten und Rekruten lassen einen deutlichen Abfall erkennen. Angaben über die tatsächliche Zahl von Desertionen und Zusammenarbeit mit der Opposition liegen im Dunkeln. Aber die Zahl dürfte groß genug sein, um kalte Füße zu bekommen.

Sie wissen meine Herren, daß wir in Zentralamerika, Paraguay und Bolivien über schnelle Eingreiftruppen verfügen, um Armeen, die uns loyal gesonnen sind, zu unterstützen und befreundete Regierungen zu konsolidieren. Es gibt zivile Personen, die über diese Variante informiert sind.

Die Situation in der Hauptstadt Santiago ist im Augenblick für uns kein Anlaß zur Beunruhigung. Aber die Situation in den anderen Regionen wird von uns mit verstärktem Interesse analysiert. Die Technik der 'counterinsurgency' (Aufstandsbekämpfung; Anm. d. Ü.) ist allen bekannt, aber ihre Verwicklung mit anderen Ländern in der Region, die ihre eigenen geopolitischen Interessen besitzen, dürfen nicht aus den Augen verloren werden.

Präsident Reagan wäre sehr an der ersten Variante gelegen, aber wir alle, wie ein einziger Körper, müssen vorbereitet sein auf alle Situationen, die sich uns stellen können. Meine Aufgabe ist es, die Bande zwischen uns zu verstärken. Daher müssen wir im Detail alle Operationen gemeinsam durchplanen. Sollten gelegentlich Irrtümer der Geheimdienste zu Tage treten, dürfen Sie, meine Herren Generäle und Herr Admiral, darauf vertrauen, daß die Armeen Chiles und der Vereinigten Staaten als Verbündete den Aufstand zerschlagen werden. Gemeinsam werden wir die hohen Werte der westlichen Zivilisation und des Christentums aufrecht erhalten.

(Quelle: APSI, Santiago, August 1986)

Peter Garcia Präsident Barco auf Kollisionskurs

Kolumbiens neuer Präsident Virgilio Barco Vargas trat planmäßig im August d.J. sein Amt an. Bei den Wahlen im Mai 1986 hatte er mit fast 60% der abgegebenen Stimmen einen überraschend hohen Wahlsieg errungen.

Als Vertreter des konservativen Mehrheitsflügels der Liberalen Partei und Angehöriger der reichen Oligarchie zeigte sich Barco bisher weniger liberal als sein Vorgänger Betancur, der Mitglied der Konservativen Partei ist. Das mag auf den ersten Blick paradox klingen. Betancur ist jedoch heute in seiner eigenen Partei ein Außenseiter, während hinter dem neuen Präsidenten 87% der Liberalen stehen.

Sympathisant der USA

Der 65jährige Bauingenieur Barco gilt als Technokrat und Sympathisant der USA. Im Verlauf von 45 Jahren hat er sich im Parteiapparat hochgearbeitet, war Gemeinderat, Bürgermeister von Bogotá, Abgeordneter, Senator, Minister und Botschafter in London und Washington. Zwischendurch promovierte er zum Nationalökonom am Massachusetts Institute of Technology. Seit 1950 ist er mit der US-Amerikanerin Caroline Jackson verheiratet. Wie es heißt, spricht er zu Hause mit ihr und seinen Kindern nur Englisch und fühlt sich allem Nordamerikanischen eng verbunden.¹

Aber auch Barcos erste Verlautbarungen nach dem Amtsantritt und die Auswahl bestimmter Regierungsmitglieder machen deutlich, daß er einen anderen Kurs als sein Vorgänger fahren will. Gleich zu Beginn brach er mit dem Prinzip der Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Konservativen auf Regierungsebene. Seit der Gründung der Nationalen Front zwischen beiden Parteien im Jahr 1957, die ein Wiederaufflammen der *Violencia* (Bürgerkrieg zwischen Liberalen und Konservativen, der Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre 300.000 Tote gefordert hatte) verhindern sollte, setzten sich die Regierungen immer aus Mitgliedern der beiden Parteien zusammen, egal, wer die Wahlen gewonnen hatte.



Virgilio Barco bei der Stimmabgabe

Das erste Mal seit 30 Jahren wurde nun ein Kabinett gebildet, das nur aus Liberalen besteht.

Was die Außenpolitik betrifft, hatte Barco kurz nach den Wahlen verlauten lassen, er würde die *Contadora*-Gruppe nach seinem Amtsantritt weiter unter-

stützen, wenn sie bis dahin „noch nicht begraben sei“.² Solange sich diese Einstellung nicht ändert, werden von seiner Regierung keine eigenen Impulse in dieser Richtung zu erwarten sein.

Was die Nichtpaktgebundenen betrifft, so will Kolumbien darauf achten, daß die Bewegung auch „wirklich in jeder Hinsicht neutral“ bleibt. Gleichzeitig will Barco zu allen Ländern Beziehungen unterhalten.

Die Anwesenheit des kubanischen Politikers Flavio Bravo bei der Vereidigung des Präsidenten läßt darauf hoffen, daß die seit 1981 abgebrochenen Beziehungen zu Kuba wiederaufgenommen werden.³

Konform mit dem IMF

Innenpolitisch ist Barco mit den Folgen der sozialen Probleme des Landes konfrontiert. Selbst Unternehmerorganisationen mußten eingestehen, daß 45% der Bevölkerung in Armut leben und 15% der Arbeitsfähigen keine Beschäftigung haben.

Die Arbeitslosigkeit will Barco mit Steuerermäßigungen für die Industrie bekämpfen. Daneben soll der soziale Wohnungsbau stärker als bisher gefördert werden – ein Versprechen, das allerdings auch sein Vorgänger nicht einlösen konnte.⁴

Barcos Sozialpolitik wird ihre Grenze in den Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IMF) finden. Denn die neue Regierung will in Zukunft die Rolle eines Muster-Schuldners spielen, was die Bedienung der weiter gestiegenen Auslandsschulden betrifft.

Für das nächste Jahr ist der Schuldendienst im Staatshaushalt das erste Mal mit 26% der Ausgaben angesetzt und übersteigt damit die staatlichen Investitionen um 1%.⁵ Trotzdem schloß Barco aus, daß Kolumbien einen Kurs gegen

FARC-Führer M. Marulanda (stehend) und J. Arenas (3. v. l.) bei der Unterzeichnung des Waffenstillstands



den IMF fahren bzw. den Schuldendienst wie Peru begrenzen könnte. Verteidigungsminister wurde General Rafael Samudio Molina, der ein kompromißloser Gegner der Guerillagruppen ist. Bei dem Versuch der Bewegung 19. April (M-19), ihn Ende des letzten Jahres zu liquidieren, kam Samudio mit leichten Verletzungen davon. Seine Wahl dürfte keine zufällige sein, ist doch in Kolumbien der Verteidigungsminister der militärische Hauptverantwortliche für die Bekämpfung der Guerilleros.

Kein Frieden nach Innen

Ein weiteres Indiz für die Absichten des neuen Präsidenten ließ nicht lange auf sich warten: Barco schaffte die Friedenskommission ab, die den ständigen Dialog mit den Guerilleros führte.

Gewissermaßen als flankierende Maßnahme dazu ersetzte er auch den Vorsitzenden der Organisation für die Wiedereingliederung der Guerilleros, die ihre Waffen niedergelegt hatten. Der neue Mann, Carlos Ossa Escobar, ist Unternehmer und war bis dahin Vorsitzender des Verbandes der Agrarindustriellen und Gegner der Friedenspolitik Betancurs gegenüber der Guerilla. Seiner Meinung nach hatte „die bisherige Politik die Guerilla nur gestärkt und den Agrar- und Viehzuchtunternehmern großen Schaden zugefügt“.⁶

Zu der Frage der Guerilleros verkündete Barco zwar, daß er denen die Hand reichen wolle, die bereit sind aufzugeben. Die Möglichkeit eines Dialogs mit der M-19, die den bewaffneten Kampf fortführt, aber wies die Regierung mit dem Argument von sich, daß diese Organisation „nach Blut lechzt“. Allerdings beabsichtige Barco „darauf zu achten, daß sich die Streitkräfte strengstens an die Gesetze halten“.⁷

Gerade das ist mehr als angebracht: Nach dem letzten Bericht von Amnesty International wurden alleine in den ersten 6 Monaten dieses Jahres über 600 Personen vom Militär, der Polizei oder den Todesschwadronen der Uniformierten umgebracht. Und im Mai d.J. hatte der kolumbianische Generalstaatsanwalt eine Liste mit den Namen von über 300 Personen veröffentlicht, die als vermißt gelten, nachdem sie in die Hände der „Ordnungshüter“ gefallen waren.

In diesem Zusammenhang muß man auch die Behauptung korrigieren, daß fast 50% der Kolumbianer nicht an den letzten Wahlen teilgenommen hätten. Das hört sich wie eine freiwillige Entscheidung an. Dabei hatte das Militär in Gebieten mit starker Anhängerschaft der Linken vielfach verhindert, daß die Bevölkerung an den Wahlen teilnehmen konnte.

Aber es gab auch eine andere Art der Wahlbehinderung: Unter den Hunderten von Mordopfern der Staatsorgane befinden sich ca. 200 Mitglieder der Patriotischen Union (UP), einer politischen Bündnisorganisation der kolumbianischen Revolutionären Streitkräfte (FARC) mit der Kommunistischen Partei (PCC) und einigen Linksliberalen.

Die FARC, die größte Guerillaorganisation des Landes, hatten Ende 1984 ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet und es im Mai d.J. auf unbestimmte Zeit verlängert. Trotz des Terrors erhielt die UP bei den Wahlen im März und im Mai d.J. jeweils etwa das Dreifache der Stimmen, die für die früheren Wahlbündnisse der PCC abgegeben wurden.

Bei den Gemeinde- und Parlamentswahlen waren es 250.000 Stimmen, d.h. 8 Abgeordnete, 4 Senatoren und über 100 Provinz- und Gemeinderäte. Bei den Präsidentschaftswahlen kam die UP sogar auf 320.000 Stimmen und wurde mit über 4% die dritte politische Kraft des Landes.

Guerilleros im Parlament

Allerdings bleiben die 27 Einheiten der FARC, der Militärorganisation der UP, weiterhin unter Waffen.

Aus gutem Grund, wie sich Anfang September d.J. zeigte. Am 1. September wurde in Villavicencio der UP-Senator Pedro Nel Jiménez Obando ermordet und am selben Tag in zwei anderen Städten zwei Gemeinderäte dieser Partei. Bereits 2 Tage zuvor war in Barrancabermeja der UP-Parlamentarier Leonardo Posada Pedraza einem Attentat zum Opfer gefallen.

Die Methode war in allen vier Fällen die gleiche: Es waren immer zwei Täter auf einem Motorrad, die sich plötzlich näherten, schossen und das Weite suchten. In keinem der Fälle wurden die Täter geschnappt.

Daraufhin veröffentlichte die UP-Führung Beweise über die Existenz eines Planes zur Liquidierung linker Politiker, der den Kodennamen „Baile Rojo“ trägt und dessen Urheber Militärs im aktiven Dienst und im Ruhestand sind, unter ihnen auch der frühere Verteidigungsminister General Landazábal Reyes.

Außerdem versuche die Armee, 12 der 27 FARC-Einheiten durch gezielte Provokationen zur Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zu bringen. Parallel zur UP-Erklärung drohte das FARC-Oberkommando mit dem Bruch der Waffenruhe, falls die Morde nicht aufgehört.⁸

Trotzdem wollen die FARC sich nicht der Nationalen Guerilla-Koordination (CNG), einer Vereinigung von sechs verschiedenen mittleren und kleineren

Guerillagruppen, anschließen.

Die CNG, deren wichtigstes Mitglied die M-19 ist, hatte erst Mitte August d.J. bekräftigt, daß sie die Angriffe auf militärische Ziele und die Entführungen fortführen werde. Gerade die M-19 mußte in den letzten Monaten sehr verlustreiche Kämpfe durchstehen, die den Tod fast aller bekannten Führer zur Folge hatten. Das ist jedoch nicht der Grund für die Zurückhaltung der FARC. Sie schätzt ein, daß sie durch den Waffenstillstand mit der Regierung, der bisher auch von Barco respektiert wird, und durch ihre politische Tätigkeit auf Gemeinde- und Regierungsebene ihren Einfluß spürbar vergrößern konnte.

Neue Aspekte ergeben sich auch in der Gewerkschaftsbewegung. Ende August d.J. schlossen sich der von der PCC geführte Gewerkschaftsbund der Werktätigen Kolumbiens (CSTC), der 11% der organisierten Arbeiter vereint, und 900 unabhängige Gewerkschaften mit 51% der Arbeiter zum neuen Einheitsbund der Werktätigen (CUT) zusammen. Diesem Verband gehören somit 62% der kolumbianischen Gewerkschafter an.

Damit ist die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung endgültig der Kontrolle der beiden Großparteien der Oligarchie entglitten, die dort noch vor wenigen Jahren den entscheidenden Einfluß besaßen.⁹

Aber es gibt noch einen zweiten Grund für die FARC-Entscheidung: Die Kolumbianer sind des Blutvergießens müde.

Des Blutvergießens müde

Der Appell der kolumbianischen Schriftsteller, Künstler, Journalisten und Politiker vom Juli d.J. – unter ihnen der Nobel-Preisträger Gabriel García Márquez – fand die Billigung fast aller Kolumbianer, sieht man von der CNG und der rechten Militärclique ab. In dem Appell, der die Regierung zur Verstärkung der Friedensbemühungen aufforderte, wurde die „blinde Gewalt“ verurteilt, die „von den Gruppen der Guerilleros und der Armee“ eingesetzt wird und „Schuldige und Unschuldige gleichermaßen trifft“.¹⁰

Anmerkungen:

- 1) Vgl. El País, Madrid, 8.8.1986 und Süddeutsche Zeitung, 8.8.1986
- 2) Cadernos do Tercer Mundo, Montevideo, Nr. 88/Juli 1986, S.41
- 3) Vgl. Granma, Havanna, 17.8.1986
- 4) Vgl. El País, 6. und 8.8.1986
- 5) Vgl. Nachrichten für den Außenhandel, 25.8.1986
- 6) El País, 9. und 18.8.1986
- 7) Le Monde, Paris, 12.8.1986 und El País, 8.8.1986
- 8) Siehe: El País, 2.9.1986
- 9) Vgl. Latin American Weekly Report, London, 4.9.1986
- 10) El País, 31.7.1986



Japanische Kriegsschiffe (l.); Staatschefs Lange (Neuseeland), Hawke (Australien) und Lini (Vanuatu; v. l. n. r.) bei der Tagung des Südpazifischen Forums im letzten Jahr

Georg Diederichs

Veränderte Pazifikszenerie

„Im südpazifischen Teil dieser Erde ist nichts mehr, wie es war. Eine Woche hat die sicherheitspolitische Szenerie verändert.“

Mit derart dramatischen Worten trug die Frankfurter Rundschau am 15. August d.J. zwei unmittelbar aufeinander folgenden Ereignissen Rechnung: Zum einen der Tagung des Südpazifischen Forums, die vom 8.-10. August d.J. in Suva, der Hauptstadt der Fidschi-Inseln, stattfand. Zum anderen dem faktischen Rauschmiß Neuseelands aus dem ANZUS-Pakt, den US-Außenminister George Shultz, nach vorausgegangenen Beratungen mit seinem australischen Amtskollegen Bill Hayden, am 11. August d.J. im kalifornischen San Francisco bekannt gab.

Wie jedes Jahr seit der Gründung des Südpazifischen Forums (1971) verurteilten die Mitgliedsstaaten – Australien, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Tonga, Fidschi, Vanuatu, Nauru, Kiribati, die Salomonen, Tuvalu, Westsamoa, die Staatenföderation von Mikronesien sowie die beiden autonomen neuseeländischen Außengebiete Niue und Cook-Inseln – auch in diesem Jahr wieder die französischen Atomwaffentests im Südpazifik.

Nachdem alle bisherigen Appelle an die französische Regierung keinerlei Änderung bezüglich deren Atompolitik zur Folge hatten, versuchen die im Südpazifischen Forum zusammengeschlossenen Staaten jetzt, Frankreich direkt unter Druck zu setzen. So wurden allen Atom-mächten die unterzeichneten Protokolle des im letzten Jahr ausgearbeiteten „Vertrags von Rarotonga“ über die Schaffung einer nuklearfreien Zone im Südpazifik ebenfalls zur Unterschrift vorgelegt.

Danach sollen Erwerb, Stationierung, Anwendung und Erprobung von Kernwaffen in dieser Region untersagt wer-

den. Das Vertragsgebiet erstreckt sich nördlich bis zum Äquator, südlich bis zur Antarktis, westlich bis zur australischen Küste am Indischen Ozean und östlich bis zur durch den Tlateloco-Vertrag festgelegten atomwaffenfreien Zone Lateinamerikas.

Während die Sowjetunion und die VR China die Bildung der atomwaffenfreien Zone im Südpazifik unterstützen und bereits ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung des Protokolls erklärt haben, wurden Spekulationen über einen Beitritt Großbritanniens zwischenzeitlich in London dementiert.

Dennoch sieht Neuseelands Premierminister David Lange weiterhin gute Chancen, daß die britische Regierung und sogar die US-Regierung ihre Unterschriften schließlich nicht verweigern werden. Angesichts des weltweiten Konfrontationskurses der Reagan-Administration, in dessen Fahrwasser sich auch die Regierung Thatcher befindet, ist hier allerdings Skepsis angebracht.

Hoffnung Rarotonga-Vertrag?

In Suva kritisierten denn auch die Regierungschefs von Vanuatu und den Salomonen, daß bereits in der Vergangenheit zu viele Hoffnungen mit dem „Vertrag von Rarotonga“ verknüpft worden seien. Sie verweigerten von Anfang an ihre Unterschrift unter den Vertragsentwurf. Sie taten dies allerdings deshalb, weil er ihrer Meinung nach gravierende Mängel enthält: So kann z.B. jeder Staat weiterhin darüber entscheiden, ob er atombetriebenen oder -bewaffneten Schiffen das Anlaufen seiner Häfen gestattet oder nicht.

Auch Uran darf weiterhin abgebaut und exportiert werden. Und die mobilen Atomsprenköpfe, die die USA im Südpazifik stationiert haben, sind im

Vertragstext erst gar nicht erwähnt.

Für Vanuatus Premierminister Walter Lini ist der Vertrag deshalb auch kein ausreichendes Mittel, um Frankreich tatsächlich – wie angestrebt – isolieren und so zu einer Einstellung seiner Nuklear-tests zwingen zu können: „Der Vertrag wird die Franzosen nicht stoppen. Nur die vollständige Unabhängigkeit der Polynesier wird dies schaffen.“

Doch gerade was die Entkolonialisierung des Südpazifiks angeht, haben die Mitgliedsstaaten des Südpazifischen Forums ihre diesjährige Tagung in Suva mit einem Paukenschlag begonnen.

Einstimmig forderten sie, die französische Kolonie Neukaledonien in die Liste des Entkolonisierungsausschusses der UNO aufzunehmen.

Die kanakische Unabhängigkeitsbewegung FLNKS hatte zuvor acht Jahre vergeblich versucht, das Südpazifische Forum zu einer klaren Parteinahme in der Neukaledonienfrage zu bewegen. Unterstützt wurde diese Forderung bislang vor allem von Vanuatu und den Salomonen.

Doch Australien und Neuseeland zeigten sich gegenüber Paris „geduldiger“. Sie setzten auf den Plan der vormals sozialistischen Regierung für eine Unabhängigkeit Neukaledoniens in einer Assoziation mit Frankreich. Die neue konservative Regierung unter Premierminister Chirac macht allerdings kein Hehl daraus, daß sie nicht daran denkt, Neukaledonien in die Unabhängigkeit zu entlassen.

Während Neuseelands Premier David Lange der französischen Regierung in diesem Zusammenhang immerhin vorwirft, sie habe ihr Versprechen hinsichtlich einer Selbstverwaltung Neukaledoniens gebrochen, hält sich Australien bezüglich einer eindeutigen Verurteilung der französischen Kolonialpolitik im Südpazifik weiterhin bedeckt. Doch um seinen Einfluß in der Region nicht weiter

zu schmälern, stimmte es letztendlich der Forderung zur Entkolonialisierung Neukaledoniens zu.

Die mit diesem Beschluß verbundene faktische Anerkennung der kanakischen Befreiungsbewegung FNLS stellt für diese einen wichtigen Prestigegewinn dar. Wurde auf der letzten Tagung des Südpazifischen Forum in Rarotonga noch keine Einigkeit darüber erzielt, ob ihr der Beobachterstatus zuerkannt werden könne, ist sie heute ein gefragter Gesprächspartner.

Ihr Protegé, Vanuatus Premier Walter Lini, nutzte denn auch die Gelegenheit, in Suva die diplomatische Anerkennung weiterer Befreiungsbewegungen zu fordern. Namentlich nannte er in diesem Zusammenhang die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO). Gleichzeitig rief er die übrigen südpazifischen Inselstaaten dazu auf, der Bewegung der Nichtpaktgebundenen beizutreten.

„Strafe“ für Neuseeland

Richteten sich die diesjährigen Beschlüsse des Südpazifischen Forums einmal mehr gegen Frankreich und dessen arroganten Atomkolonialismus im Südpazifik, so darf dennoch der zweite Adressat nicht übersehen werden: die USA.

Denn deren Bestreben, z.B. Japan verstärkt in ihre Seekriegspläne einzubeziehen oder die Marianen, die Marshall-Inseln und andere mikronesische Atolle in Basen für ihr Weltraumrüstungsprogramm SDI oder Ersatzstützpunkte für Subic Bay und Clark Air Base auf den Philippinen auszubauen, steht in direktem Widerspruch zu den Anliegen der

südpazifischen Inselstaaten.

Den Atomkriegsstrategen in Washington sind deshalb auch Initiativen wie die für einen atomwaffenfreien Südpazifik besonders verhaßt, könnten sie doch Beispielcharakter für andere Regionen haben. So geraten denn auch in Washingtons beschränktem Weltbild die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Vanuatu sowie ein Fischereiabkommen Moskaus mit Kiribati und den Fidschi-Inseln zum militärstrategischen Wurf Moskaus. „Jetzt wollen sie Zugang“, so ein Beamter des State Department, „später Militärbasen.“

In diese Haltung der USA paßt denn auch die jüngste Maßregelung Neuseelands. Dessen im August d.J. von US-Außenminister Shultz in San Francisco bekanntgegebener Ausschluß aus dem ANZUS-Pakt, dem 1951 gegründeten Militärbündnis zwischen Australien, Neuseeland und den USA, ist Washingtons „Strafe“ für die neuseeländische Forderung, die USA möchten jeweils bestätigen, daß Schiffe oder Flugzeuge mit Kurs auf Neuseeland weder atomar angetrieben noch bewaffnet seien.

Zur turnusgemäßen Jahrestagung des ANZUS-Paktes in San Francisco war Neuseeland schon gar nicht mehr eingeladen worden. Die USA und Australien stellten ihre militärische Zusammenarbeit kurzerhand auf eine bilaterale Vertragsgrundlage um.

Der faktische Rauschmiß wurde in Neuseeland jedoch gelassen aufgenommen. Premierminister Lange erklärte in Wellington, zwar hätten die USA ihre Sicherheitsgarantien für Neuseeland aufgekündigt, da aber der ANZUS-Pakt nie einen automatischen militärischen Schutz für Neuseeland vorgesehen hätte, bliebe im Grunde alles beim alten.

Seine Regierung werde auch weiterhin zu ihrem Wahlversprechen stehen und den Wünschen der überwiegenden Mehrheit der Neuseeländer nachkommen, das Land von Atomwaffen frei zu halten. Ganz so isoliert, wie Washington sich das wünscht, wird Neuseeland nach dem Verlust der US-Schutzgarantie übrigens nicht sein.

Zwar hat die australische Labour-Regierung Hawke mit der konsequenteren Anti-Nuklear-Politik Langes so ihre Schwierigkeiten, doch will sie ihren „Vettern“ jenseits der stürmischen Tasmansee auch weiterhin „beistehen“. Sie hat sich bei den USA ausgedungen, mit Neuseeland auch künftig bilateral auf militärischem Gebiet zusammenarbeiten zu dürfen.

NATO des Ostens

Denn auch für Australien ist das in San Francisco besiegelte Zweierbündnis nicht ohne Probleme: Die von den USA betriebene Politik subventionierter Agrarexporte hat nämlich verheerende Auswirkungen auf die australische Landwirtschaft. So warnte Canberras Außenminister Bill Hayden Washington ausdrücklich, daß die Unterwanderung der traditionellen Absatzmärkte Australiens durch die USA in Australien zu Überlegungen Anlaß geben könnten, „ob der Wert des US-Beitrags zum Schutz Australiens die Unterminierung der australischen Wirtschaft aufwiege“.

Darüber hinaus wird auch die Regierung Hawke mit einer ständig wachsenden Friedensbewegung konfrontiert, die die US-Militärbasen und Kriegsschiffe aus Australien verbannt sehen möchte.

Doch die Reagan-Administration wird künftig nicht nur im Südpazifik mit „Unbotmäßigkeit“ zu rechnen haben. Ungeachtet aller Machtworte aus Washington haben sich kürzlich auch die ASEAN-Staaten (Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand) für eine südostasiatische Friedenszone ausgesprochen.

Zum Alptraum für die USA könnte so erst recht die im Rahmen der „Wladiwostok-Initiative“ von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow formulierte Perspektive einer gesamt-pazifischen Friedenszone werden. Dem US-Plan eines NATO-Äquivalents „Pazifikgemeinschaft“, der neben den USA, Japan und Australien auch die ASEAN-Staaten und andere pazifische Länder angeschlossen werden sollten, stellte Gorbatschow am 28. Juli d.J. in seiner Wladiwostoker Rede (Wortlaut siehe nachstehend) den Vorschlag einer Pazifik-Konferenz unter Teilnahme aller Anrainerstaaten gegenüber, um „für Frieden und Sicherheit zusammenzuarbeiten“.



Wladiwostok-Rede Michail Gorbatschows

Eine Friedenszone Pazifik schaffen



M. Gorbatschow (M.) in Wladiwostok

(...) Die Sowjetunion ist auch ein asiatisches und ein pazifisches Land, dem die komplizierten Probleme dieser riesigen Region am Herzen liegen. Sie kommt mit ihnen in unmittelbare Berührung. Eben das bestimmt die ausgewogene und umfassende Haltung zu diesem gigantischen Erdteil, in dem so viele unterschiedliche Staaten und Völker konzentriert sind. Und unsere Position basiert darauf, daß wir die hiesigen Realitäten anerkennen und verstehen.

Schauplatz der Konfrontation

Zugleich läuft unser Interesse nicht darauf hinaus, daß wir Privilegien oder eine besondere Stellung beanspruchen, daß wir in egoistischer Weise versuchen, unsere Sicherheit auf Kosten anderer zu stärken, oder daß wir Vorteil zum Nachteil anderer suchen. Wir sehen unser Interesse in der Vereinigung von Anstrengungen und in der Zusammenarbeit bei uneingeschränkter Achtung des Rechtes jedes Volkes, der eigenen Wahl gemäß zu leben und seine Probleme unabhängig und in Frieden zu lösen. Wir sind dafür, gemeinsam an der Herausbildung neuer, gerechter Beziehungen in Asien und im Pazifikraum zu arbeiten.

In letzter Zeit hatte ich viele Begegnungen mit führenden Repräsentanten europäischer Staaten, mit verschiedenen Politikern europäischer Länder. Unwillkürlich vergleicht man die Lage in Asien mit der europäischen Situation. Der Pazifikraum ist im großen und ganzen vorerst nicht so militarisiert wie der Raum

Europa. Doch sind die Potenzen für eine Militarisation wahrhaft gewaltig und die Folgen äußerst gefährlich. Schon durch einen Blick auf die Landkarte kann man sich davon überzeugen.

Dort befinden sich die größten kernwaffenbesitzenden Staaten. Es sind starke Landstreitkräfte, mächtige Kriegsflotten und Luftwaffenverbände gebildet worden. Das wissenschaftlich-technische und das industrielle Potential vieler Länder von der West- bis zur Ostküste des Ozeans ermöglicht es, jede Art Rüstungswettlauf zu forcieren.

Die Lage verschärft sich durch anhaltende Konfliktsituationen.

Wir sollten nicht vergessen: Gerade in Asien hat der amerikanische Imperialismus die zwei größten Kriege nach 1945 geführt – in Korea und in Indochina. In den vier Jahrzehnten wird man kaum ein paar Jahre finden, in denen nicht in diesem oder in jenem Punkt des asiatisch-pazifischen Raums das Kriegsfeuer loderte.

In Europa ist der Helsinkier Prozeß des Dialogs, der Verhandlungen und Abkommen wirksam – ob gut oder schlecht sei dahingestellt. Das schafft etwas Stabilität und senkt die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte. Doch in der Region, von der die Rede ist, gibt es das nicht oder fast nicht. Und wenn sich in letzter Zeit etwas ändert, dann nicht zum Besten. Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre haben die USA großangelegte Maßnahmen zur Aufstockung der Rüstungen im Pazifik unternommen.

Unter ihrem Druck bildet sich das militärische

„Dreieck“ Washington-Tokio-Seoul heraus. Und obwohl zwei der drei Staaten der Region, die Kernwaffen besitzen, die Volksrepublik China und die Sowjetunion, die Verpflichtung eingingen, sie nicht als erste einzusetzen, stationierten die Vereinigten Staaten Kernwaffenträger und nukleare Gefechtsköpfe in einer der Krisenzonen – auf der Koreahalbinsel – und außerdem Kernwaffenträger auf dem Territorium Japans.

Es muß festgestellt werden, daß die Militarisation und das Anwachsen der Kriegsgefahr in diesem Teil der Welt mit gefährlich zunehmender Geschwindigkeit fortschreiten. Der Stille Ozean verwandelt sich in einen Schauplatz militärisch-politischer Konfrontation. Das ist es, was die hier lebenden Völker in immer höherem Maße beunruhigt.

Das beunruhigt auch uns, und zwar in jeder Hinsicht, darunter auch im Hinblick auf die Sicherheit des asiatischen Teils unseres Landes. (...)

Von China hängt vieles ab

Da ich in einer Stadt spreche, von der es bis zur Volksrepublik China, wie man so sagt, nur ein Katzensprung ist, möchte ich auf das Wichtigste in unseren Beziehungen zu ihr eingehen. Beziehungen, die aus mehreren Gründen äußerst wichtig sind, damit angefangen, daß wir Nachbarn sind, daß wir die längste zu Lande verlaufende gemeinsame Grenze in der Welt haben und allein schon deshalb, weil es uns, unseren Kindern und Enkelkindern beschieden ist, heute und immerdar nebeneinander zu leben.

Doch es kommt natürlich nicht nur darauf an. Die Geschichte hat dem sowjetischen und dem chinesischen Volk eine äußerst verantwortungsvolle Mission auferlegt. Von den zwei größten sozialistischen Staaten hängt vieles in der internationalen Entwicklung ab.

In den letzten Jahren haben sich unsere Beziehungen zusehends gebessert. Ich möchte bekräftigen:

Die Sowjetunion ist jederzeit bereit, mit China auf jeder beliebigen Ebene auf das ernsthafteste Fragen zu erörtern, die zusätzliche Maßnahmen zur Schaffung einer Atmosphäre der guten Nachbarschaft betreffen. Wir hoffen, daß die uns trennende (wir möchten sagen – uns verbindende) Grenze in naher Zukunft zu einer Grenze des Friedens und der Freundschaft wird.

Die sowjetischen Menschen nehmen das von der Kommunistischen Partei Chinas gestellte Ziel, nämlich das Land zu modernisieren und in der Perspektive eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, die des großen Volkes würdig wäre, mit Verständnis und Achtung auf.

Wir und China haben, soweit man urteilen kann, ähnliche Prioritäten – die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung. Warum sollten wir einander dann nicht unterstützen und bei der Realisierung unserer Pläne dort zusammenarbeiten, wo es offensichtlich beiden Seiten zum Nutzen gereichen würde? Je besser die Beziehungen sind, desto mehr können wir Erfahrungen austauschen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß sich in

den wirtschaftlichen Verbindungen ein positiver Trend abgezeichnet hat. Wir sind überzeugt, daß die historisch entstandene wechselseitige Ergänzung der sowjetischen und der chinesischen Wirtschaft große Möglichkeiten für die Erweiterung dieser Verbindungen, darunter in den Grenzgebieten, bietet.

Einige große Probleme der Zusammenarbeit stehen buchstäblich vor der Tür. Wir wollen zum Beispiel nicht, daß der Grenzfluß Amur als ein „Wasserhindernis“ angesehen wird. Möge das Einzugsgebiet dieses mächtigen Stroms die Bemühungen des chinesischen und des sowjetischen Volkes bei der gemeinsamen Nutzung der hier vorhandenen überaus reichen Ressourcen und des Baus von wasserwirtschaftlichen Anlagen vereinen. Ein Regierungsabkommen hierüber wird schon gemeinsam erarbeitet. Und die Grenze könnte inmitten des Hauptfahrwassers verlaufen.

Die Sowjetregierung bereitet eine positive Antwort zur Frage des Bestands beim Bau einer Eisenbahn vor, die das Autonome Gebiet der Uiguren Xinjiang mit Kasachstan verbinden wird.

Wir boten der Volksrepublik China eine Zusammenarbeit im Kosmos an, in die die Ausbildung chinesischer Raumflieger einbezogen werden könnte. Große Möglichkeiten für den beiderseits nützlichen Austausch sind im Bereich der Kultur und Bildung gegeben. Wir sind dazu bereit und wünschen das von ganzem Herzen.

Wende zu Japan in Sicht

Nun zu den Beziehungen mit Japan. Hier zeichnet sich gleichfalls eine Wende zum Besseren ab. Es wäre gut, wenn sich diese Wende vollzöge.

Die objektive Lage unserer beiden Länder in der Welt erfordert eine vertiefte Zusammenarbeit auf einer gesunden realistischen Basis, in einer ruhigen Atmosphäre, die durch keine Probleme der Vergangenheit belastet wäre. Der Grundstein hierzu wurde in diesem Jahr gelegt. Es wurden Besuche der Außenminister ausgetauscht. Auf der Tagesordnung steht nun der Austausch von Besuchen auf höchster Ebene.

Von beiderseitigem Interesse ist die Kooperation in der Wirtschaft. Es handelt sich vor allem um unsere Küstengebiete, wo Geschäftskontakte mit japanischen Firmen bereits praktiziert wurden. Man könnte auch die Frage der Einrichtung gemeinsamer Betriebe in angrenzenden oder einander nahe gelegenen Gebieten der UdSSR und Japans erörtern. Warum sollte man auch nicht eine langfristige Zusammenarbeit bei der Erforschung und komplexen Nutzung der Ressourcen des Ozeans anbahnen und die Programme zur friedlichen Erforschung und Nutzung des Weltraums miteinander in Verbindung bringen?

Die Japaner haben anscheinend eine Methode zur Dynamisierung der Beziehungen, die sich „Wirtschaftsdiplomatie“ nennt. Möge sie diesmal der sowjetisch-japanischen Zusammenarbeit dienen.

Im Pazifikraum grenzt die Sowjetunion auch an die Vereinigten Staaten. Ein naher Nachbar im wahrsten Sinne des Wortes, nur sieben Kilometer entfernt – genau so viel sind es zwischen der großen Diomedes-Insel in der Sowjetunion und der kleinen Diomedes-Insel in Amerika.

Die USA – wir sind uns darüber vollkommen klar – sind eine pazifische Großmacht. Vor allem deshalb, weil ein bedeutender Teil ihrer Bevölkerung an der Küste dieses Ozeans lebt und weil der an sie angrenzende Westteil Amerikas eine wachsende Rolle im Leben des Landes spielt und sich durch hohe Dynamik auszeichnet. Und auch deshalb, weil die Ver-

einigten Staaten in der Region zweifellos wichtige legitime wirtschaftliche und politische Interessen haben.

Es besteht kein Zweifel daran, daß ohne die USA, ohne ihre Mitwirkung das Problem der Sicherheit und Zusammenarbeit im Pazifikraum nicht zufriedenstellend für alle Staaten der Region gelöst werden kann. Washington zeigt bisher leider keine Bereitschaft hierzu, ja



denkt nicht einmal an ein ernsthaftes Gespräch zur pazifischen Thematik. Und wenn dieses Thema schon angeschnitten wird, so wird es auf die gewohnte Bahn einer „sowjetischen Bedrohung“ und des Säbelrasselns zur Erhärtung dieses Mythos geleitet.

Unsere Einstellung zu den Beziehungen mit den USA ist bekannt. Wir sind für friedliche, gutnachbarliche, gleichberechtigte Beziehungen, für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit, für die übrigens große Möglichkeiten auch im Fernen Osten, im Pazifikraum gegeben sind.

Nun, wenn wir schon auf die USA zu sprechen gekommen sind, werde ich ein paar Worte über das sagen, was heute in unseren Beziehungen am wichtigsten ist – über die Einstellung des Wettrüstens. Nach dem Genfer Treffen hat die Sowjetunion zahlreiche weitgehende Vorschläge zur gesamten Problematik der Reduzierung und Beseitigung der Rüstungen und der Kontrolle über diesen Prozeß eingebracht. Ein Entgegenkommen sahen wir nicht. Man hat uns im Grunde genommen dasselbe angeboten wie vor Genf. (...)

Alle Mittelstreckenraketen liquidieren

Wir bekommen oft aus dem Ausland verschiedene Erfindungen über die Aufstockung der Militärmacht durch die Sowjetunion im Osten des Landes zu hören. Mit allem Nachdruck erkläre ich:

Wir tun nichts und werden nichts über das hinaus tun, was dem minimalen Bedarf unserer Verteidigung und des Schutzes unserer Freunde und Verbündeten entspricht, insbesondere im Hinblick auf die amerikanischen militärischen Aktivitäten in der Nähe unserer und ihrer Grenzen.

Das trifft voll und ganz auch für die Mittelstreckenraketen zu. Wer keinen Abbau der Spannungen in der Welt will, erklärt weiterhin, daß wir unsere SS-20-Raketen vom Westen in den Osten und vom Osten in den Westen verlegen könnten.

Deshalb erinnere ich ein weiteres Mal an unseren Vorschlag, die amerikanischen und die sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa zu liquidieren, eben zu liquidieren und nicht irgendwohin zu verlegen. Es ist klar, daß dies

auch den Interessen der Länder Asiens dienen muß.

Ich möchte auch sagen: Die Sowjetunion ist ein überzeugter Anhänger der Auflösung der militärischen Gruppierungen, des Verzichtes auf fremde Stützpunkte in Asien und im Pazifikraum und des Abzugs der Truppen von fremden Territorien.

Die UdSSR ist Mitglied des Warschauer Vertrages. Doch das ist ein Verteidigungsbündnis in Europa, das genau in einem vertraglich geographischen Rahmen operiert. Unsererseits wenden wir uns entschieden gegen die Versuche der USA, die „Kompetenz“ der NATO auf die ganze Welt, Asien und den Pazifikraum eingeschlossen, auszuweiten. (...)

Nachdem der Plan einer „Pazifischen Gemeinschaft“ abgelehnt worden ist, wird die Idee einer „Pazifischen ökonomischen Zusammenarbeit“ diskutiert. Wir haben sie vorurteilslos aufgenommen und sind bereit, uns den Vorstellungen von möglichen Grundlagen einer solchen Zusammenarbeit anzuschließen, vorausgesetzt, daß sie nicht nach einem von jemandem aufgezwungenen antisozialistischen Blockschema konzipiert, sondern Ergebnis einer freien Diskussion ohne jegliche Diskriminierung ist. Eine gute Grundlage für solche Diskussionen könnten die Ergebnisse der schon recht umfangreichen wissenschaftlichen und politischen Forschung zur Frage der Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und der Erfahrungen der Integration in West und Ost sein.

Konferenz à la Helsinki

Als Ziel – wenn auch nicht als Nahziel – würden wir nach dem Muster der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom Jahr 1975; d. Red.) eine pazifische Konferenz zur Teilnahme aller Anrainer vorschlagen. Wenn es gelingt, ihre Einberufung zu vereinbaren, kann man sich dann auch über ihren Austragungsort einigen. Eine Variante ist Hiroshima. Warum sollte diese Stadt – das erste Opfer der Atomgeißel – nicht zu einer Art „Helsinki“ Asiens und des Pazifikraums werden?

Zusammenfassend möchte ich erneut unterstreichen, daß wir für die Aufnahme des asiatisch-pazifischen Raums in den allgemeinen Prozeß der Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit sind, von dem auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU die Rede war.

Wie stellen wir uns das konkret vor?

Erstens. Vor allem drängen sich Fragen einer regionalen Regelung auf. Über Afghanistan werde ich gesondert sprechen. Nun zu Südostasien und Kampuchea.

Das Khmer-Volk hat schreckliche Opfer gebracht. Dieses Land, seine Städte und Dörfer wurden mehrfach von den Amerikanern bombardiert. Es hat sich zu dem Recht durchgerungen, Freunde und Verbündete zu wählen. Und es ist nicht zulässig, es in seine tragische Vergangenheit zurückzuziehen, über das weitere Schicksal dieses Staates in fernen Metropolen oder gar in der UNO zu entscheiden.

Vieles hängt hier wie auch bei anderen Problemen Südasiens von der Normalisierung der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen ab. Das ist eine souveräne Angelegenheit der Regierungen, der Führungen beider Länder. Wir können lediglich unser Interesse daran zum Ausdruck bringen, daß die Grenze zwischen diesen sozialistischen Staaten erneut zu einer Grenze des Friedens und der guten Nachbarschaft wird und daß der kameradschaftliche Dialog wiederaufgenommen, daß unnötiges Mißtrauen und Argwohn aus der Welt geschafft werden. Es scheint, der Augenblick

dafür ist günstig, und schließlich ist ja auch ganz Asien daran interessiert.

Es gibt unserer Ansicht nach keine unüberwindlichen Hindernisse für die Herstellung gegenseitig annehmbarer Beziehungen zwischen den Ländern Indochinas und der ASEAN (Vereinigung Südostasiatischer Nationen; d. Red.). Bei gutem Willen und bei Nichteinmischung von außen könnten sie ihre Probleme im Interesse der gesamtasiatischen Sicherheit lösen. Es gibt eine Möglichkeit, nicht nur die gefährlichen Spannungen der Koreahalbinsel zu beseitigen, sondern auch auf dem Weg zur Lösung des nationalen Problems des ganzen koreanischen Volkes in Gang zu kommen. Wenn man von den wirklichen Interessen Koreas ausgeht, gibt es keine vernünftigen Gründe, dem ernsthaften Dialog auszuweichen, der von der KDVR (Koreanische Demokratische Volksrepublik; d. Red.) vorgeschlagen wird.

Zweitens. Wir sind dafür, der Verbreitung und Aufstockung von Kernwaffen in Asien und im Pazifikraum den Weg zu verbauen.

Bekanntlich hat sich die UdSSR verpflichtet, die Zahl der nuklearen Mittelstreckenraketen im asiatischen Teil nicht zu erhöhen. Die UdSSR unterstützt die Erklärung des Südpazifik zu einer kernwaffenfreien Zone und fordert alle Nuklearmächte auf, ihren Status einoder mehrseitig zu garantieren.

Ein bedeutender Beitrag hierzu wäre die Realisierung des Vorschlages der KDVR über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone auf der Koreahalbinsel. Die Idee der Schaffung einer solchen Zone in Südostasien hat die gebührende Aufmerksamkeit gefunden.

Drittens. Wir schlagen vor, in Verhandlungen über die Reduzierung der Aktivitäten der Kriegsflootten im Pazifik, vor allem der mit Kernwaffen bestückten Schiffe, zu treten. Der Festigung der Stabilität würde eine Einschränkung der Rivalität im Bereich der U-Boot-Abwehrwaffen dienen, so eine Vereinbarung, von den Aktivitäten zur U-Boot-Bekämpfung in bestimmten Gebieten des Pazifik abzusehen. Das könnte eine substantielle vertrauensbildende Maßnahme sein. Ich möchte überhaupt sagen: Wenn die USA auf Militärpräsenz, zum Beispiel auf den Philippinen, verzichten würden, blieben wir nichts schuldig.

Wir sind nach wie vor entschieden dafür, die Verhandlungen über die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Zone des Friedens wieder aufzunehmen.

Viertens. Die Sowjetunion mißt einer radikalen Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen in Asien bis zu einer vernünftig ausreichenden Grenze große Bedeutung bei.

Wir sind uns darüber im klaren, daß dieses Problem teilweise in Etappen gelöst werden muß, wobei man mit einem Gebiet – mit welchem auch immer –, so beispielsweise mit dem Fernen Osten beginnt. In diesem Zusammenhang ist die UdSSR bereit, mit der Volksrepublik China konkrete Schritte zu einer proportionalen Senkung des Niveaus der Landstreitkräfte zu erörtern.

Fünftens. Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß es schon längst an der Zeit ist, die Erörterung von vertrauensbildenden und Gewaltverzichtsmaßnahmen in der Region in praktische Bahnen zu lenken. Beginnen könnte man bei besonders einfachen, so den sicherheitsbildenden Maßnahmen für die Seewege im Pazifik sowie bei Maßnahmen zur Unterbindung des internationalen Terrorismus.

Eine Konferenz zur Erörterung und Ausarbeitung solcher Maßnahmen könnte in einer sowjetischen Küstenstadt abgehalten werden. (...)

(Quelle: Sowjetunion heute, Köln, Beilage Nr. 9, September 1986, S. I-VI, hier S. III-VI)

Günter Schucher

Vor der Aussöhnung China-UdSSR?

Die jüngste Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen hat bei Gegnern und Befürwortern dieser Entwicklung Diskussionen über deren Hintergründe und ihre möglichen Auswirkungen auf die weltpolitische Lage ausgelöst. G. Schucher untersucht einige Aspekte des Verhältnisses Chinas zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern. Er geht u.a. den Fragen nach: Von wem ging unter welchen Umständen die Normalisierung aus? Ist der Wiedereintritt der VR China ins sozialistische Lager zu erwarten? Auf weitere Aspekte der chinesischen Außenpolitik (Friedens- und Dritte-Welt-Politik) wird später eingegangen.

Im Oktober d.J. reiste der SED-Generalsekretär Erich Honecker auf Einladung des Generalsekretärs der KP Chinas Hu Yaobang zu einem offiziellen Besuch in die VR China.

Nach der Reise des polnischen Parteichefs Jaruzelski vom September d.J. war es die zweite Kontaktaufnahme auf höchster Ebene zwischen China und einem „blocktreuen Sowjet-Verbündeten“ (Der Spiegel) seit dem Bruch Chinas mit den sozialistischen Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe Anfang der 60er Jahre.

Vorboten am Drachenthron

Die Reise Honeckers nach Beijing kam nicht völlig überraschend. Bereits seit 1982 vollzog sich eine stetige Besserung der staatlichen Beziehungen, „deren Umfang und Tempo erstaunlich ist“.¹ Der eigentliche Knüller ist, daß dabei die lange auf Eis gelegten Parteibeziehungen wieder aufgenommen wurden.

Daran knüpft sich die weltpolitisch noch brisantere Frage: Agitierten Jaruzelski

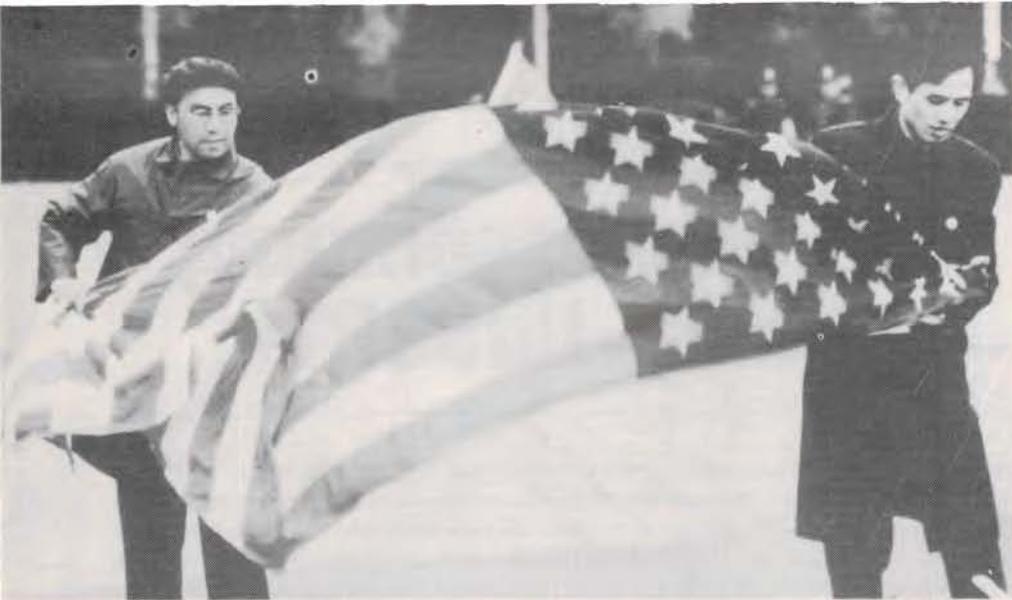
und Honecker „in einer Vorreiterrolle für Osteuropa“ (Frankfurter Rundschau) bzw. für die UdSSR? Falls ja, wird es ihnen gelingen, „für Gorbatschow die Tür nach China wieder aufzustoßen“? Denn der möchte auch gerne „am Drachenthron vorgelassen“ werden.²

Und „Gorbatschows Traum“ ist Reagans Trauma. „Im Westen wecken solche Kontaktaufnahmen regelmäßig Befürchtungen, die nur allzu begründet sind. Denn seit dem Ende der 60er Jahre stellt der Kalte Krieg zwischen Moskau und Peking im westlichen Kalkül eine Grundkonstante dar, deren Wegfall einschneidende Konsequenzen für die westliche Sicherheitspolitik haben würde, denkt man allein an die Tatsache, daß China einen erheblichen Teil des sowjetischen Militärpotentials bindet.“³

Diese Art „Sicherheitspolitik“ ist seit Beginn der 80er Jahre ernsthaft in Gefahr und erhielt am 28. Juli d.J. einen neuen Stoß. In seiner weltweit stark beachteten Rede in Wladiwostok hatte sich Gorbatschow „von ganzem Herzen“ für den weiteren Ausbau der Beziehungen

Nikita Chruschtschow (3. v. l.) und Deng Xiaoping (4. v. l.) – wird das Bündnis der fünfziger Jahre erneuert?





Wird das Sternenbanner bald eingeholt?

und der Zusammenarbeit mit der VR China ausgesprochen (siehe Kasten), und war damit in Beijing auf offene Ohren gestoßen.

Deng Xiaoping sprach von „neuen und positiven“ Elementen in der Rede von Wladiwostok und kündigte seine Bereitschaft an, Gorbatschow zu treffen.⁴

Zu den „neuen und positiven“ Elementen gehören sicherlich die Ankündigung von Truppenreduzierungen in Afghanistan und der Mongolei sowie die Bereitschaft, „mit der VR China konkrete Schritte zu einer proportionalen Senkung des Niveaus der Landstreitkräfte zu erörtern“. Denn damit sind zumindest zwei von drei Forderungen angesprochen, die China 1982 als Vorbedingung einer Normalisierung aufstellte: Verringerung der Militärpräsenz an den 7.000 km gemeinsamer Grenze, Rückzug aus Afghanistan und Verzicht auf die Unterstützung Vietnams. Als Bedingung für einen Sowjetunion-Besuch forderte Deng nun nur noch, Moskau solle Druck auf Vietnam ausüben.

Neue Akzente setzte Gorbatschow auch mit seinem Vorschlag zur Grenzziehung in der Mitte des Amur und dem Interesse für die chinesischen Reformen: „Je besser die Beziehungen sind, desto mehr können wir Erfahrungen austauschen.“ Sicherlich sind die Avancen aus Wladiwostok geprägt von der „ideologisch-gesellschaftlichen Herausforderung“ des Reformchina sowie der „sicherheitspolitischen Herausforderung“ eines sich nach Westen öffnenden China.⁵ Aber um einen beiderseitigen „Bruch mit der Vergangenheit“, einen „neuen Kurs“⁶ handelt es sich keineswegs.

Die Sowjetunion hat sich bereits in der Ära des Ost-West-Entspannungsprozesses (70er Jahre) für eine Normalisierung beider Staaten eingesetzt.

So schlug sie z.B. 1971 den Abschluß eines Gewaltverzichts und 1973 den eines Nichtangriffsvertrages vor. So ergriff sie 1976 sowie 1978 die Initiative, um eine Erklärung zu den Prinzipien der Be-

ziehungen zu verabschieden.

1972 erklärte sie sich zu Beziehungen der friedlichen Koexistenz bereit, obwohl es sich hierbei eigentlich nach ihrem Selbstverständnis um Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung handelt. Ihr Interesse an einer Normalisierung bekundeten sowohl Breshnew (z.B. 1982 in Taschkent und Baku) als auch seine Nachfolger.

Es war die chinesische Führung, die diese Angebote meist überhörte. Und der offensichtliche Meinungswechsel in Beijing ist denn auch das eigentlich Beunruhigende für die westlichen Strategen. „Keine Illusion mehr über die 'China-Karte'“ berichtete die FAZ schon 1982 aus Washington.⁷

„China-Karte“ passé?

Bis dahin galt diese Karte als Trumpf. Vermutungen sowjetischerseits, die Schaffung einer asiatischen NATO stehe vor der Tür, schienen angesichts der Entwicklung der chinesisch-amerikanisch-japanischen Beziehungen nicht ganz unbegründet.

Als im Frühjahr 1972 Nixon die Hand zum Bündnis reichte und im Shanghaier-Kommuniqué die Anti-Hegemonie-Klausel verankert wurde, die sich allein gegen die UdSSR richtete, da hatte die chinesische Führung endgültig alle klassenmäßigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkte für die Analyse der internationalen Beziehungen aufgegeben. Diese wurden nur noch geopolitisch beurteilt, d.h. die Welt wurde je nach nationalistischer Interessenlage in Machtzentren aufgelöst.

Nach machtpolitischen (groß-klein) und Kriterien der Nutzbarkeit wurden die Wege bestimmt, den Wirkungsgrad chinesischer Außenpolitik zu erhöhen. Um China zu einem politischen Zentrum zu entwickeln, „das zwischen den beiden sozialen Systemen agieren konnte, wurden alle Prinzipien bei der Suche nach

erfolgsversprechender Strategie und Taktik über Bord geworfen und das Vormachtstreben mit „Anti-Hegemonismus“ verschleiert.

Mit der Formulierung der „Drei-Welten-Theorie“, die kein anderer als Deng Xiaoping 1974 vor der UNO vortrug, wurde auch in der Theorie die notwendige Anpassung an die neue Lage vollzogen.

Die Existenz des sozialistischen Lagers wurde für beendet erklärt, die Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern (zweite Welt) abgesegnet. Als neuer Hauptwiderspruch wurde der zwischen Erster und Zweiter/Dritter Welt proklamiert. Dabei wurde gegen den Hauptgegner UdSSR ein zeitlich begrenztes Zweckbündnis mit den USA eingegangen. Dieses schien sich Ende der 70er Jahre durch immer engere ökonomische und politische Zusammenarbeit zu festigen und trug zur Destabilisierung der internationalen Lage nicht unerheblich bei:

- Im September 1977 fordert Deng die USA, Japan, Westeuropa und die Dritte Welt zur „antihegemonistischen Einheitsfront“ gegen die UdSSR auf.

- Sowjetische Initiativen zur Normalisierung im Februar/März 1978 werden zurückgewiesen, der Freundschaftsvertrag von 1949 gekündigt und auf Reisen nach Rumänien, Jugoslawien und Korea ein erneuter Spaltungsversuch des sozialistischen Lagers unternommen.

- Am 1.1.1979 werden diplomatische Beziehungen zu den USA aufgenommen und auf seiner USA-Reise Ende Januar fordert Deng erneut die Einheitsfront.

- Am 17. Februar 1979 fallen chinesische Truppen in Vietnam ein.

Wie war es da möglich, daß sich noch im selben Jahr chinesische und sowjetische Unterhändler zu „Normalisierungsgesprächen“ trafen? Dieser Schritt kam überraschend. Die weitreichenden Folgen für die Außenpolitik Washingtons werden bis heute immer wieder neu von US-Sinologen und Politikern untersucht, um die „China-Karte“ nicht ganz aus der Hand zu verlieren.

Zwei nicht uninteressante Analyseansätze seien genannt.

Schaffung des „dritten Zentrums“

M. Mancall hielt 1984 dem Westen vor, das Denken in „Blöcken“ (Abwendung von der UdSSR = Hinwendung zu den USA) bedeute ein völliges Mißverstehen chinesischer Politik.⁸

Bei der Trennung von der Sowjetunion handele es sich vielmehr um einen Prozeß, bei dem China seinen eigenen Status in der Welt, den es im 19. Jahrhundert eingebüßt hatte, wiederbehaupten wolle. Teil dieses Prozesses sei die Neudefinieren

rung der Welt vom Standpunkt eines unabhängigen Staates aus – frei in der Wahl der Bündnispartner.

Zwei grundlegende Widersprüche, der zwischen China und den Supermächten und der zwischen den Supermächten, bestimmten die konzeptionelle Konstruktion. Der zweite sei der bedeutendere, der erste ihm untergeordnet; er kann sich erst über den zweiten erheben, wenn die eine die andere Supermacht zerstört hat oder beide erschöpft sind und China an dem Punkt angekommen ist, wo es die Konsequenzen der Rivalität USA-UdSSR kontrollieren kann.

Darauf muß sich China vorbereiten, ohne die beiden Mächte zum Bündnis gegen China zu reizen: durch die wirtschaftliche und militärische Stärkung im Rahmen des Programms der vier Modernisierungen, durch die Ausnutzung der einen oder anderen Seite zur Kapitalakkumulation und die Ausweitung der Beziehungen zur Welt.

Ziel der Außenpolitik bleibt demnach die Schaffung eines unabhängigen „dritten“ Zentrums. Mancalls These kann damit die großen Schwenks erklären, z.B. von einer auf Schürung der Spannungen ausgerichteten Politik hin zur Modernisierungspolitik, die eine stabile und friedliche Umwelt erforderlich macht. Hier setzt Robert G. Sutter an bei seiner Analyse der Determinanten chinesischer „Unabhängigkeitspolitik“.⁹

Die Förderung einer erfolgreichen Modernisierung hat danach zwar die erste Priorität erlangt. Zugleich aber gibt es auch weiterhin nationalistische und ideologische Ziele (Wiedervereinigung mit Taiwan, führende Kraft in der Dritten Welt), die zum Teil in Widerspruch zu den Stabilitätsinteressen geraten können.

So galt 15 Jahre lang die UdSSR als direkte Bedrohung grundlegender Interessen (Einkreisungstrauma). China antwortete bilateral (militärische Vorbereitung) und global (antihegemonistische Einheitsfront), letzteres vor allem, als die USA im Rahmen ihrer neuen Chinapolitik als Partner attraktiv wurden. Aber die Sicherheitsinteressen gerieten nun in Konflikt zu den übrigen Zielen. Speziell die amerikanische Taiwanpolitik gilt als ständiger Affront der nationalen Souveränität.

In dem Maße, wie die strategische Umwelt und die Lage im Innern sich in chinesischen Augen stabilisierten, konnten die nationalistischen Ziele jedoch wieder in die internationale Politik eingebracht werden.

Betrachten wir unter diesen Aspekten die Anzeichen sowjetisch-chinesischer Wiederannäherung 1979 und die endgültige Ingangsetzung des Normalisierungsprozesses 1982 (dieser Prozeß erfuhr 1983/84 einen zeitweiligen Rückschlag,

Außenhandelsvolumen 1985

(US- $\text{\$}$; in Klammern Vergleich zum Vorjahr)

Japan	16,4 Mrd	(+ 30,2%)
Hongkong	9,6 Mrd	
EG (inkl. BRD)	7,43 Mrd	(+ 34 %)
USA	6,4 Mrd	(+ 7,6%)
BRD	über 3 Mrd	(+ 38,3%)
UdSSR	1,9 Mrd	(+ 64 %)
DDR, Ungarn, Polen, CSSR, Bulgarien	1,54 Mrd	

Zwar sind die Zuwachsraten im Handel mit der UdSSR die größten und bis 1990 ist eine Verdoppelung geplant, aber noch rangieren die kapitalistischen Staaten weit vorn.

(Quellen: China aktuell, Nr. 5/1985, S. 282, 272a; Nr. 1/1986, S. 16 und ebenda, Nr. 6/1986, S. 356f.)

setzte sich aber 1985/86 verstärkt fort). Was kann Anlaß gewesen sein, daß China den Revisionismusvorwurf fallen ließ (die UdSSR blieb aufgrund ihrer Außenpolitik noch „sozialimperialistisch“) und sich mit der UdSSR wieder an einen Tisch setzte?

„Wenn wir den Eisbären wirklich an die Kandare nehmen wollen, ist es für uns das einzig Realistische, uns zu vereinigen...“, erklärte Deng im Januar 1979 in den USA.¹⁰

Dort wollte er sich Rückendeckung holen für die kurze Zeit später erfolgende „Strafaktion“ für Vietnam. Aber die Regierung Carter war weder zur gemeinsamen globalstrategischen Planung noch zur vollen Deckung des Einmarsches bereit (Rückzugsforderung). Zugleich wurde die Schwäche der chinesischen Streitkräfte schlagartig deutlich – und das, wo China ernsthaft mit sowjetischen Ent-

lastungsvorstößen an der Nordgrenze rechnete.

Auch in der Taiwanfrage konnte sich China keine Vorteile erhandeln (am 13.3.1979 wurde in den USA das „Gesetz über die Beziehungen zu Taiwan“ verabschiedet). Für Verständigung mit der Sowjetunion sprach weiter, daß die Reformbeschlüsse vom Dezember 1978 die Schaffung günstiger außenpolitischer Rahmenbedingungen geboten erscheinen ließen, und darüber hinaus Vorwürfe an die UdSSR wie „Revisionismus“ oder „Rückkehr zum Kapitalismus“ hinfällig machten.

Zwar unterbrachen die Ereignisse in Afghanistan (1979/80) den Entspannungsprozeß. Aber im Herbst 1982 wurde der Gesprächsfaden wieder aufgenommen und bis heute weitersponnen.

Zunächst geschah dies in (von Breshnew vorgeschlagenen) „kleinen Schritten“. Nun schreitet die Normalisierung in immer größeren Schritten auf fast allen Gebieten (wirtschaftlich, kulturell, sportlich, diplomatisch, wissenschaftlich) voran.

Nur auf politischem Gebiet, speziell was die Parteibeziehungen angeht, blieb der Durchbruch vorerst aus. Seit dem 14.3.1985 gilt die UdSSR wieder als „sozialistisches Land“, aber weitergehende Schritte lehnt China unter Hinweis auf die „drei Hindernisse“ ab.

Offiziell verankert wurde die neue Linie auf dem XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) 1982: Unabhängig von den USA und der UdSSR, Kampf gegen Imperialismus, Hegemonis-

Die Modernisierung der in den fünfziger Jahren von der UdSSR gebauten Betriebe ist ein Feld der zukünftigen Zusammenarbeit



WECHSELWIRKUNG

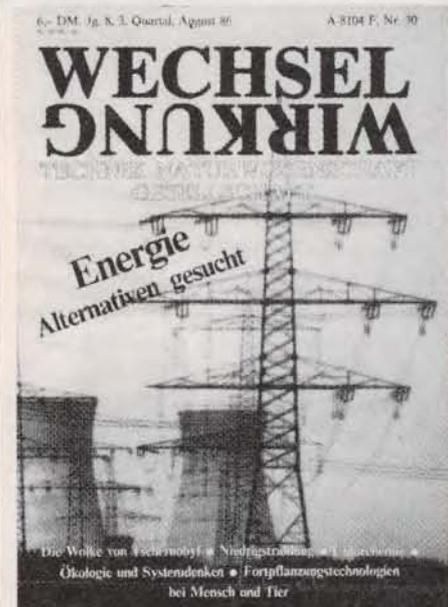
Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.



Nr. 30, August 1986

Schwerpunkt:

Energie — Alternativen gesucht: Die Wolke von Tschernobyl — Versuch einer Bilanz * Niederstrahlung * Solarenergie — Abschied von einem teuren Traum? * PROALCOOL: Biotreibstoff als Ausstieg? *

Weitere Themen:

Grundstoff Giftgas: Die mittelbaren Risiken der Elektroenergie * Ökologie und Systemdenken * Das Manhattan-Projekt der Reproduktionstechnik * Zuchtziel: Milch — Wohin führen Gentechniken bei Rindern? * Erbsubstanz in der Rasterfahndung *

Bitte Probeheft für DM 2,— in Briefmarken anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

DM 6,— Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 24,— Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten) erscheint vierteljährlich

mus und Kolonialismus, Krieg ist unvermeidbar, Herstellung von Beziehungen zu kommunistischen Parteien und sozialistischen Ländern, Entspannung mit der UdSSR.

Einer der Gründe für die Formulierung der neuen Linien waren sicherlich die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis nach Beginn der außenpolitischen Offensive unter Ronald Reagan.

Bis dahin galt(en) die UdSSR als stark und offensiv, die USA als schwach und defensiv. Reagan stellte nun in chinesischen Augen das „Gleichgewicht“ wieder her.¹¹ Eine antihegemonistische Einheitsfront war nicht länger notwendig, China selbst erhielt relativen Spielraum für Forderungen an die USA.

Positiv für den Weltfrieden

Diese wurden umso nachhaltiger vorgebracht, als der militante Antikommunist Reagan auch China mißtraute und lieber auf die reaktionäre Taiwan-Lobby hörte.¹² China mußte außerdem Unabhängigkeit von den USA zeigen, wenn es sich seine Position in der Dritten Welt sichern wollte.

Weitere Gründe mögen gewesen sein: eine zeitweilige Schwächung der prowestlichen Kräfte aufgrund wirtschaftlicher Probleme, eine vorläufige Reduzierung der Technologieimporte und damit mehr Distanz zum Westen sowie die Erkenntnis, daß auch die UdSSR zur Modernisierung beitragen könne.

Die Einschätzung der internationalen Lage hatte also ergeben, daß der nötige Manövrierraum für eine unabhängige Außenpolitik vorhanden war, die angesichts der wirtschaftlichen Probleme für erforderlich gehalten wurde. Durch Ermütigung zu regionalen Zusammenschlüssen in der Zweiten und Dritten Welt (z.B. EG) versucht China außerdem, den Trend zur Multipolarität des internationalen Systems zu fördern und somit die „Erste Welt“ der Supermächte zu schwächen.

Von daher läßt sich die Frage, ob sich die VR China wieder ins sozialistische Lager einfügen wird, vorläufig klar mit „Nein“ beantworten. Noch kann auch von „Äquidistanz“ zu den Supermächten keine Rede sein; die Beziehungen zu den USA sind nach wie vor intensiver, zumal sie als Kapitalgeber und technologisch interessanter erscheinen.¹³

Ferner geht die KPCh in ihrer weltpolitischen Analyse, wie aus der Studie „China im Jahre 2000“ hervorgeht, auch weiterhin von der „Drei-Welten-Theorie“ aus — mit allen sich daraus ergebenden Fehleinschätzungen: „Krisengebiete“ entstehen durch Rivalität der Supermächte; die UdSSR ist expansiv, bedroht

Westeuropa militärisch und will durch Friedensvorschläge einen Keil zwischen Europa und die USA treiben; die UdSSR behindert die Entspannung zwischen West- und Osteuropa; Westeuropa ist eine Kraft des Friedens.¹⁴

Bei aller Kritik muß jedoch abschließend betont werden, daß die Kursnahme auf „Unabhängigkeit“ zu einem Zeitpunkt, als Reagan daranging, den Krieg gegen die UdSSR machbarer zu machen, positive Auswirkungen auf den Weltfrieden hatte.

Dies gilt erst recht für die neue Haltung zu Frieden und Abrüstung (gegen Atomtests, Weltraumrüstung usw.; d. Red.) selbst. Daß die ambitionösen innenpolitischen Ziele die Erhaltung des Friedens geradezu unverzichtbar machen, verleiht der chinesischen Außenpolitik eine relative Stabilität.

Verbunden mit dem ebenfalls in der Ökonomie wurzelndem Pragmatismus war damit nach der Öffnung die Weiterentwicklung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern nur eine Frage der Zeit. Hier liegen noch manche Reserven brach, wie beide Seiten feststellten.¹⁵

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28.8.1986
- 2) Der Spiegel, 1.9.1986
- 3) D. Heinzig, Sowjetisch-chinesische Beziehungen in den 70er und 80er Jahren: Vom Kalten Krieg zur begrenzten Entspannung, Berichte des BIOiS 44-1984, S.1; Die Welt, 6.8.1986
- 4) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 4.9.1986
- 5) D. Heinzig, China als regionale und globale Herausforderung der Sowjetunion, Berichte des BIOiS 19-1986
- 6) FEER, 14.8.1986
- 7) FAZ, 24.11.1982
- 8) Siehe: M. Mancall, China at the center. 300 years of foreign policy, New York/London 1984, S. 400-497
- 9) Siehe: R.G. Sutter, Realities of International Power and China's 'Independence', in: Foreign Affairs, 1981-1984, Journal of North East Asian Studies Nr. 4/1984, S. 3-28
- 10) Time, New York, 24.1.1979, nach Heinzig, Die Ursprünge der sowjetisch-chinesischen Entspannung. Eine Neubewertung, Berichte des BIOiS 2-1986, S. 12f.
- 11) „Die Leistungen der Reagan-Regierung sind in dem bedeutendem Wandel abzulesen, der in der globalen Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR in den letzten vier Jahren stattgefunden hat. Während früher die Sowjetunion in der Offensive und die USA in der Defensive waren, befinden sich jetzt beide in einer strategischen Pattsituation.“ Beijing Rundschau (BR), Nr. 24/1985, S.21
- 12) BR, Nr. 41/1985, S. 20ff.
- 13) Die „Äquidistanz“ wird auch von der VR China selbst als Prinzip der Außenpolitik abgelehnt, China Daily, 19.3.1986
- 14) BR, Nr. 1/1986, S. 14ff. und Nr. 31/1986, S. 13ff.
- 15) Vgl. BR, Nr. 4/1986, S.4. Noch immer sind 70% der chinesischen Industrie mit sowjetischer Technologie bestückt. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 24.7.1985

Ulrich Rupp

Panchayat unter Druck



Polizeieinsatz in Katmandu

Hierzulande ist Nepal meist nur wegen des Rauschgifttourismus oder als das Land der Aichtausender bekannt, die der Bergsteiger Reinhold Messner einen nach dem anderen erklimmt.

Und doch trugen sich noch andere bemerkenswerte Dinge zu. Bei den Wahlen zum National-Panchayat im Mai d.J. konnten oppositionelle Kandidaten nämlich mehr als die Hälfte der 112 Mandate erringen. Weitere 28 Mandate wurden durch den König selbst vergeben.

Wahlschlappe der Monarchie

Zusammen mit der insgesamt geringen Wahlbeteiligung von 60% bedeutet der Wahlausgang eine Niederlage für die Monarchie und eine entschiedene Absage an das die Monarchie stützende Panchayat-System (siehe Kasten).

Es war in der Vergangenheit dafür verantwortlich, daß Nepal in wirtschaftlicher und sozialer Rückständigkeit verharrte und trug zur Verelendung breiter Volksschichten bei. Denn letztendlich wurden jene meist den obersten Kasten angehörenden Teile der Gesellschaft auserlesen, denen grundlegende Veränderungen nicht opportun erschienen.

Zum einen waren dies die Angehörigen der Feudalaristokratie. 6% der Bauern in Nepal gehören 44% des Landes, dagegen müssen sich 55% der Bauern mit nur 12% des Bodens bescheiden. Diejenigen, die kein eigenes Land besitzen, pachten es

vom Grundherrn, wofür sie bis zu 75% ihrer Ernte abzuführen haben.

Der den Pächtern verbleibende Teil der Ernte reicht kaum für den Unterhalt der Familie, weswegen in den Haushalten Heimindustrie zur Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte weit verbreitet ist. Auch verdingen sich Familienangehörige als Hausdiener und Kulis, um das Einkommen aufzubessern. In Westnepal haben beispielsweise 60% der Haushalte ein solches Nebeneinkommen.

Viele Betriebe sind derart verschuldet, daß sie aus Unfähigkeit die Schulden zurückzahlen, von den Kleinbauern und Pächtern aufgegeben werden müssen und an den Grundherrn fallen.

Die einen wandern in die Städte ab, wo sie das Heer der Arbeitslosen vergrößern und sich ab und zu bei den durchreisenden Expeditionen verdingen. Die anderen siedeln in die Terai-Region um, wo sie den Urwald roden und versuchen, sich eine neue Existenz aufzubauen.

Bis zur Jahrtausendwende dürfte der Wald – wie schon im Hochgebirge – abgeholzt sein. Die durch Monsunregen und Klima fortschreitende Erosion und Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzfläche würde in diesem Fall dramatisch zunehmen.

Ausdruck der Besitz- und Wirtschaftsverhältnisse auf dem Land ist auch das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen von 170 US-Dollar, mit dem 40% der

Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben.¹ Die zweite Gruppe, die vom Panchayat-System profitierte, war die mit Indien verbundene Handelsbourgeoisie. Sie zog in großem Stil Nutzen aus der offenen Grenze zu Indien, über die legal oder illegal die landwirtschaftlichen Überschüsse aus der Terai-Region nach Indien verbracht wurden, anstatt mit ihnen Nahrungsmitteldefizite in den Bergregionen auszugleichen.

Dies verschärfte die Nahrungsmittelknappheit, da die Nahrungsmittelproduktion mit dem Bevölkerungszuwachs (2,6%) nicht mehr Schritt hielt. Im Gegenzug importierte die Handelsbourgeoisie billig indische Waren, wodurch große Teile des Handwerks in Nepal zur Geschäftsaufgabe gezwungen waren.

Die Profite von Feudalaristokratie und Handelsbourgeoisie flossen in den seltensten Fällen in produktive Bereiche der Wirtschaft. Vielmehr wurden sie im Dienstleistungsgewerbe und vor allem im Tourismussektor sowie im Hausbau für zahlungskräftige ausländische Mieter angelegt.

Diese Politik führte dazu, daß sich, abgesehen von einigen größeren Staatsbetrieben, die sich unter Kontrolle der Königsfamilie befinden, der Aufbau einer Industrie und damit die Herausbildung einer nationalen Bourgeoisie und Arbeiterklasse nur in einem kaum nennenswerten Maße hat vollziehen können. In den 50 Staatsbetrieben arbeiten gerade 0,4% der Beschäftigten, weitere 0,6% finden bei Privatfirmen ihr Auskommen.

Erschwerend für den Aufbau einer Industrie war zudem, daß durch das extrem niedrige Bildungsniveau kaum qualifizierte Arbeiter aus Nepal selbst rekrutiert werden konnten. Lediglich 1% der in der Industrie Beschäftigten sind hochqualifiziert. So wurde der Bedarf an Arbeitskräften weitgehend durch indische Immigranten und Zeitarbeiter gedeckt, was die Konzentration der meisten Firmen in der Terai-Region in Nachbarschaft der indischen Grenze anzeigt.²

„Entwicklungshelfer“ Indien

Eine weitere wichtige Stütze der Monarchie wurde die Auslandshilfe.

In dem Maße, wie Feudalaristokratie und Handelsbourgeoisie ihre Profite in unproduktiven Wirtschaftszweigen anlegten, mußte der Staat eingreifen, sollte die soziale Verelendung nicht noch weiter fortschreiten.

Da seine Steuereinnahmen aber weit hinter den Entwicklungsausgaben (Bewässerung, Kreditbereitstellung, Lagerhaltung und Entwicklung von Infrastruktur) zurückblieben und man die Steuern nicht weiter erhöhen wollte (wegen der schon hohen steuerlichen Belastung der

Kleinbauern und der Weigerung der Grundherren, erhöhte Grundsteuern zu zahlen bzw. wegen ihrer Steuerhinterziehung), mußten die ständig wachsenden Etatdefizite durch Auslandsgelder finanziert werden. 60% der staatlichen Ausgaben und 90% der Entwicklungsausgaben stammen aus dem Ausland.

Daß mit den Auslandsgeldern die geplanten Entwicklungsinvestitionen nur zum Teil erfolgreich abgeschlossen wurden, verweist darauf, daß ein erheblicher Teil der Auslandsgelder zur persönlichen Bereicherung der Oberschicht verwandt wurde.

Im gleichen Maße wie die Auslandshilfe anstieg, wuchs auch die Auslandsverschuldung. Zwischen 1970 und 1982 erhöhte sie sich von 450 Mio Nepalesischen Rupien (NR) auf 2,5 Mrd NR. 10% der Deviseneinkünfte müssen für den Schuldendienst eingeplant werden.³

Eine vierte wichtige Stütze der Monarchie ist ein 45.000 Mann starker, gut ausgebildeter und hoch besoldeter Militär- und Polizeiapparat. Auf der Grundlage von Gesetzen, die jede gewerkschaftliche und politische Tätigkeit verbieten, wird er tätig.

Im Anschluß an einen Streik von 60.000 Lehrern für höhere Gehälter und gewerkschaftliche Rechte wurden im Mai/Juni

1985 7.000 Menschen verhaftet.

Sie hatten sich an einer von der Nepalesischen Kongreßpartei (NCP) und der Einheitsfront Nepals, der verschiedene Linksparteien unter Einschluß der Kommunistischen Partei Nepals angehören, eingeleiteten Kampagne des zivilen Ungehorsams beteiligt.

Ihr erklärtes Ziel: Wiederherstellung der Demokratie und Einführung eines Mehrparteiensystems. Innerhalb eines Monats waren 300.000 Unterschriften unter eine entsprechende Petition gesammelt worden.

Sicherheitsgesetze ermächtigten die Regierung, die Verhafteten bis zu neun Monaten gefangen zu halten, ohne daß ein Verfahren eingeleitet werden mußte. Nach den Bombenanschlägen vom Juni 1985 gegen Symbole der Monarchie, die von der Gruppe Janwadi Morcha (Forum des Volkes) unter Führung von Ram Raja Prasad Singh begangen wurden, erließ die Regierung ein Gesetz, das rückwirkend gilt und die Todesstrafe für „subversive Aktivitäten“ gegen die Regierung oder das Volk vorsieht. Die Befürworter der Kampagne des zivilen Ungehorsams distanzieren sich von den Anschlägen und brachen ihre Aktionen vorübergehend ab. Die auf die Bombenanschläge folgende Repression stellte zweifellos ei-

nen Rückschlag für die NCP und die sie unterstützenden Gruppen dar.

Daß sie sich jedoch rasch davon erholen konnten, beweist nicht zuletzt der Wahlerfolg vom Mai 1986. Wegen der beschränkten Befugnisse des Parlaments ist der Wahlerfolg allerdings ein mehr symbolischer Sieg.

Um die absolute Monarchie stürzen und eine Neuorientierung in Politik und Gesellschaft herbeiführen zu können, bedarf es einer Verbreiterung der Oppositionsfront, die sich im Augenblick mehrheitlich noch aus Teilen der Intelligenz und der Kleinbourgeoisie zusammensetzt. Und es bedarf einer Einbeziehung auch der Landbevölkerung, die bislang von der Protestbewegung weitgehend ausgespart blieb.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Inside Asia, London, September/Oktober 1985, S. 35-38 und Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA), Nepal, Wirtschaftliche Entwicklung 1984/85, Köln 1985, S.2
- 2) Vgl. Inside Asia, a.a.O.; Central Bureau of Statistics: Statistical Pocket Book, Kathmandu 1982, S.90; zit. nach: Narayan Khadka, the public and the private sectors controversy in the Nepalese economy in: Asien, Juli 1985, S. 60/61 und S. 63
- 3) Vgl. Inside Asia, a.a.O.; BfA, S.12; The Guardian, London, 2.3.1984



Territorium: 140.797 qkm (3/5 der Fläche der BRD)

Staatsform: Konstitutionelle Monarchie

Bevölkerung: 16,8 Mio (1986)

Hauptstadt: Katmandu (350.000 Einwohner)

Sprache: Nepali, Stammesdialekte

Religion: 89% Hindus, 5% Buddhisten, muslimische und christliche Minderheiten

Währung: Nepalesische Rupie (NR); 1 NR = 0,11 DM (Stand März 1986)

Wirtschaft: Schwachentwickeltes Agrarland mit weitgehender Subsistenzwirtschaft, das der Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer (LDCs), bei einem Prokopf-Einkommen von 170 \$, angehört.

90% der Beschäftigten sind in der Land-, Vieh- und Forstwirtschaft tätig. Sie trägt mit 55% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und mit 50% zum Export bei.

8% der Beschäftigten arbeiten in Handel, Dienstleistungs- und Finanzsektor, deren Anteil am BIP 28% beträgt. 1% der Beschäftigten arbeiten in der Industrie und Bauwirtschaft, welche einen Anteil von 13% am BIP ausmachen.

Haupthandelspartner: Indien (50% der Importe und 60% der Exporte), BRD, Japan. Nahezu 90% der Exportgüter entfallen auf Rohleder, Häute, Juteerzeugnisse und Teppiche.

Soziale Lage: Die Lebenserwartung beträgt 45,5 Jahre. Auf 25.000 Einwohner entfällt ein Arzt. Lepra und Tuberkulose sind verbreitet. 35 von 1.000 Kindern sterben vor Vollendung des 5. Lebensjahres. 80% der Bevölkerung sind Analphabeten.

Geschichte:

- 230 erste urkundliche Erwähnung
- 1768 Eroberung durch die Gurkhas
- 1816 Schutzvertrag mit Großbritannien
- 1846-1951 Familiendiktatur der Ranas, die den Ministerpräsidenten stellen
- 1955-72 König Mahendra
- 1959 Sieg der Kongreßpartei (NCP)
- 1960 Auflösung des Parlaments
- 1962 Erlaß der Panchayat-Verfassung
- 1972 Amtsantritt König Birendras
- 1980 Gefälschtes Referendum über Panchayat-Verfassung

Das Panchayat-System

Die Panchayat-Verfassung wurde 1962 durch König Mahendra verkündet. Vorausgegangen war 1959 ein Wahlsieg der Nepalesischen Kongreßpartei, die 2/3 der Mandate errang. Schon 18 Monate später, im Dezember 1960, löste König Mahendra das Parlament auf, verbot alle Parteien und begründete eine absolute Monarchie.

Im Rahmen der Panchayat-Verfassung wurden zunächst nur die Dorfpanchayate direkt gewählt. Die Kandidaten müssen einer der anerkannten Organisationen der Jugend, Bauern, ehemaligen Soldaten, Frauen, Pensionäre und Arbeiter angehören sowie beider, ihre Tätigkeit nicht gegen die Monarchie richten zu wollen.

Die nächsthöheren Ebenen Bezirkspanchayat und Nationalpanchayat wurden durch Delegierung aus der jeweils unteren Ebene gebildet. Wegen ihrer Lese- und Schreib-

unkundigkeit sowie Zugehörigkeit zu niedrigen Kasten blieben die Volksmassen von innenpolitischen Entscheidungen ausgeschlossen. Einflußreiche Vertreter der Feudalaristokratie setzten sich durch.

Nach Unruhen wurde eine reformierte Panchayat-Verfassung vorgelegt. Bei einem Referendum im Jahre 1980 über die Annahme der neuen Verfassung oder die Einführung eines Mehrparteiensystems kam es zu massiven Fälschungen zugunsten des Panchayats. Nunmehr werden 112 Mitglieder des Nationalpanchayats direkt gewählt. Weitere 28 sollten durch den König ernannt werden. Auch nach der reformierten Fassung blieben dem Monarchen weitgehende Befugnisse. Er ernennet den Ministerpräsidenten und kann gegen vom Parlament verabschiedete Gesetze sein Veto einlegen. Für die Exekutive ist er allein verantwortlich.

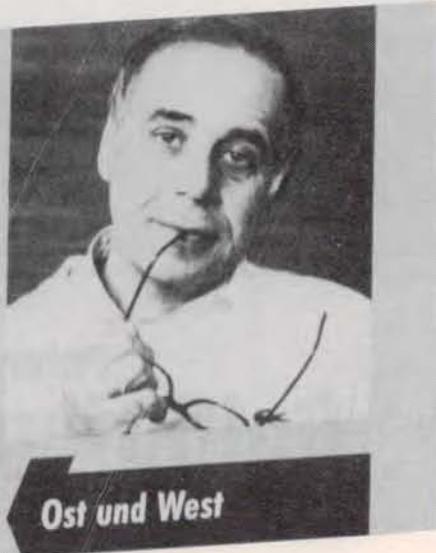
Aus Protest gegen die reformierte Verfassung boykottierten die Oppositionsparteien die Wahl im Jahr 1982.



König Birendra

Dialog von Juri N. Popow und Jean Ziegler Weltordnung – von der UdSSR reproduziert? (II)

Ein Dialog zwischen



Ost und West

Ein selten ausgedehntes Streitgespräch zwischen Jean Ziegler und Juri N. Popow erschien dieser Tage unter dem Titel „Ändere die Welt: Sie braucht es! Ein Dialog zwischen Ost und West“ (231 S., 14,80 DM) im Kölner Pahl-Rugenstein Verlag. Der Genfer Soziologieprofessor J. Ziegler ist Führungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und deren Repräsentant im Büro der Sozialistischen Internationale. Der Moskauer Ökonomieprofessor J. Popow gehört der Akademie der Wissenschaften der UdSSR an.

J. POPOW: Bleiben wir bei Ihrer berühmten „Universalität der Weltordnung“, bei Ihrer „Synchronie“.

Die Auslandsschulden der 122 Länder der Dritten Welt überschreiten heute 900 Milliarden Dollar. Und wer sind die Gläubiger? Die Großbanken der kapitalistischen Länder. Haben Sie jemals etwas von einer sowjetischen Forderung gehört?

Die Auslandsschulden – bei Brasilien belaufen sie sich auf 100 Milliarden Dollar! – knebeln die Entwicklungsländer, bedeuten für die Einwohner – vor allem die Allerärmsten – schreckliches Leiden.

UdSSR beteiligt an der Schuldenkrise?

Wer ist dafür verantwortlich? Wer beherrscht den Internationalen Währungsfonds, wer kontrolliert die Bankenkonkordien? Die Sowjetunion?

J. ZIEGLER: Natürlich nicht.

Die Auslandsverschuldung der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländer hat Ursachen, die jeder kennt: Korruption in den

Ländern selbst, der Zusammenbruch der wichtigsten Exportpreise für Rohstoffe, wucherische Bedingungen für die Kreditvergabe durch die westlichen Banken.

Die UdSSR hat – zumindest nicht direkt – nichts mit der katastrophalen Überschuldung der Länder an der Peripherie der industrialisierten Welt zu tun.

Heißt das, daß die UdSSR zu den Völkern der Dritten Welt völlig neue Beziehungen unterhält? Daß sie in ihrem Außenhandel nicht die kapitalistischen Beziehungen zwischen Staaten reproduziert?

Die Frage ist interessant; die Antwort liegt auf der Hand: Die UdSSR hat zu ihren Verbündeten in der Dritten Welt Beziehungen, die den kapitalistischen sehr nahekommen. Ich gebe Ihnen Beispiele:

Von 1963 bis 1974 hat die Sowjetunion die Guerillaarmee der PAIGC (Afrikanische Unabhängigkeitspartei Guineas und der Kapverden; d. Red.) von Guinea-Bissau bewaffnet, finanziert und ausgerüstet. Sie hat in dem nationalen Befreiungskampf, den die PAIGC gegen die portugiesischen Besatzer geführt hat, eine wichtige Rolle gespielt. Hat sie es

umsonst getan, aus reiner Menschlichkeit, ausschließlich dem proletarischen Internationalismus zuliebe?

Offensichtlich nicht. Die UdSSR, die den heute souveränen Staat von Guinea-Bissau weiterhin unterstützt, läßt sich ihre Hilfe, ihre Dienste, ihre Unterstützung sehr wohl bezahlen. (...)

Ein anderes Beispiel: Äthiopien. Seit 1978 hat die UdSSR diesem Land beträchtliche ökonomische, finanzielle und militärische Hilfe zukommen lassen. Aber gleichzeitig hat die UdSSR die Ausbeutung der Goldminen in die Hand genommen. Das Gold wird direkt von der Sowjetunion exportiert, vermarktet.

J. POPOW: Jedes der von Ihnen angeführten Beispiele würde lange und komplizierte Analysen erfordern. Die Problemlage ist nicht so, wie Sie sie darstellen.

Nehmen wir z.B. Kuba: Glauben Sie, daß Kuba angesichts der amerikanischen Blockade 23 Jahre lang ohne Hilfe der Sowjetunion überlebt hätte? Wir bringen für Kuba und etliche andere Länder der Dritten Welt enorme Opfer.

Aber kommen wir auf das Grundproblem zurück: Wie entwickelt sich die Unterentwicklung?

Will man definieren, was Unterentwicklung ist, so muß man betonen, daß sie nicht einfach nur die Summe von solchen Wesenszügen wie Rückständigkeit, Abhängigkeit und Ausbeutung ist. Die Unterentwicklung präsentiert sich als die Dreieinigkeit von Rückständigkeit, Abhängigkeit und Ausbeutung. (...)

Die Bedingtheit von Rückständigkeit, Abhängigkeit und Ausbeutung wird unvergleichlich größer in der Periode des Kapitalismus und insbesondere im Stadium des Imperialismus. Imperialistische Ausbeutung wird möglich durch Abhängigkeit.

Kapitalfluß stets gen Westen

Die Abhängigkeit ihrerseits ist vor allem durch Rückständigkeit bedingt. Und Rückständigkeit reproduziert sich wiederum unter den Bedingungen eines ständigen Abflusses von beträchtlichen materiellen und finanziellen Ressourcen aus den Entwicklungsländern.

Ich möchte betonen, daß auch heute ein stetiger Abfluß von finanziellen und materiellen Ressourcen aus den Entwicklungsländern in die Zentren des Weltkapitalismus stattfindet.

J. ZIEGLER: Erlauben Sie mal. Vollzieht sich denn nicht auch eine Gegenbewegung von Mitteln aus den entwickelten kapitalistischen Ländern an die Peripherie? Und zwar nicht nur in Form von Investitionen oder eines Warenstroms, sondern auch in Form von Subventionen und Hilfen?

J. POPOW: Ja, diese im Westen als „Entwicklungshilfe“ bezeichnete Unterstützung gibt es tatsächlich. Laut offizieller Statistiken betrug ihr Umfang Anfang der 80er Jahre etwa 15 bis 20 Milliarden Dollar im Jahr. (...)

Um das Wesen der „Entwicklungshilfe“ der imperialistischen Länder zu begreifen, muß man vor allen Dingen zwei Ströme ihrem Wert nach vergleichen: den einen, der aus den Entwicklungsländern in die imperialistischen Staaten fließt, und den anderen, der sich in entgegengesetzter Richtung bewegt. (...)

In dem bekannten, unter Leitung des namhaften niederländischen Wirtschaftswissenschaftlers J. Tinbergen vorbereiteten Bericht des „Club of Rome“ wurden die jährlichen Verluste der Entwicklungsländer Anfang der 70er Jahre auf 50 bis 100 Milliarden Dollar geschätzt. Nach meinen eigenen Berechnungen übersteigt diese Summe 100 Milliarden Dollar jährlich bei weitem.

Vergleicht man sie mit der Summe, die die imperialistischen Mächte, den Entwicklungsländern zukommen lassen (15 bis 20 Milliarden Dollar), wird klar, daß sie eine Art Produktionsunkosten darstellt, die notwendig zur Absicherung eines ständig wachsenden Wertes sind, den sich die kapitalistischen Monopole systematisch aneignen. (...)

J. ZIEGLER: In der Weltordnung wirkt eine negative Dialektik: Nicht genug, daß die Menschheit sich heute in eine Minderheit, die komfortabel wohnt, gut genährt und vor Sorgen und Nöten geschützt ist, sowie in eine große Mehrheit aufteilt, deren Existenz ein nicht enden wollender Leidensweg ist; hinzu kommt, daß tagtäglich die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden. (...)

Abrüstung – die Überlebensfrage

Schwarzafrika ist wie ein Armer, der auf einem Berg Gold sitzt. Im Schoße Afrikas liegen phantastische Schätze verborgen: Uran, Diamanten, Gold, Mangan, Erdöl... Um aber alle diese Schätze zu heben und in den afrikanischen Ländern eine stabile Entwicklung der Nationalwirtschaften zu sichern, bedarf es immenser Investitionen, neuer Technologien und Arbeitskräftressourcen.

All das können nur die Industriestaaten bieten. Aber die Finanzen der meisten Industrieländer werden durch die enormen Rüstungsausgaben stark belastet.

Daraus folgt: Solange die Hochrüstung fortgesetzt wird, ist ein effektiver Kampf gegen Hunger, Elend und das Zugrundegehen von Millionen Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika unmöglich.

Wird fortgesetzt



Demonstration von Ausländern und Deutschen in Hamburg

Peter Schütt Golfkrieg und Asyl

Von den 23.000 Ausländern, die in der ersten Hälfte dieses Jahres bei den bundesdeutschen und westberliner Behörden um Asyl ersucht haben, kamen fast die Hälfte, 10.700, aus dem Iran.

Wenn Medien und Politiker diese Asylbewerber pauschal als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abstempeln, stellen sie die Tatsachen auf den Kopf. Hauptgrund für die Massenflucht aus dem Iran – Vergleichbares ließe sich für andere Fluchtländer wie Libanon und Sri Lanka feststellen – ist der seit nunmehr fast 7 Jahren andauernde Golfkrieg.

In diesem Krieg sterben allein auf iranischer Seite Tag für Tag 300 Menschen, viele von ihnen Kinder unter 16 Jahren. Sie werden als Freiwillige, in Woldecken gehüllt, in die Minenfelder geschickt, um Sprengkörper aufzuspielen und dadurch unschädlich zu machen, daß sie sich selber in die Luft sprengen. Die jüngsten Geländegewinne des Iran am Schatt el Arab wurde mit dem Opfertod von fast 40.000 „freiwilligen“ Schülern erkaufte.

Gegen diesen Krieg richtet sich im Iran wie im Irak wachsender Widerstand.

Für beide Staatschefs ist die Fortdauer des Krieges zur Frage ihres eigenen Überlebens geworden. Sie können sich nur an der Macht halten, solange sie die Mehrheit ihrer Völker von der Notwendigkeit des Krieges oder gar des Endsieges überzeugen können.

Und darum sind beide Seiten gleichermaßen bestrebt, den Krieg zu eskalieren. Dieses gemeinsame Interesse an der Fortsetzung des Krieges führte auf der letzten Konferenz der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) sogar dazu, daß sich beide Todfeinde Iran und Irak auf eine gemeinsame Strategie zur Drosselung der Ölpreise verständigten. Beide Staaten könnten ohne den Petrodollarstrom ihren Krieg keinen Tag länger bezahlen. Seit mehreren Wochen streiken im Iran die Ärzte, weil sie nicht länger zum Frontdienst bereit sind und einen sofortigen Waffenstillstand fordern. Die Ölarbeiter von Abadan wei-

gern sich, für den Krieg unbezahlte Überstunden zu leisten, und sind wiederholt in Proteststreiks getreten.

Nach den jüngsten Luftangriffen auf Teheran haben Frauen in der iranischen Hauptstadt gegen die Fortsetzung des Krieges demonstriert; sie wurden von den Revolutionswächtern mit Maschinengewehrsalven auseinandergetrieben. Oppositionelle Gruppen, Schahanhänger auf der Rechten, aber auch die seit 1983 blutig verfolgte Linke, unter ihnen die Tudeh-Partei, verteilen bis in die Zentren der großen Städte hinein Flugblätter, auf denen zum Friedensschluß mit dem Irak aufgerufen wird.

Das Khomeini-Regime antwortet auf den wachsenden Widerstand mit blutigem Terror. Anfang März 1986 wurden an der kurdischen Front 300 Deserteure hingerichtet, um ein

Kein Asylanspruch für iranische Kriegsvertriebene oder politisch Verfolgte?



Exempel zu statuieren.

Alle öffentlichen Versammlungen außerhalb der Moscheen sind verboten. Jede öffentliche Verlautbarung, neuerdings sogar Reklamschilder, bedarf der vorherigen Genehmigung durch die zuständigen Mullahs.

Es gibt also genug Gründe, aus dem Iran zu fliehen, koste es, Schlepperorganisationen hin oder her, was es wolle. Fliehen kann ohnehin nur derjenige, der dazu die notwendigen Geldmittel aufbringen kann.

Bonn verlängert mit

Die Bundesregierung hat zur Beendigung des Golfkrieges bisher nicht das geringste getan. Im Gegenteil: Sie hat nach besten Kräften dazu beigetragen, diesen Krieg zu verlängern und zu verschärfen, und damit für Hunderttausende neue Fluchtgründe zu schaffen. Seit Beginn des Krieges haben mehr als 1,4 Mio Iraner und 350.000 Iraker ihre Heimatländer verlassen, und es werden ihnen viele mehr nachfolgen, wenn dem Morden nicht bald ein Ende gesetzt wird.

Unter den 42 Ländern aus West und Ost, aus Nord und Süd, die nach den Angaben des Stockholmer SIPRI-Instituts Waffen und Kriegsgerät in die Golfregion liefern, kämpft sich die Bundesrepublik mehr und mehr nach vorn. Sie liefert ausgewogen an beide Seiten und hilft so, daß die Quellen der Kriegsgewinne nie versiegen. Mercedes und MAN haben nach Angaben der Grünen von 1982-85 Lastwagen und andere Transportfahrzeuge im Werte von 7 Mrd DM an beide Kriegsparteien geliefert.

Wenn die Ministerin Süßmuth kürzlich verlauten ließ, die Kosten für die Unterbringung der Asylbewerber seien der „überbelasteten“ Bundesrepublik nicht mehr länger zuzumuten, dann sei ihr einmal empfohlen, nur die Steuereinnahmen aus dem Lastwagengeschäft gegenzurechnen. Das Ergebnis ist eindeutig.

Mittlerweile ist die Bundesrepublik wie schon zu Schahzeiten zum wichtigsten Handelspartner des Iran geworden. Der Export ist 1985 auf über 32 Mrd DM gestiegen und wurde vom Iran vor allem in Öl bezahlt. Fast 1/4 aller Öleinfuhren der Bundesrepublik kommen derzeit aus dem Iran. Die niedersächsische Raffinerie in Wilhelmshaven verarbeitet seit über 1 Jahr nur noch iranisches Öl.

Die Steuereinnahmen erreichen mit Sicherheit Milliardenhöhe und übersteigen das Tausendfache des Sonderbetrages von 900.000 DM, den Niedersachsen gerade für die Unterbrin-

gung von Asylbewerbern bereitgestellt hat.

Die einzige Möglichkeit, den Zustrom der Asylsuchenden wirksamer zu begrenzen, wäre es, dazu beizutragen, daß der mörderische Krieg am Golf endlich ein Ende findet. Es besteht kein Zweifel, daß die Bundesrepublik ähnlich wie im Fall Südafrika über sehr wirksame Mittel verfügt, um „mäßigung“ auf ihre Partner einzuwirken, durch einen Waffen- oder Handelsboykott z.B.

Eine solche Komplizenrolle kann die Bundesrepublik nur spielen, weil die bundesdeutsche Öffentlichkeit einschließlich der Friedensbewegung diesen Krieg kaum wahrnimmt, obwohl er inzwischen länger als der 2. Weltkrieg dauert und mehr Tote als der Vietnamkrieg gefordert hat, eine 3/4 Mio.

Um dieses Schweigen zu durchbrechen und um alle Initiativen zu fördern, die zur Beendigung des Völkermordens beitragen können, haben sich in verschiedenen Städten der Bundesrepublik, so in Göttingen, Bremen, Hannover und Hamburg, zum Teil mit Unterstützung der Grünen, Komitees gegen den irakisch-iranischen Krieg konstituiert, in denen bundesdeutsche Friedensfreunde verschiedener Richtung mit Kriegsgegnern aus dem Iran und dem Irak zusammenarbeiten.

Unser Hamburger „Komitee gegen den Golfkrieg“ besteht seit dem Frühjahr 1986 und hat mit verschiedenen Diskussionsveranstaltungen, einer Menschenkette in der Innenstadt und Flugblatt- und Plakataktionen versucht, die Öffentlichkeit über den Krieg, seine Ursachen und seine Folgen zu informieren. Höhepunkt unserer Aufklärungsbemühungen war eine Protestkundgebung in der Hamburger Gnadenkirche mit rund 100 Teilnehmern. Kriegsteilnehmer aus beiden Ländern, der Journalist Ulrich Tilgner, der über 20 Mal im Kampfgebiet tätig war, der Pastor Dirk Römmer und der pakistanische Schriftsteller Munir Ahmed wandten sich vor allem an die Aktiven der Friedensbewegung, um ihre Aufmerksamkeit auf den Kriegszustand in einer der politisch und strategisch heißesten Zonen der Erde zu lenken.

Konflikt „fern hinter der Türkei“?

Es ist meine Überzeugung, daß unsere nationale Friedensbewegung zum Krieg am Golf nicht länger schweigen kann, wenn sie glaubwürdig ihr internationales und globales Ziel einer Welt ohne Waffen und Krieg vertreten will. Anläßlich des 7. Jahrestages des Kriegsbegins am Persischen Golf, der 22. September, führte unser Komitee eine Aktionswoche durch, die ihren Abschluß in einer Schweigedemonstration durch die Innenstadt fand.

Die Arbeit im Komitee ist nicht einfach. Für die meisten Aktiven der Friedensbewegung liegt der Kriegsschauplatz „fern hinter der Türkei“. Ein großer Verweis auf Khomeini genügt, um den Golfkrieg als „mittelalterlichen Glaubenskrieg“ einzustufen, mit dem ein aufgeklärter Mitteleuropäer nichts zu tun hat.

Anders als in der Solidaritätsarbeit für Nicaragua, Chile oder Südafrika ist in der Golfregion das Feindbild des Imperialismus nicht auf den ersten Blick auszumachen, die Parteinahme ist wesentlich komplizierter. Es bedarf einiger weltpolitischer Einsichten, um zu erkennen, daß in diesem Fall nicht einfach eine imperialistische Großmacht ein freiheitsliebendes Volk zu unterdrücken versucht, sondern zwei Völker der sog. Dritten Welt gegeneinander in einen Vernichtungskrieg treibt und dabei mehrere Fliegen mit einer Klappe schlägt: Die Entwicklungsländer werden insgesamt geschwächt, ihre Schuldenlasten wachsen ins Unermeßliche, der Ölpreis wird herabge-

drückt, und die Rüstungsproduzenten finden endlich den Markt, auf den sie auf Gedeih und Verderb angewiesen sind. Monat für Monat werden am Golf für über 3 Mrd Dollar Waffen verfeuert – und nachbestellt.

Namentlich die iranische Opposition ist, das macht die Einbeziehung der Exilanten schwierig, immer noch sehr zerstritten. Viele Kriegsgegner wollen die Forderung nach einem Ende des Blutvergießens verbinden mit dem Aufruf zum Sturz Khomeinis und der Islamischen Republik.

Die Volksmudjahedin des in den Irak übergesiedelten Massoud Rajawie haben an Glaubwürdigkeit verloren, seit sie Partei für den irakischen Staatschef Saddam Hussein ergriffen haben. Linke Oppositionelle weigern sich, mit Schahanhängern und bürgerlichen Liberalen zusammenzuarbeiten.

Rechte lehnen das Antikriegsbündnis mit den Kommunisten grundsätzlich ab. Auch bei fortschrittlichen Iranern wie Irakern gibt es immer noch Vorstellungen von einem gerechten oder gar „heiligen“ Krieg, und diese Haltung macht die Zusammenarbeit mit pazifistischen Kräften unserer Friedensbewegung sicher nicht leichter.

Dennoch haben wir uns, zum Teil in nächtelangen Debatten, zusammengerauft und eine Plattform erarbeitet, die es uns ermöglicht, gemeinsam auf die Straße zu gehen und „Frieden jetzt“ zu fordern: Rote und Grüne, Deutsche und Ausländer, Christen und Mohammedaner, Iraker und Iraner und hoffentlich bald viele andere mehr!

AIB-Sonderheft



AIB-Sonderheft 3/1986

Krieg Iran – Irak

- Bilanz nach 7 Jahren Krieg
- Die imperialistischen Interessen
- Innenpolitik und Widerstand
- Die kurdische Nationalbewegung

Umfang: 28 Seiten; Preis: 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!



Magdi Gohary 30 Jahre Suez-Krieg

Alexandria, 26. Juli 1956. Ägyptens Staatspräsident Gamal Abdel Nasser spricht auf einer Großkundgebung.

Detailliert geht er auf den Bau des Suezkanals im Jahr 1869 ein: Zwangsarbeit für hunderttausende Ägypter, wovon Zehntausende starben; und wie sich Großbritannien und Frankreich das ägyptische Aktienpaket der Gesellschaft von den verschuldeten und korrupten Statthaltern erschlichen und unter sich aufgeteilt hatten. Für jeden ägyptischen Patrioten stellt die Suezkanal-Gesellschaft das Symbol einer Fremdherrschaft dar.

Nassers „Sündenregister“

Die Rede Nassers wird live übertragen. Millionen von Ägyptern sitzen vor den Radiogeräten. Es liegt etwas in der Luft.

Wie wird der „Rais Nasser“ reagieren? Mitten in der Rede, fast übergangslos, wird Nasser bedächtig. Jetzt spricht er ungewohnt langsam. Wort für Wort liest er ein Dekret vor: „Die 'Suezcanal Company' wird nationalisiert. Die Aktionäre werden entschädigt.“

Während der Übertragung standen unauffällig PKWs vor allen wichtigen Verwaltungs- und technischen Einrichtungen der Company. Beim Stichwort „Dekret“ sprangen Offiziere der ägyptischen Pioniereinheiten aus den Wagen und stürmten die diversen Projekte. Die Furcht vor Sabotage zwang die Ägypter zu dieser ungewöhnlichen Aktion.

Das Ganze dauerte höchstens ein paar Minuten. Der Suezkanal gehört ab jetzt und für immer dem Souverän, dem ägyptischen Volk. Das Kräfteverhältnis im Nahen Osten hat sich zugunsten der arabischen Befreiungsbewegung verschoben. Die Begeisterung ist grenzenlos. Überall Jubel. Menschen fallen sich in die Arme.

London, Paris und Washington aber sind empört über die „Unverfrorenheit“ Nassers. Jetzt reicht's, Nasser muß weg. Sein „Sündenregister“:

1. Er hatte sich erfolgreich gegen die Einbeziehung Ägyptens in ein Militärbündnis gegen die Sowjetunion gestellt.
2. Er hatte als erster das Waffenlieferungsmonopol des Westens gebrochen.
3. Er hatte das algerische Volk in seinem Befreiungskampf gegen die Kolonialmacht Frankreich unterstützt.
4. Außerdem war Ägypten dabei, die heilige Kuh des Imperialismus, den wirtschaftlichen Einfluß, zu schlachten.

Mit allen Bestechungs- und Druckmitteln versuchte man die Staaten der Nahostregion in ein Militärbündnis gegen die Sowjetunion hineinzupressen. Anfang 1955 wurde der Bagdad-Pakt geboren.¹ Nasser ging dagegen davon aus, daß die Sicherheit des Nahen Ostens ausschließlich eine Angelegenheit der Region sei. Für ihn waren Militärbündnisse mit Großmächten eine Art „verschleierte Kolonialismus“.² Im März 1955 erklärte Nasser, daß „der Imperialismus viel gefährlicher als der Kommunismus ist, vor dem man uns zu schützen vorgibt“.³ Der Kampf gegen den Bagdad-Pakt wurde für Nasser zu einer elementaren Herausforderung seiner Neutralitätspolitik, die jetzt langsam feste Konturen anzunehmen begann. April 1955. Nasser nahm an der Bandung-Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten teil, die damals nur 23 Teilnehmer hatte. Dort

demonstrierte „die manifeste afro-asiatische Solidarität ... den Ägyptern nachhaltig, daß sie auf dem richtigen Weg waren, Dulles auf dem falschen“.⁴

Februar 1955. Israel griff den unter ägyptischen Verwaltung stehenden Gaza-Streifen an. Ägypten hatte 60 Tote zu beklagen.

Die Armee erwies sich als ungenügend ausgerüstet und rief nach Waffen. Nasser schätzte die Attacke Israels richtig ein: Ägyptens Schwäche bloßzustellen und damit den Weg zu einem Militärbündnis mit dem Westen zu öffnen.

Die traditionellen ägyptischen Waffenlieferanten Großbritannien und die USA lehnten entweder ab oder verbanden ihre Zustimmung mit unerfüllbaren Bedingungen. Um der imperialistischen Vorgehensweise Nachdruck zu verleihen, griff Israel den Gaza-Streifen im September von neuem an.

Nasser reagierte aber in genau entgegengesetzter Richtung. Am 27. September nahm Ägypten das sowjetisch-tschechoslowakische Angebot zur Lieferung von Waffen an.⁵ Diesen für damalige Verhältnisse ungewöhnlichen Schritt begründete Nasser damit, daß „die Palästina-Tragödie von 1948 sich nicht wiederholen sollte“.⁶

Eines der größten Druckmittel des Westens war damit entschärft.

Seit Oktober 1954 tobte der algerische Freiheitskampf gegen die Kolonialmacht Frankreich. Die Führer der Nationalen Befreiungsbewegung Algeriens (FLN) blickten nach Kairo.

Nasser gewährte ihnen alles, was das unterbemittelte Ägypten zur Verfügung stellen konnte: Solidarität, Waffen, Zuflucht, Sendeanlagen usw. Für den „sozialistischen“ Premier G. Mollet stand fest: Der Aufstand sei nichts anderes als „eine von Nasser angezettelte Revolte“.⁷ Folgerichtig mußte Nasser besichtigt werden.

Anstoßpunkte Algerien, Assuan

Zu dieser Zeit bemühte sich Ägypten um eine Teilfinanzierung des Assuan-Staudamms. Südlich von Assuan sollte ein für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes eminent wichtiger Staudamm gebaut werden. Er sollte das Nilhochwasser stabilisieren, Neuland durch Bewässern gewinnen helfen und die für die Industrialisierung des Landes notwendigen Energien bereitstellen. Fachleute haben damals errechnet, daß ohne dieses 800-1.000-Mio-Dollar-Projekt das Land die 80er Jahre nicht überleben würde. Ägypten verfügte aber weder über die finanziellen noch über die technischen Voraussetzungen, um ein Projekt von solcher Dimension in Angriff zu nehmen. Die USA, Großbritannien und die Weltbank machten im Februar 1956 Ägypten eine Kreditzusage von 270 Mio Dollar, die aber in sehr brüskierender Art am 19. Juli 1956 von US-Außenminister J.F. Dulles zurückgezogen worden war.

Darum warteten Millionen von Ägyptern und anderen Arabern mit so großer Spannung auf die Reaktion Nassers bei seiner Rede am 26. Juli. Nasser nationalisierte die Suezkanalgesellschaft mit dem Ziel, die Kanaleinnahmen (36 Mio Pfund) zur Finanzierung des Damms zu verwenden.

Die Imperialisten hatten aber längst beschlossen: Der – allerdings erfolglose – Versuch des iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh 1952, das Öl zu nationalisieren, hat ein einmaliger Betriebsunfall in der Geschichte zu bleiben. Das Szenario für die Dreier-Aggression konnte beginnen (siehe Chronik!).

Einem britischen Konservativen, Sir Antony Nutting, seinerzeit Staatsminister in Edens Kabinett, verdanken wir die Lüftung vieler Geheimnisse, des von der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) als „Polizeiaktion“⁸ verniedlichten Suezkriegs.

Aus seinem Buch „Die Suezverschwörung 1956“, das er 11 Jahre nach seinem aus Protest gegen den Krieg erfolgten Rücktritt veröffentlichte, erfahren wir beispielhaft, wie imperialistische Kriege vorbereitet werden. Einige Kostproben:

Der Premierminister A. Eden rief A. Nutting an: „Was soll der ganze Quatsch, den Sie mir da geschickt haben? ... Was soll der Unsinn, Nasser zu neutralisieren, wie Sie es nennen? Ich will ihn vernichtet sehen, können Sie das nicht begreifen? Ich will ihn weghaben.“⁹ Reagan läßt 30 Jahre später grüßen!

An den damaligen US-Präsidenten D. Eisenhower telegraphierte Eden, daß wirtschaftliche Strafmaßnahmen wohl nicht ausreichen würden. „Wir müssen bereit sein, im Notfall Nasser mit Gewalt zur Vernunft zu bringen.“¹⁰

Während die militärischen Vorbereitungen auf Hochtouren liefen, versuchte man, um Zeit zu gewinnen, die Welt zu täuschen. Man berief zwei „internationale“ Konferenzen nach London ein. Dort beriet man über verschiedene Formen der „Internationalisierung“ des Kanals, was von Ägypten kategorisch abgelehnt wurde. Der damalige BRD-Außenminister von Brentano war auf dem Kongreß ein glühender Verfechter der Beschneidung der souveränen Rechte Ägyptens.

Der Plan „Moskito“

Der Plan der Dreieraggression „Moskito“ sah vor:

- Israel greift Ägypten an und marschiert bis zum Kanal.
- Großbritannien und Frankreich landen in Port-Said und Ismaïlia, besetzen die gesamte Kanalzone und „internationalisieren“ sie.
- Falls die innere Lage Nasser nicht ohnehin zum Rücktritt zwingt, wird der Marsch nach Kairo mit dem Ziel fortgesetzt, dort ein Vasallenregime zu installieren.

Am 29. Oktober 1956 überfielen Israels Truppen unter Moshe Dayan den Sinai.¹¹ Einen Tag später forderten Großbritannien und Frankreich in einem gemeinsamen Ultimatum Israel und Ägypten auf, innerhalb von 12 Stunden ihre Streitkräfte auf eine Entfernung von 10 Meilen beiderseits des Kanals zurückzuziehen. Begründung: Die Schifffahrt im Kanal vor

Die letzten britischen Panzer räumten am 22. 12. 1956 Port Said



dem Erliegen zu bewahren.

Das Unverlorene, ja das Verbrecherische an diesem Ultimatum liegt darin: Während das überfallene Ägypten sogar einen Teil seines Territoriums westlich des Kanals räumen sollte, wurde dem Aggressor Israel praktisch die gesamte Halbinsel Sinai zugesprochen.

Selbstverständlich mußte Ägypten dieses Ultimatum ablehnen. Die Royal Air Force bombardierte daraufhin fast alle Flughäfen des Landes. Die innere Konterrevolution sah ihre Stunde kommen. Eine Abordnung aus Politikern des alten monarchistischen Regimes, das 4 Jahre früher von Nasser und seinen „Freien Offizieren“ weggefegt worden war, begab sich zu Nasser und forderte ihn auf zurückzutreten und ihnen die Regierungsgeschäfte zu überlassen.

Nasser ließ sie unter Hausarrest stellen. Eine Welle des Patriotismus und der Opferbereitschaft erfaßte das Land. Die im Gefängnis sitzenden Kommunisten und anderen Linken wandten sich ebenfalls an Nasser, und zwar mit der Bitte, ihnen zu gestatten, an der Verteidigung des Vaterlandes teilzunehmen. Später spielten sie eine hervorragende Rolle bei der Organisation des Widerstands im besetzten Port Said.

„Niemals kapitulieren!“

Am 2. November begab sich Nasser, fast ohne Leibwache, zur Alazhar Moschee in Altkairo, der früheren Bastion des Widerstands gegen Napoleon und gegen die britische Besatzung. Dort inmitten hunderttausender Menschen bot sich ein Bild der Einheit zwischen Volk und Führung. Nasser gab die Parole aus: „Niemals zu kapitulieren!“

2 Tage später bombardierten die Briten die Stadt Port Said und machten sie „landungs-



Kontrahenten G. Nasser (l.) und A. Eden

reif“. Die Invasionsarmee begann die Landung aus der Luft und von See her.

Die Berichte und Bilder des schwedischen Fotografen Per Olow Anderson gingen durch die ganze Welt. Sie gaben Zeugnis von der Brutalität, von dem Terror und dem Schrecken, den die Vertreter der zivilisierten freien Welt hier einem nahezu wehrlosen Land bereiteten. Es gab Tausende von Toten und Verwundeten. Die Toten lagen tagelang verwesend auf den Straßen. Der schwedische Fotograf sagte: „Das war kein Krieg, das war ein neues Lidicie.“¹²

Während ein Flüchtlingsstrom sich aus der Stadt ergoß, gingen Nacht für Nacht ägyptische Patrioten aus dem ganzen Land und aus allen Schichten der Bevölkerung in die Stadt Port Said und liebten den Okkupanten keine Minute Ruhe. Der bewaffnete und der soziale Widerstand in Port Said stellten ein Ruhmesblatt in der Geschichte der ägyptischen Befreiungsbewegung dar.

Die arabische Welt erhob sich. Ölleitungen gingen in die Luft, wodurch die Energieversorgung des Westens empfindlich getroffen wurde. Die Dreieraggression stieß überall auf Ablehnung und Verurteilung.

In London kam es zur größten Demonstration seit dem 2. Weltkrieg. Sogar in der „Frontstadt“ Westberlin wurden Jeeps der britischen Armee von Demonstranten umgeworfen.

Am 5. November richtete Bulganin, Ministerpräsident der UdSSR, eine ultimative Warnung an die Adresse der Aggressoren: Sofortige Einstellung der Kampfhandlungen, sonst drohen „Verwicklungen, in denen schließlich Raketen auf London und Paris fallen könnten“.¹³

Geburt der Eisenhower-Doktrin

Das war eine sehr deutliche Sprache, die übrigens auch in Washington gut verstanden wurde. Die USA hatten bis dahin gehofft, daß die Sowjetunion von der gleichzeitigen Ungarnkrise (Beginn 22. Oktober 1956!) voll absorbiert sei. Die USA bliesen zum Rückzug.

Ihren Verbündeten blieb nichts anderes übrig als den von der UNO beschlossenen Waffenstillstand zu akzeptieren. Einen Tag vor Weihnachten 1956 verließen die letzten Briten und Franzosen unverrichteter Dinge Ägypten. Israel dagegen trotzte und verzögerte den Rückzug bis März 1957.

Die Dreieraggression hatte 15.000 Tote gefordert.

Von Beginn der Krise an nahmen die USA eine feindliche Haltung zu Ägypten ein. Das ägyptische Guthaben in den Staaten wurde eingefroren.

Die USA starteten eine Propaganda-Kampagne gegen den „Tyranen Nasser“. Sie waren durch offizielle und nichtoffizielle Kanäle bestens über alle Kriegsvorbereitungen der Alliierten informiert. Hätten die USA gewollt, hätten sie durchaus die Möglichkeit gehabt, die Aggression von Anfang an zu stoppen. Erst nach der sowjetischen Warnung bliesen sie zum Rückzug.

Es zeigte sich deutlich, daß die USA während der Krise eine zwiespältige Haltung eingenommen hatten. Einerseits waren sie an der Rückgängigmachung der Nationalisierung des Suezkanals sowie am Sturz Nassers interessiert. Andererseits ließen sie sich von dem Bestreben leiten, die alten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich im Nahen Osten zu beerben.

Nach dem Rückzug ihrer Verbündeten aus Port Said warteten die USA nicht einmal 2 Wochen. Auf dem Tisch lag die Eisenhower-Doktrin, wonach „nach Suez“ ein „Einfluß-Vakuum“ entstanden sei, das selbstverständlich von den USA auszufüllen sei. Sie boten den Staaten der Region ein Militärbündnis an zur Eindämmung „des völkerfeindlichen, aggressiven Kommunismus“.¹⁴

Nicht Nasser, sondern A. Eden mußte gehen. Er trat zurück und verschwand endgültig von der politischen Bühne. Frankreich verstrickte sich immer tiefer in den schmutzigen Kolonialkrieg in Algerien. Aber auch dort mußten die 500.000 NATO-Soldaten nach Hause gehen. Algerien wurde 1962 frei.

Der Einfluß Großbritanniens und Frankreichs sank im Nahen Osten auf ein Minimum. Dafür traten die USA und die Sowjetunion auf die nahöstliche Bühne; die einen als Bewahrer des Alten, als Verbündete der morschen Monarchien und des expansionistischen Israel, die anderen als Verbündete der arabischen nationalen Befreiungsbewegung.

Die Lehren aus dem Suezkrieg sind heute aktueller denn je. Man denke an die offenen Kriegsdrohungen und -handlungen der USA gegen Nikaragua und Libyen.¹⁵ Der Sieg der

Chronologie der Aggression

- 19.7.1956 J.F. Dulles zieht das Angebot zur Teilfinanzierung des Assuan-Staudammes zurück
- 28.7. Nasser verstaatlicht den Suezkanal
- 29./30.7. Großbritannien, Frankreich und die USA frieren alle ägyptischen Guthaben ein
- 8.9. Mehrere westliche Staaten ziehen ihre Schiffslotsen zurück
- 29.10. Israel überfällt Ägypten
- 30.10. Britisch-französisches Ultimatum an Ägypten
- 31.10. Bombardierung ägyptischer Flughäfen durch die Royal Air Force
- 2.11. Sperrung des Kanals durch Sprengung von Schiffen. Ölleitungen in den Ölstaaten von Arbeitern gesprengt
- 4.11. Port Said leistet Widerstand gegen landende Briten und Franzosen
- 5.11. Sowjetisches Ultimatum an die Aggressoren
- 6.11. Vollversammlung und Sicherheitsrat der UNO beschließen Waffenstillstand und Rückzug der Aggressoren
- 23.11. Rückzug der Aggressoren aus Port Said beendet
- 5.1.1957 Eisenhower-Doktrin vor dem Kongreß
- 9.1. Antony Eden tritt zurück
- 6.3. Rückzug Israels aus dem Sinai und aus dem Gaza-Streifen
- 9.4. Der Suezkanal ist wieder passierbar

gerechten Sache Ägyptens vor 30 Jahren sollte uns mehr Zuversicht verleihen in unserem Kampf für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt.

Anmerkungen:

- 1) Ein asiatisches Bindeglied zwischen SEATO (Südostasienpakt, aufgelöst 1977) und NATO mit den Mitgliedern: Türkei, Pakistan, Iran und Irak.
- 2) Nach: Al Talia, Kairo, Dezember 1970 (arab.)
- 3) Ebenda
- 4) Vgl. H. Henle; Der neue Nahe Osten, Frankfurt/M. 1966, S.62
- 5) Die Bezahlung erfolgte durch Lieferungen aus traditionellen Agrarprodukten.
- 6) Nach: Al Talia, a.a.O.
- 7) H. Henle, Der neue Nahe Osten, a.a.O., S. 138
- 8) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.11.1956
- 9) A. Nutting, Die Suezverschwörung 1956, Wien 1967, S.22
- 10) D. Eisenhower, Wagnis für den Frieden, 1961, S. 36
- 11) Die militärische Überlegenheit der Aggressoren geht aus folgenden Zahlen hervor: Bodestreitkräfte 3:1, Marine 10:1, Luftwaffe 4/25:1 (aus: Palästinensische Enzyklopädie, 1984, S. 165)
- 12) M. Scheer, Das Verhör am Nil, 1969, S. 241
- 13) H. Henle, Der neue Nahe Osten, a.a.O., S.67
- 14) Ebenda, S.69
- 15) Siehe „Exempel Libyenkrise“ in: AIB 6/1986, S. 3-13 und AIB-Hintergrundmaterial zur Libyenkrise, April 1986

Gabriel Garcia Marquez Atomares Wettrüsten - die zweite Sintflut

Am 6. August d.J., dem Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs seitens der USA auf Hiroshima, meldete sich der kolumbianische Schriftsteller Gabriel Garcia Marquez stellvertretend für die Kulturschaffenden der sog. Dritten Welt auf dem Sechs-Staaten-Gipfeltreffen für Frieden und Abrüstung in Ixtapa (siehe Deklaration von Mexiko in AIB 10/1986, S. 40-41) mit einem Plädoyer gegen die atomare Hochrüstung zu Wort. Der Literatur-Nobelpreisträger des Jahres 1982 (siehe AIB 1/1983) zeigte in seiner Rede auf selten plastische Art sowohl das Bedrohungspotential des atomaren Wettrüstens als auch reale Alternativen auf, für die es sich zu streiten lohnt. Er nannte sie Kultur des Friedens und der Vernunft.

Eine Minute nach der letzten Explosion wird mehr als die Hälfte der Menschen tot sein, und der Staub und der Rauch der in Flammen stehenden Kontinente werden das Sonnenlicht zerstört haben. Absolute Finsternis wird wieder über der Welt herrschen.

Ein Winter mit gelbroten Regenfällen und eisigen Wirbelwinden wird das Klima der Ozeane umkehren ebenso wie den Verlauf der Flüsse. Die Fische werden vor Durst in den brennenden Fluten verenden und die Vögel den Himmel nicht finden. Die Sahara wird von ewigem Schnee bedeckt und das weite Amazonasbecken, durch Hagel zerstört, vom Antlitz des Planeten verschwunden sein.

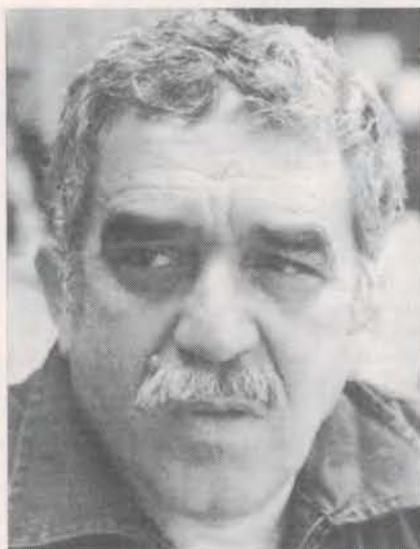
Die Epoche des Rock und der Herzverpflanzungen wird zur Eiszeit ihres Anfangs zurückgekehrt sein. Die wenigen Menschen, die den ersten Schrecken überleben mögen, und diejenigen, die am Nachmittag um drei an dem Schicksalsmontag der großen Katastrophe das Privileg einer sicheren Zuflucht gehabt haben möchten, werden das Leben nur gerettet haben, um danach am Grauen ihrer Erinnerungen zu sterben.

Die einzigen Spuren von dem, was das Leben war, werden in der Feuchtigkeit und den ewigen Nächten des endgültigen Chaos die Kakerlaken sein.

Zwölfacher Overkill

Meine Herren Präsidenten, meine Herren Ministerpräsidenten, Freundinnen, Freunde: Das ist nicht ein schlechtes Plagiat der Fieberträume des Johannes während seiner Verbannung auf Patmos, sondern die vorweggenommene Vision eines kosmischen Desasters, das sich in diesem jetzigen Augenblick ereignen kann, die gewollte oder zufällige Explosion von einem auch nur kleinen Teil des atomaren Arsenal in den Waffenkammern der Großmächte.

So ist es: Heute, am 6. August 1986, existieren auf der Welt mehr als 50.000 in Stellung gebrachte Atomsprengköpfe. In hausbackeneren Begriffen heißt das, daß jeder Mensch, die Kinder inbegriffen, auf einem Faß mit 4 t Dynamit sitzt, dessen vollständige Explosion zwölfmal jede Spur des Lebens von der Erde



beseitigen kann.

Das Vernichtungspotential dieser kolossalen Bedrohung, die über unseren Köpfen schwebt, ermöglicht es theoretisch, vier weitere Planeten, die um die Sonne kreisen, unbrauchbar zu machen und das Gleichgewicht des Sonnensystems zu beeinflussen. Keine Wissenschaft, keine Kunst, keine Industrie hat sich selbst so oft verdoppelt wie die Atomindustrie seit ihrem Anfang vor 41 Jahren, noch irgendeine Schöpfung des menschlichen Geistes je eine solche Macht zur Beendigung über das Schicksal der Welt gehabt.

Abrüsten für Menschheitsträume

Der einzige Trost dieser Vereinfachungen des Schreckens – wenn sie zu irgend etwas nütze sind – ist, daß sie beweisen können, daß die Erhaltung des menschlichen Lebens auf der Erde immer noch billiger ist, als die atomare Pest, denn durch diese furchtbare Apokalypse, die in den Todessilos der reichsten Länder gefesselt ist, werden – schon durch die bloße Tatsache ihrer Existenz – die Möglichkeiten für ein besseres Leben für alle verschleudert.

In der Indienhilfe zum Beispiel ist dies eine Wahrheit des elementaren Rechnens.

Die UNICEF hat im Jahre 1981 ein Programm zur Lösung der wesentlichen Probleme von 500 Mio der ärmsten Kinder der Welt errechnet, inklusive ihrer Mütter. Es umfaßte die sanitäre Basishilfe, den Elementarunterricht, die Verbesserung der hygienischen Bedingungen, der Trinkwasserversorgung und der Ernährung.

Alles das erschien als ein unmöglicher Traum, der 100 Mrd Dollar (\$) kosten würde. Gleichwohl entspricht das kaum den Kosten für 100 strategische B-1-Bomber und für die knapp 7.000 Cruise-Missiles, für deren Produktion die Regierung der Vereinigten Staaten 21 Mrd \$ ausgeben will.

In der Gesundheit zum Beispiel: Mit den Kosten für 10 der 15 Flugzeugträger der Nimitz-Klasse, die die USA bis zum Jahr 2000 bauen werden, könnte ein Präventivprogramm gegen Malaria für 1 Mrd Menschen verwirklicht werden, wodurch sich allein in Afrika der Tod von mehr als 14 Mio Kindern vermeiden ließe. In der Ernährung zum Beispiel: Im vorigen Jahr gab es, nach Angaben der FAO, 575 Mio Menschen, die an Hunger litten. Die für sie erforderliche minimale Kaloriendurchschnittsmenge hätte weniger gekostet als 149 der 223 MX-Raketen, die in Amerika gebaut werden sollen.

Mit 27 von ihnen könnte man die landwirtschaftlichen Ausrüstungen kaufen, die erforderlich wären, um die armen Länder in den nächsten 4 Jahren in ihrer Lebensmittelversorgung autark zu machen. Dieses Programm würde im übrigen nicht einmal den neunzigsten Teil der Kosten des sowjetischen Militärhaushalts von 1982 erreichen.

In der Erziehung zum Beispiel: Mit nur zwei der 25 Trident-Atomunterseeboote, die die gegenwärtige Regierung der USA bauen will, oder mit derselben Zahl der Typhoon-Unterseeboote, die die Sowjetunion baut, könnte man endlich das Phantasieprojekt der Weltalphabetisierung in Angriff nehmen.

Die Errichtung der Schulen und die Ausbildung der Lehrer, die für die dafür notwendigen zusätzlichen Unterrichtsbedingungen in der Dritten Welt in den nächsten 10 Jahren benötigt würden, ließen sich mit den Kosten von 245 Trident-II-Raketen zahlen. Und dabei würden immer noch 419 Raketen übrigbleiben für dieselbe Aufrechterhaltung des Unterrichts in den dann folgenden 15 Jahren.

Schließlich läßt sich sagen, daß die Tilgung der gesamten Außenschulden und die wirtschaftliche Erholung der ganzen Dritten Welt in 10 Jahren wenig mehr als den sechsten Teil der Militärausgaben auf der Welt während dieser selben Zeit kosten würde.

Kultur des Friedens...

Noch beunruhigender und schmerzlicher als diese ungeheure wirtschaftliche Verschwendung ist die menschliche. Die Kriegsindustrie hält das größte Kontingent von Wissenschaftlern gefangen, das je in irgendeinem Unternehmen der Geschichte der Menschheit vereinigt worden ist.

Es sind unsere Menschen, deren natürlicher Platz nicht dort ist, sondern hier, an diesem Tisch, und deren Befreiung unerläßlich ist, um uns zu helfen, auf den Gebieten der Erziehung und der Gerechtigkeit das einzige zu schaffen, das uns von der Barbarei retten kann: eine Kultur des Friedens.

Trotz dieser dramatischen Gewißheiten wird dem Rüstungswettlauf nicht ein Augenblick



der Waffenruhe gegönnt. Jetzt, während wir zu Mittagessen, wurde ein neuer Atomsprenkopf gebaut; morgen, wenn wir aufwachen, wird es in den Waffenlagern des Todes auf der Hemisphäre der Reichen neun weitere geben. Die Kosten eines einzigen würden reichen, um – und sei es nur für einen Herbstsonntag – die Niagara-Wasserfälle mit Sandelholz zu würzen. Ein großer Schriftsteller unserer Zeit fragte sich einmal, ob die Erde nicht die Hölle von anderen Planeten sei: ein Weiler ohne Erinnerung, der von seinen Göttern am äußersten Stadtrand der großen universellen Heimat vergessen wurde.

Aber die wachsende Vermutung, daß sie der einzige Ort des Sonnensystems ist, auf dem das wundersame Abenteuer des Lebens stattgefunden hat, führt uns erbarmungslos zu einer bedrückenden Schlußfolgerung: der Wettlauf der Waffen läuft in entgegengesetzter Richtung zur Vernunft.

...oder Rückkehr ins Nichts

Und nicht nur zur menschlichen Vernunft, sondern zur Vernunft auch der Natur, deren Zweckhaftigkeit dem Lichtblick sogar der Dichtung noch entgeht.

Seit dem Auftreten des sichtbaren Lebens auf der Erde mußten 380 Mio Jahre vergehen, bis ein Schmetterling fliegen lernte, weitere 180 Mio Jahre, um eine Rose zu erzeugen ohne andere Verpflichtungen, als schön zu sein, und vier geologische Epochen, bis Menschenwesen fähig wurden, besser zu singen als die Vögel und aus Liebe zu sterben.

Es ist nicht ehrenhaft für das menschliche Talent, in dem goldenen Zeitalter der Wissenschaft einen Weg eronnen zu haben, eine so enorme und aufwendige Entwicklung von Mio Jahren in das Nichts zurückkehren zu lassen, aus dem sie kam, durch die einfache Kunst, auf einen Knopf zu drücken.

Um zu versuchen dies abzuwenden, sind wir hier, indem wir unsere Stimmen den unzähligen hinzufügen, die nach einer Welt ohne Waffen und einem Frieden in Gerechtigkeit rufen. Aber selbst wenn es eintritt, ja gerade dann wird es nicht nutzlos sein, daß wir hier sind.

Mio von Mio von Mio Jahre nach der Explosion wird vielleicht eine siegreiche Echse, die die ganze Skala der Evolution erneut durchlaufen haben wird, als die schönste Frau der neuen Schöpfung gekrönt werden.

Von uns hängt es ab, von den Männern und Frauen der Wissenschaft, den Männern und Frauen der Künste, den Männern und Frauen der Vernunft und des Friedens, von uns allen hängt es ab, daß die zu dieser chimärischen Krönung Geladenen nicht mit unseren heutigen Ängsten zur Feier gehen.

Mit aller Bescheidenheit, aber auch mit aller Entschiedenheit des Geistes schlage ich vor, daß wir heute und jetzt uns dazu verpflichten, eine Arche der Erinnerung zu ersinnen und zu bauen, die fähig ist, die atomare Sintflut zu überleben, eine Flasche von kosmisch schiffbrüchigen, in die Ozeane der Zeiten geworfen, auf daß die neue Menschheit von einst durch uns wisse, was ihnen die Kakerlaken nicht erzählen können: daß hier das Leben existiert hat, daß in ihm das Leiden vorherrschte und die Ungerechtigkeit die Oberhand hatte, aber daß wir auch die Liebe kannten und daß wir sogar in der Lage waren, uns das Glück vorzustellen, und daß sie wisse und für alle Zeiten wissen lasse, wer die Schuldigen an unserem Desaster waren und wie taub sie sich machten gegen unser Rufen nach Frieden, damit dieses Leben das bestmögliche würde, und mit welchen so barbarischen Erfindungen und aufgrund welcher so schäbiger Interessen sie die Welt ausgelöscht haben.

Lesermeinungen • Standpunkte

Kurden brauchen 1, 2, 3 Sol Birliks

Zu Dieter Falks informativem und insgesamt lesenswertem Artikel „Die Kurdenbewegung zwischen vielen Feuern“ in AIB-SH 3/1986 scheint mir dennoch eine kritische Anmerkung nötig.

In der Tat: „Eine Befreiung des kurdischen Volkes – sei es in Form eines eigenen Staates oder auch nur in Form einer realen Autonomie – hat die Ausschaltung der bisher herrschenden Klasse innerhalb der kurdischen Gesellschaft, das Zurückdrängen des türkischen, arabischen und (...) persischen Chauvinismus sowie der imperialistischen Herrschaft über die Region zur Voraussetzung.“ Das allerdings beinhaltet die Notwendigkeit eines engen Zusammenwirkens des kurdischen Widerstands mit den übrigen demokratischen und revolutionären Kräften der Region!

Gerade in der Türkei – von D. Falk zu Recht als „die Hauptfront der nationalen Befreiungsbewegung des kurdischen Volkes“ bezeichnet – erleben wir seit geraumer Zeit ein gutes Beispiel für die Einsicht in diese Notwendigkeit: die Zusammenarbeit von Avantgardistischer Arbeiterpartei Kurdistans (PPKK), Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Kommunistischer Partei der Arbeit (TKEP), Kommunistischer Partei der Türkei (TKP), Sozialistischer Partei Türkisch-Kurdistans (TKSP) und Sozialistischer Arbeiterpartei (TSIP) in der „Linken Einheit der Türkei und Türkisch-Kurdistans“ (Sol Birlik).

Umso mehr verwundert es mich, wenn D. Falk in diesem Zusammenhang zwar einerseits von „einem praktischen Schritt zur notwendigen Vereinigung der linken Kräfte“ spricht, sich gleichzeitig aber ungeduldig darüber mokiert, daß es „im Zusammenwirken von Sol Birlik und der übrigen Linken“ kein Vorankommen gibt, um dann die Katze aus dem Sack zu lassen: „Wenn diese Analyse zutreffend ist, bedeutet die Übernahme dieser Strategie durch die kurdischen Organisationen natürlich auch, daß der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes in eine Sackgasse geführt wird...“

Die Strategie von Sol Birlik – und nur darauf kann sich D. Falks „Analyse“ beziehen, wenn sie überhaupt einen Sinn ergeben soll –, das Zusammenwirken von türkischen und kurdischen Linksparteien also, soll den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes in eine Sackgasse führen? Das kann doch wohl nicht wahr sein! Was soll diese vollkommen aus der Luft gegriffene Behauptung, die dazu noch eine ziemlich arrogante Geringschätzung Sol Birliks und damit natürlich auch den in diesem Bündnis vertretenen kurdischen Linksparteien gegenüber enthält? Oder will uns D. Falk etwa doch einreden, daß der Kampf um die soziale Befreiung der türkischen Arbeiter und Bauern nur Krampf im nationalen Befreiungskampf der Kurden ist?

„Die demokratische Volksherrschaft, die alle Abhängigkeitsverhältnisse vom Imperialismus abschafft, alle Produktions- und Umlaufmittel des Monopolkapitals vergesellschaftet und dessen ideologische und politische Herrschaft über das gesellschaftliche Leben beendet, die das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes anerkennt, eine tiefgreifende Landreform verwirklicht, wird den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung unserer Völker ebnen.“ Daß dieses von Sol Birlik formulierte Ziel (siehe: „Gründungsdeklaration der Linken Einheit“, AIB 4/1985, S. 45) politische Real-



Kurdische Familie in der Türkei

tät wird, sollte unser aller Anliegen bei der Solidarität mit den fortschrittlich-demokratischen Kräften der Türkei und Türkisch-Kurdistans sein. D.h. allerdings auch, ein politisches Bündnis zwischen kurdischen und türkischen Linksparteien, Sol Birlik eben, insgesamt positiver zu bewerten, als dies D. Falk in seinem Artikel tut.

Ernst Thomas, Hamburg

Schändliches zu Eritrea?

„Schändlich“ wird im in AIB 8-9/1986 (S. 72) veröffentlichten Brief von B.M. die Reportage von Eva-Maria Hinterwirth aus Eritrea genannt, die in der Juni-Ausgabe (Nr. 6) des AIB erschienen war. „Schändlich“ – das läßt an „schänden“ denken, an Gesinnungslumperei, Verbrecherisches oder „Entweihung“. Das sind starke Worte für einen Beitrag, den die Autorin aus eigenem Erleben geschrieben hat, und der ihre Sicht der Dinge zum Ausdruck bringt. Was legitim ist und keine Schande.

Wir müssen das Urteil auf uns beziehen – und so hat es B.M. auch mit dem Vorwurf der „Fahrlässigkeit“ und der Aufforderung gemeint, „eine Berichtigung zu publizieren“, so als handle es sich hier um einen entstehenden Druckfehler oder eine falsche Jahreszahl. „Bestürzt“, so B.M., sei er/sie (?) gewesen, zumals angesichts der ansonsten geschätzten „Zuverlässigkeit“ des AIB.

Nun weiß ich als früherer langjähriger Redakteur beim AIB, daß man dort keineswegs vor Irrtümern gefeit ist. Im Laufe der bald zwei Jahrzehnte umfassenden Herausgabe des AIB sind sie wiederholt unterlaufen – aus unterschiedlichen Gründen, meist entschuldbar, ein paar Male schlimm. Und selbstverständlich ist es so, daß vielfach unterschiedliche Meinungen zu den behandelten Fragen bestehen. Eritrea ist hierunter allerdings eine, über die es die unversöhnlichsten Meinungsunterschiede gibt. Diejenigen, die sich die Auffassungen der EPLF zu eigen gemacht haben, sind dabei schnell mit bösen Vergleichen zur Hand: „Sprachgebrauch wie in der NZZ“? Meint B.M. das ernst? Das AIB im Stile jener Schreibtischtäter, die Contra-Terror legitimieren und den Handel mit den Apartheidschergen verteidigen? Ich kann mir nicht vorstellen, daß das gemeint war.

Leider aber ist die Parteinahme „für Eritrea“ überwiegend von solch affektiver und gereizter

Art, erfolgt sie aus einem derart verengten Blickwinkel und ist so unzugänglich für alle Zusammenhänge und Tatsachen, die die rigorose Identifizierung in Frage stellen könnten, daß jede wesentlich abweichende Position einem mit moralischem Ausschließlichkeitsanspruch daherkommenden Verdikt verfällt. Auf eine so unhistorische und unwissenschaftliche Herangehensweise hat sich das AIB nie eingelassen, und wird dies wohl auch in der Eritrea-Frage nicht tun, mit der es sich in der Juli-August-Ausgabe 1982 erstmals grundsätzlich und ausführlich befaßt hat.

Ein den realen Verhältnissen entsprechender Umgang mit dem Problem beginnt mit der Ablehnung von Begriffen, die der EPLF-Informationstätigkeit entlehnt bzw. hier in analoger Absicht geprägt worden sind. Auch noch so viele Wiederholungen machen aus der Bevölkerung des Gebiets Eritrea keine „Minderheit“. Vielmehr besteht die Bevölkerung dieser Provinz aus Angehörigen mehrerer äthiopischer Nationalitäten – Tigre und Afar etwa.

Den Kampf der EPLF nennt B.M. selber „separatistisch“, anscheinend davon ausgehend, die Loslösung aus einem Staatsverband sei ein absolutes Vorrecht und eine Relativierung angesichts der Hauptfrage, wie den revolutionären Zielen der bis 1974 in ganz Äthiopien Unterdrückten am besten gedient sei, erübrige sich, sei gar ein Verrat an diesem aus allen Zusammenhängen gelösten Anspruch auf Loslösung. Man kann die von „traditionalistisch“ revolutionären Positionen ausgehende Sichtweise des AIB ablehnen. Nur, dann fragt sich, woher die Begeisterung für die EPLF rührt, die sich in ihrem Programm von 1977 als „integraler Bestandteil der internationalen revolutionären Bewegung“ bezeichnete. Wenn man aber selber solche Positionen beansprucht, dann muß man dies konsequent tun und kann nicht Prin-

zipien oder gar die Frage nach den entscheidenden Hauptforderungen ausklammern.

Die äthiopische Revolution 1974 und ihr Verlauf boten und bieten – trotz aller vielschichtigen Probleme, Fehler usw. – die Basis einer solchen revolutionären Lösung – die Beseitigung aller den Konflikt begründenden Bedingungen ohne Sezession, im gemeinsamen Interesse aller Nationalitäten Äthiopiens in einem einheitlichen Staat, dessen Potential für den Aufbau der angestrebten sozialistischen Gesellschaftsordnung eben die Einheit ist. (Was B.M. über die „Sprengkraft der eritreischen Bewegung in der Eindämmung der US-Machtpolitik“ behauptet, ist – abgesehen von dem absurden Zusammenhang – schlicht verstiegen.)

Die EPLF, in deren Programm viel von Arbeiter- und Bauerninteressen die Rede ist, erteilte eben diesem internationalistischen Interesse nach der äthiopischen Revolution eine Absage. Die äthiopische Revolution wurde von ihr als Herrschaft einer „faschistischen Militärregierung“ (Programm) mit Haßtraden bedacht.

Die Übernahme der EPLF-Version des Konflikts bedeutet – im Gegensatz etwa zum äthiopischen Verfassungsentwurf, der einen einheitlichen Staat mit „Gleichberechtigung der Nationalitäten“ und Förderung der „Einheit der Werktätigen aller Nationalitäten“ anstrebt – eine Absage an eben diese revolutionäre Einheit und objektiv eine Negierung der äthiopischen Revolution. Das EPLF-Programm trieb eine solche Position schon 1977 bis zu der Forderung, Äthiopien faktisch zu atomisieren, der reale Versuch wurde anschließend mit der Eskalation der Angriffe zeitgleich zur Invasion Somalias unternommen. Die NZZ-Schwester FAZ war damals guter Hoffnung: „Bald verschwindet Äthiopien von der Landkarte“, freute sie sich voreilig am

18.2.1977.

Ob die EPLF-Sympathisanten es wollen oder nicht: das ist die objektive Rolle der EPLF. Und die Zerschlagung der äthiopischen Revolution ist das Ziel des US-Imperialismus – im Frühjahr dieses Jahres weilten einschlägige „Freiheitskämpfer“ bereits zu vormaligerlei Erörterungen in Washington. „Anti-imperialistisch“ vermögen wir diese Nachbarschaft und die blinde Gefolgschaft den EPLF-Formulierungen gegenüber jedenfalls nicht zu nennen.

Das gilt auch für die verquere, durch nichts in dem kritisierten Artikel begründbare Spekulation über sowjetische Stützpunkte, ganz zu schweigen von der Folgerung, „der Ostblock“ übergehe die (nie vorhandene) „Souveränität des kleinen Eritrea“. Eben solche Unterstellungen geistern in der Tat durch die Spalten der NZZ. Da ich „Imperialismus“ als Entwicklungsstufe kapitalistischer Gesellschaftsformationen ansehe, mutet mir auch der Ausdruck „patriarchalisch-autoritäre Elite“ wenig aufschlußreich an (abgesehen davon, daß zu dieser bombastischen Phrase die Frage zu stellen wäre, wer denn Katharina II., Ilse Koch oder Maggie Thatcher waren bzw. sind).

Als „fahrlässig“ kann ich die Veröffentlichung des Berichts von Eva-Maria Hinterwirth mithin keineswegs ansehen. Diskutieren könnte man, aber die geforderte „Berichtigung“ ist fehl am Platz. Nicht nur, daß es sich hier nicht um einen presserechtlichen Fall von „Richtigstellung“ handelt, und daß das Impressum des AIB die übliche Klausel hinsichtlich namentlich gezeichneter Artikel enthält: Es kann schlecht das Gegenteil von dem schreiben, wovon die Redaktion nach mehr als nur emotionaler Befassung mit dem Problem überzeugt ist.

Jürgen Ostrowski, Düsseldorf

ZEITSCHRIFTEN AUS DER UdSSR

WISSENSCHAFT IN DER UdSSR

Herausgegeben v. der Akademie der Wissenschaften. Berichte u. Reportagen a. Wissenschaft und Forschung. 6 Hefte im Jahr. Erscheint in Deutsch, Russisch, Englisch und Spanisch. 132 Seiten, farbig. Jahresabo 60,00 DM.

SPUTNIK DIGEST

Reich illustriertes Monatsmagazin. Reportagen, Essays, Erzählungen, Beiträge über Mode, Wissenschaft und Kultur. Erscheint in Deutsch, Russisch, Englisch, Französisch, Spanisch. 180 Seiten in Farbe. Jahresabo 38,00 DM.



KULTUR UND LEBEN

Illustrierte Monatszeitschrift über das kulturelle Leben in der Sowjetunion und Neuigkeiten aus der Wissenschaft. Erscheint in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. 52 Seiten in Farbe. Jahresabo 30,00 DM.

SOWJET-LITERATUR

Monatszeitschrift mit Beiträgen sowjetischer Literatur, Kritik und Literaturwissenschaft. Mit zahlreichen Abb. von Werken der sowjetischen bildenden Kunst. (Zum Teil in Farbe). 192 Seiten pro Heft. Jahresabo 45,00 DM.



NEUE ZEIT

Wochenzeitschrift für aktuelle internationale Ereignisse und Grundprobleme der Gegenwart. Übersichten u. Kommentare. Ersch. in Dt., Russ., Engl., Frz., Span., Portug., Ital. 36 Seiten pro Woche. Jahresabo 36,00 DM.

SOZIALISMUS THEORIE U. PRAXIS

Illustrierte Monatszeitschrift für theoretische und praktische Fragen des Marxismus-Leninismus, sowie des Friedens und des Sozialismus. Ersch. in Dt., Engl., Franz. und Span. 128 Seiten pro Heft. Jahresabo 24,00 DM.



PROBELESEN KOSTENLOS

Telefon 0 21 01/59 03 70, Frau Lang.

Oder Coupon einsenden an:
Plambeck & Co, Postfach 10 10 53,
4040 Neuss 1.

Bitte schicken Sie mir von folgenden Zeitschriften ein kostenloses Probeexemplar:

Bitte schicken Sie mir das Gesamtverzeichnis „Zeitungen und Zeitschriften aus der Sowjetunion“.

Absender:

03-03-02-AIB-011-86

ZEITSCHRIFTEN AUS DER UdSSR

Chile-Kunstbriefdrucke

Ein farbiges Briefkarten-Set mit Motiven des chilenischen Malers Guillermo Duran hat der Solidaritätsshop Dritte Welt herausgebracht. Es besteht aus vier Briefkarten mit noch unveröffentlichten Gemälden und vier Briefumschlägen im DIN A5-Format. G. Duran, der von 1978-81 im bundesdeutschen Exil lebte, wurde hier durch Wandmalereien in Kassel, Marburg usw. bekannt.

Der Einzelverkaufspreis beträgt 8 DM. Ab 10 Exemplaren gibt es einen Rabatt von 30 bzw. 50% beim: Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-778863.

Ostasien-Woche

Vom 20.-28. September d.J. fand in Frankfurt eine Ostasien-Informationswoche statt, die sich zur Nachahmung empfiehlt. Veranstalter war das Frankfurter Pazifik-Forum, zu dem sich 12 Organisationen zusammengeschlossen hatten, darunter das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), medico international, Terre des hommes, Korea-Komitee, der Solidaritäts-Arbeitskreis Philippinen und die Freundeschaftsgesellschaft BRD-Vietnam.

Im Rahmen der durchweg gutbesuchten Informations- und Diskussionsveranstaltungen wurden u.a. Themen wie „Atomares Pulverfaß Ostasien“, „Vietnam heute“ oder „Das Beispiel Aquino“ behandelt. Desweiteren wurde eine Ausstellung „Thailändische Kinder malen ihre Heimat“ gezeigt sowie ein Westpapua-Abend mit der Kulturgruppe „Sampari“ und zum Abschluß der Woche ein großes Ostasienfest mit Filmen, Musik, Theater und asiatischem Essen durchgeführt.

Bolivien-Broschüre

Die von der Projektgruppe Dritte Welt (Parkstr. 1, 6760 Rockenhausen) herausgegebene Broschüre **Kunan Mink'a – Schritte zum solidarischen Handeln** (96 S., 10 DM) berichtet über die Geschichte und die augenblickliche Entwicklung Boliviens. Sie zeigt auf, welche besonderen Probleme gerade dieses Land hat, das „fast ebensoviel Putsche kennt wie Jahre der 'Unabhängigkeit'“.

Den Hauptteil der Broschüre machen die Schilderung der Arbeit der Mitarbeiter der Projektgruppe „Kunan Mink'a (was in Quetchua soviel wie „jetzt arbeiten wir zusammen“ heißt), bei den Quetchua-Indios und die dabei gewonnenen Erfahrungen aus.

Buchtipp: Atomkriegsfolgen

Über die medizinischen Auswirkungen eines Atomkrieges erschien in den 80er Jahren etliches an Untersuchungen (siehe vor allem: Last Aid, Neckarsulm 1985). Spärlich drangen hingegen die inzwischen nachgelieferten Erkenntnisse über die Umwelt- und Klimaveränderungen im Falle eines atomaren Schlagabtausches in die Öffentlichkeit (Zwischenbilanz siehe in: AIB 8-9/1986, S. 63-64). Nun liegt mit der Neuerscheinung

Paul J. Crutzen/Jürgen Hahn (Hrsg.), Schwarzer Himmel. Auswirkungen eines Atomkrieges auf Klima und globale Umwelt, Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1986, 242 S., 28 DM erstmals in deutscher Sprache eine Gesamtchau zu den möglichen großräumigen öko-



logisch-klimatischen Folgen eines atomaren Schlagabtausches vor. Es handelt sich um einen gekürzten Bericht des Wissenschaftlichen Komitees für Umweltprobleme (SCOPE), einer Unterorganisation des Internationalen Rats der Wissenschaftsorganisationen, mit Sitz in Wiley/England. Der SCOPE-Bericht wurde von 300 Wissenschaftlern aus 30 Ländern, darunter den USA, der UdSSR, Frankreich, England, Japan und der BRD (P.J. Crutzen, Max-Planck-Institut), erarbeitet.

Ausgehend von den Atomkriegsprodukten Feuerstürme, Rauch, Ruß, Staub und radioaktiver Fallout sowie ihren atmosphärischen Folgewirkungen werden im Einzelnen untersucht: Pflanzen, Landwirtschaft, Ökosysteme und weitere Folgen für den Menschen. So liefert das empfehlenswerte Buch „zwingende Gründe für die Annahme, daß ein Atomkrieg großen Maßstabs nicht nur ein Krieg zwischen zwei rivalisierenden Machtblöcken sein wird. Es wäre vielmehr auch ein Krieg gegen alle Völker der Erde und gegen die globale Umwelt und die Biosphäre...“. Alles deutet daraufhin, daß „z.B. in Indien durch Hungersnöte nach einem Atomkrieg mehr Menschen umkommen als in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zusammen durch die direkten Folgen“.

(S.226)

Türkei-Solidarität

Den 6. Jahrestag der Machtübernahme faschistischer Juntageneräle in der Türkei (12. September 1980) nahmen am 13./14. September d.J. Demokraten aus der Bundesrepublik und der Türkei zum Anlaß, mit Kundgebungen, Demonstrationen und Foren an dieses Ereignis zu erinnern.

So richteten die 350 Teilnehmer eines in Frankfurt tagenden Forums der „Initiative für die Solidarität mit den Intellektuellen in der Türkei“ einen Appell zur Unterstützung des Kampfes für „Demokratie und Menschenrechte in der Türkei“ an die Weltöffentlichkeit. Auf diesem Forum berichtete u.a. Kemal Daysal, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des verbotenen Gewerkschaftsverbandes DISK, daß gegenwärtig 1.473 Gewerkschafter in der Türkei unter Anklage stünden und das Regime gegen 74 führende Gewerkschafter die Todesstrafe beantragt habe.

In Duisburg demonstrierten ca. 3.000 Menschen durch die Innenstadt. 12 türkische und kurdische Organisationen hatten zu dieser Kundgebung aufgerufen. Hauptforderung war auch hier wie bei einer Demonstration in Frankfurt, an der über 1.000 Menschen teilnahmen, die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse sowie die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei.

Bonner Geheimfonds

Unkontrolliert vom Parlament läßt das Auswärtige Amt in Bonn ausländischen Politikern und Parteien jährlich etwa 7,7 Mio DM zugehen. Aus dem geheimen Verfügungsfonds, den Staatssekretär A. Meyer-Landrut verwaltet, werden zumeist Empfänger in Ländern der Dritten Welt bedient. So z.B. El Salvadors christdemokratischer Präsident Duarte, die Demokratische Turnhallenallianz in Namibia und der südafrikanische Kollaborateur Buthelezi.

Zuweilen bekommen Politiker in Afrika und Lateinamerika bundesdeutsche Steuergelder auch dafür, daß sie, je nach politischer Sympathie, bei Wahlen entweder kandidieren oder auf Bonner Bitten hin darauf verzichten.

Die Liste der Empfänger dieser Gelder darf nur einmal jährlich vom Präsidenten des Bundesrechnungshofes eingesehen werden. Laut Staatssekretär Meyer-Landrut könne mit der vertraulichen Ausgabe der Gelder „mit wenigen Mitteln viel erreicht werden“.

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 98/September 1986

Schwerpunktthema **Agrobusiness**: Vernichtung der bäuerlichen Landwirtschaft in der BRD ● EG-Agrarpolitik ● Agrarexport am Beispiel Kolumbiens ● Beiträge, die aufzeigen, wie Entwicklungshilfe dem Agrobusiness dient und für die kleinbäuerlichen Produzenten zur tödlichen Hilfe wird ● Sonderteil „Repression und Guerilla in Peru“ ● Nicaragua-Solidarität ● Verhältnis der Amtskirche zur sandinistischen Regierung ● Kokaingeschäft in Bolivien ● Die aktuelle Asylanfrage ● Gespräch und eine Erzählung mit bzw. des paraguayischen Schriftstellers Augusto Roa Bastos ● Gedicht von Erich Fried zu Nicaragua
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 136/September 1986

Südafrika – Gewalt zwischen Schwarzen ● **Crossroads** – Das Ende eines Symbols ● **Unabhängige Kirche** ● Gewaltfrei und gemäßigt gegen Apartheid ● **Unabhängige Gewerkschaften** ● **Außerdem**: Ägypten – Islamische Herausforderung ● Chile – Einstieg in den Ausstieg ● Nicaragua – Trinkwasser für Wiwili u. Interview mit Roland Stahn ● Südkorea – Amerikanische Kommandos ● Guatemala – Die Geschichte eines endlosen Exodus ● Der Krieg in Türkisch-Kurdistan
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

BERICHT ÜBER EINEN VERDECKTEN KRIEG



Guatemala ist ein Land an der strategisch wichtigen Nahtstelle zwischen Nord- und Südamerika. Wie in El Salvador oder in Honduras bemüht sich ein brutales Militärregime verzweifelt darum, jeden Keim organisierten Protests in staatlichem Terror zu ersticken. Daraus hat sich eine hochexplosive Situation entwickelt, in der das Volk im „Land der Vulkane“ nur noch kämpfen kann.

Unter konspirativen Bedingungen bereiste Horst-Eckart Gross das Land. Er nahm Kontakt zur nationalen Widerstandsbewegung, zu Vertretern der „Theologie der Befreiung“ und zu Angehörigen der Verschwundenen auf. Er sprach mit Indios und Militärs, mit Priestern und Guerilleros. Eindrücke, Dokumente und Gesprächsnotizen fügen sich zu einem Reisebericht, der zu den Schauplätzen eines weitgehend unbeachteten Krieges führt und die tatsächlichen Verhältnisse in Guatemala offenbart.

Horst-Eckart Gross
GUATEMALA
Bericht über einen
verdeckten Krieg
248 Seiten, illustriert
14,80 DM

Weltkreis

Weltkreis-Verlags-GmbH
Postfach 789, 4600 Dortmund 1

Kurzinformationen

El Salvador

Eine für den 19. September d.J. von der Regierung Duarte und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti/Demokratisch-Revolutionäre Front (FMLN/FDR) vereinbarte dritte Verhandlungsrunde (siehe AIB 10/1986) über eine Beilegung des Krieges kam nicht zustande. Bei Vorgesprächen in Panama vom 12.-14. September hatten es Militärs und Regierung abgelehnt, die Armee aus dem Verhandlungsort Sesori (150 km nordöstlich der Hauptstadt San Salvador) und aus der Umgebung abzuziehen, um die Sicherheit der Vertreter der FMLN/FDR zu garantieren. Die Armee hatte Sesori erst besetzt, nachdem vereinbart worden war, daß dort die Verhandlungen stattfinden sollten.

Auch die Tatsache, daß die Regierung sich geweigert hatte, öffentliche Verhandlungen in der Hauptstadt und unter Teilnahme von anderen gesellschaftlichen Organisationen abzuhalten zeigt, daß es ihr nur darum ging, mit einer vorgetäuschten Gesprächsbereitschaft politischen Terraingewinn zu erzielen. Das Duarte-Regime war in den letzten Monaten zunehmend unter Druck geraten, nachdem immer mehr Gewerkschaften und andere Organisationen in Opposition zur Regierung gegangen waren und einen ernsthaften Dialog mit der FMLN/FDR und eine Beendigung der US-Einmischung gefordert hatten (siehe AIB 6/1986, S. 35-37).

Togo

Am 23.9.1986 ist in Lomé, Togo, nach blutigen Kämpfen ein Putschversuch gegen Präsident Gnassingbe Eyadema gescheitert. Die Regierungstruppen hatten die Putschisten zunächst zurückgeschlagen. Für endgültige Ruhe sorgten dann 2 Tage später französische Fallschirmjäger.

Paris hatte auf Bitten der togolesischen Regierung im Rahmen des bilateralen Verteidigungsabkommens von 1963 150 Mann aus Zentralafrika und Gabun in Marsch gesetzt. Außerdem wurden mehrere Jaguar-Kampfflugzeuge geschickt, die in die Gefechte eingriffen.

Wie die Regierung des seit 19 Jahren autoritär herrschenden Eyadema mitteilte, wurden 13 Kämpfer des angeblich aus Ghana eingedrungenen „Terroristenkommandos“ getötet. Togo macht den westlichen Nachbarstaat sowie Burkina Faso für den Umsturzversuch verantwortlich.

GATT-Konferenz

Vom 15.-20. September d.J. fand in Punta del Este (Uruguay) die Ministerkonferenz des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) statt. Dabei wurden Durchführung und Tagesordnung der neuen Verhandlungsrunde zur Liberalisierung und Neuordnung des Welthandels festgelegt, die mehrere Jahre dauern soll. Die 92 GATT-Mitgliedsländer wickeln mehr als 80% des Welthandels ab.

Hauptprobleme waren die Behandlung des Agrarprotektionismus und die Einbeziehung der Dienstleistungen in die neue GATT-Runde. Die in der Frage der Agrarpolitik besonders unter Beschuß geratenen EG-Staaten setzten durch, daß über alle Maßnahmen, d.h. auch die in den USA übliche Subventionierung der landwirtschaftlichen Produktion, verhandelt wird. Dagegen konnten die USA sich ge-

genüber einer Gruppe von Entwicklungsländern mit ihrer Forderung durchsetzen, den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr einzubeziehen, den sie liberalisiert sehen wollen.

Der brasilianische Außenminister Roberto Sodre forderte die Einbeziehung des Verschuldungsproblems, da die für die Rückzahlung der Auslandsschulden nötigen Devisen nur durch den freien Zugang zu den Märkten der Industrieländer erwirtschaftet werden können. Einer Berechnung der Weltbank zufolge hätten die Exporte der Entwicklungsländer ohne die weltweiten Handelsbarrieren im letzten Jahrzehnt um rund 30 Mrd Dollar pro Jahr höher gelegen.

Nikaragua

Im Anschluß an den Nichtpaktgebundenen Gipfel in Harare (1.-8. September 1986) unternahm eine nikaraguanische Regierungsdelegation unter Leitung Präsident Daniel Ortegas mehrere Staatsbesuche, darunter in Indien, China, der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik und der DDR. Dabei wurden Abkommen vor allem über wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen.

Indien gewährte Nikaragua einen Kredit über 10 Mio \$. Die DDR bewilligte eine Soforthilfe von 30.000 t Getreide. China sagte einen zinslosen Kredit von ca. 20 Mio Dollar zu und sprach sich gegen den Einsatz militärischer Mittel bei Konflikten zwischen den USA und mittelamerikanischen Ländern aus. Diplomatische Beziehungen zwischen Beijing und Managua waren erst im Dezember 1985 aufgenommen worden. Bereits damals hatte Nikaragua einen 10-Mio-\$-Kredit von China erhalten. Nach einer sechswöchigen öffentlichen Diskussion des Verfassungsentwurfes begann am 16. September d.J. im Parlament in Managua die Schlußdebatte und Verabschiedung der einzelnen Artikel, die bis Januar 1987 beendet sein soll. Nachdem fünf von sechs Oppositionsparteien eine Verschiebung der Debatte und einen „nationalen Dialog“ verlangt hatten, lockerte die Regierung den Ausnahmezustand. Sie garantierte weiter den Parteien, die sich an der Verfassungsdiskussion beteiligen, einen unzensurierten Zugang zu den Medien und das Recht, ohne Anmeldung zu demonstrieren. Dennoch bleibt der Großteil der oppositionellen Abgeordneten den Parlamentssitzungen fern.

Philippinen

Um die seit Anfang August d.J. andauernden Friedensverhandlungen zwischen Vertretern der philippinischen Regierung und der linken Nationaldemokratischen Front (NDF) zu torpedieren, hat die Armee am 29. September d.J. den Führer der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), Rodolfo Salas, festgenommen.

Die CPP spielt mit ihrem bewaffneten Arm, der Neuen Volksarmee (NPA), eine dominierende Rolle in der NDF, die noch tags zuvor einem mindestens 30tägigen Waffenstillstand zugestimmt hatte. Bisher hatte sie politische Vereinbarungen als Voraussetzungen für eine Feuerpause gefordert.

Der rechte Flügel der Regierung Aquino, allen voran Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, der bereits unter Marcos das gleiche Amt bekleidete, sowie die Armeespitze hatten

Kurzinformationen



Die philippinische Präsidentin bei einer Ansprache vor dem US-Kongress

in den letzten Monaten offen gegen die Verhandlungen mit der NDF opponiert.

Bei einem offiziellen Besuch in den USA vom 15.-23. September 1986 hatte Präsidentin Aquino ihre Gesprächspartner nur teilweise davon überzeugen können, daß ihr Versöhnungsangebot an die NDF auch dazu diene, ihre moralische Autorität für ein militärisches Niederschlagen der Widerstandsbewegung zu stärken. Die Reagan-Administration bewilligte eine zusätzliche Militär- und Wirtschaftshilfe von 150 Mio Dollar. Und sie stellte weitere 200 Mio Dollar an wirtschaftlicher Unterstützung in Aussicht.

Der US-Senat stimmte dem jedoch erst in einer zweiten Abstimmung Anfang Oktober zu. Störend fand man in den USA einige Formulierungen im Entwurf der neuen philippinischen Verfassung.

Zwar strich die Verfassungskommission noch während des Aquino-Besuchs das Verbot von ausländischen Stützpunkten und Atomwaffen auf den Philippinen aus der Präambel, doch ist damit die Tolerierung der US-Militärbasen und der dort gelagerten Atomwaffen noch nicht sicher.

Die neuen Formulierungen machen ihren Verbleib von der Zustimmung eines philippinischen Senats oder von einer möglichen Volksabstimmung abhängig. Zudem schreibt die Präambel, wenn auch weniger entschieden als vorher, eine Politik der Atomwaffenfreiheit vor.

Bolivien

Mitte September d.J. wurde ein Konflikt zwischen der Bergarbeitergewerkschaft FSTMB und der Rechtsregierung unter Victor Paz Estenssoro vorläufig beigelegt.

Ursache der Auseinandersetzung war die Spar-

politik der Regierung, die neben dem Einfrieren der Löhne und der Abwertung der Landeswährung um 95% auch die Schließung der Hälfte der staatlichen Zinnminen beinhaltet. Infolge des Zusammenbruchs des Zinnmarktes seien die Minen nicht mehr rentabel zu betreiben, so die Argumentation der Regierung. 15.000 Arbeiter müßten entlassen werden.

Ende August begannen 5.000 Bergleute einen 230 km langen „Marsch für Leben und Frieden“ nach La Paz. Er sollte durch einen Generalstreik, zu dem die bolivianische Gewerkschaftszentrale COB aufgerufen hatte, unterstützt werden. Diesen nahm die Regierung zum Anlaß, am 28.8.1986 den Ausnahmezustand zu verhängen. 160 Menschen wurden verhaftet und teilweise ins Innere des Landes deportiert. Ein von 2.000 Bergarbeitern Anfang September begonnener Hungerstreik zwang die Regierung zu Kompromissen. Ein Vertrag zur Beendigung des Konfliktes, der mit den Gewerkschaftsführern abgeschlossen wurde, beinhaltet ein Beschäftigungsprogramm für die entlassenen Bergleute, einen Sanierungsplan für die Gruben und die Freilassung deportierter Gewerkschafter. Der Ausnahmezustand wurde jedoch nicht aufgehoben.

Ende September lehnten 90% der Delegierten eines Kongresses der FSTMB den erzielten Kompromiß ab. Die Gewerkschaftsführer Simon Reyes und Filemon Escobar traten daraufhin von ihren Posten zurück.

Naher Osten

Auf dem ersten ägyptisch-israelischen Gipfeltreffen seit 1981 votierten Präsident Hosni Mubarak und Premierminister Shimon Peres am 12.9.1986 in Alexandria dafür, 1987 zum „Jahr der (Nahost-)Friedensverhandlungen“ zu machen. Die Rede war ferner von der Einberufung einer internationalen Konferenz, zu deren Vorbereitung man in Kürze eine bilaterale Kommission bilden wolle. Unmittelbar vor dem Gipfel hatten sich beide Seiten auf eine schiedsgerichtliche Lösung der strittigen Tabafraage ab Oktober d.J. in Genf einigen können. Für den von Israel 1967 besetzten ägyptischen Küstenstreifen am Roten Meer bedarf es einer Kompromißregelung hinsichtlich der Grenzziehung und Rückgabe.

Zur Idee einer Nahostkonferenz fügte Mubarak an, er strebe die vorzeitige Einbeziehung Jordaniens und der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich, China) an. Peres hingegen, der am 10. Oktober d.J. seinen Premierposten an den ultrarechten Koalitionspartner Yitzhak Shamir übergab, ließ nach einem Besuch bei Ronald Reagan und angesichts des Widerstands Shamirs flugs von der Konferenzidee wieder ab. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 15. September in Washington versicherten Peres und US-Außenminister Shultz, eine internationale Konferenz könne allenfalls Direkt-, sprich Separatverhandlungen unterstützen. Und eine Beteiligung der UdSSR käme nicht in Frage.

Die in dem Projekt ohnehin ausgeklammerte Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) wandte sich am 24. September an den UN-Sicherheitsrat mit dem Ersuchen, ein Vorbereitungscommittee für eine internationale Nahostkonferenz (inklusive PLO und Israel) zu berufen. Eine entsprechende Forderung hatte am Vortag der sowjetische Außenminister Schewardnadse vor der UN-Vollversammlung erhoben.

Postkartenaktion gegen

Bankenhilfe für Südafrika

Ende September d.J. ist eine erneute Verhandlungsrunde westdeutscher und US-amerikanischer Banken mit Südafrika über eine Umschuldungsregelung (Kreditvolumen 24 Mrd \$) angelaufen. Im April 1987 steht die Fortsetzung an. Im Februar 1986 hatten u.a. die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Commerzbank, die dem „Technischen Ausschuß“ der 12 größten Gläubigerbanken Südafrikas angehören, Kreditverlängerungen an Pretoria zugestimmt. Die „Reform“versprechungen Präsident Bothas nahm man als Alibi. Zwischenzeitlich wurden sie verdrängt, ja der Belagerungszustand vom Botha-Regime verhängt.

Der Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ (Siegessstr. 9, 8000 München 40; Tel. 069-292758, Rosemarie Bolte) hat daher zu einer Postkartenaktion gegen die Umschuldungen zu Händen der Dresdner Bank aufgerufen. Mit ihr sollen die hiesigen Bankiers gezwungen werden, wie zuvor US-Banken und die britische Bank Barclays, ihre Südafrikageschäfte einzufrieren.

Postkarte in der Heftmitte benutzen!

Unsere
Heimat
ist das
Mehr!

Solidaritätsreise Nicaragua

22. Dezember 1986 - 08. Januar 1987

20. Januar 1987 - 06. Februar 1987

Umfangreiche Rundreise mit zahlreichen Begegnungen, Gesprächen und Besichtigungen ab/bis Berlin-Schönef., Doppelzimmer. Halbpens.

DM 3.279,-

Gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba bieten wir an:

Studienreisen nach Cuba

- Cuba für Anfänger 20.12.86 - 03.01.87
- Frauen in Cuba 13.12.86 - 27.12.86/03.01.87
- C... Modell für die 3.Welt 23.12. - 06.01.87
- Gesundheitswesen in Cuba 18.01. - 01.02.87

Doppelzimmer, Halbpens., Reiseleit., Progr.

ab DM 2.800,-

Sprachkurse in Cuba

in Havanna 03.03.-31.03.87/31.03.-28.04.87

in Matanzas 10.03.-31.03.87/07.04.-28.04.87

Weitere Termine für 1987 auf Anfrage!

ab DM 2.236,-

Fordern Sie unsere Infos an!

Tel. 040 / 491 60 66
Eppendorfer Weg 105
2000 Hamburg 20

D 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM

Nelson Mandela
Der Kampf ist mein Leben
Weltkreis Verlag
384 Seiten, 18,00 DM

B. Graul
Das Land denen, die es bebauen
Agrarreform in Nicaragua
Weltkreis Verlag
224 Seiten, 14,80 DM